

# Monatsbericht des BMF

Mai 2015

# Monatsbericht des BMF

Mai 2015

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
Х	Wert nicht sinnvoll

## Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Ergebnis der Steuerschätzung im Mai	6
Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen	
der Jahre 2008 und 2009	15
Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Solvency II	26
IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.	30
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	33
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	33
Steuereinnahmen im April 2015	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2015	45
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2015	49
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	51
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	56
Termine, Publikationen	59
Statistiken und Dokumentationen	61
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	101
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	115

## **Editorial**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 7. Mai 2015 veröffentlichte der Arbeitskreis "Steuerschätzungen"¹ seine Prognose für das zu erwartende Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden bis zum Jahr 2019. Wie zuvor erwartet, können die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden auch in den nächsten Jahren mit einer soliden Einnahmebasis rechnen. In der Steuerschätzung spiegelt sich die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider, die sich in weiter steigender Beschäftigung und wachsenden Einkommen der privaten Haushalte zeigt. Wesentlich dazu beigetragen hat die Finanzpolitik der vergangenen Jahre durch konsequente Konsolidierung des Bundeshaushalts, mit gezielten Impulsen für nachhaltiges Wachstum durch leistungsfähige Forschung und Bildung sowie durch neue Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung stützen die Erwartungen der Bundesregierung vom März dieses Jahres, die dem Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2015 und dem Eckwertebeschluss für den Bundeshaushalt 2016 und für den Finanzplan bis 2019 zugrunde liegen. Im laufenden Jahr 2015 können Bund, Länder und Gemeinden gegenüber der vorangegangenen Steuerschätzung vom November 2014 insgesamt um 6,3 Mrd. € höhere Steuereinnahmen erwarten. Für den Bund ergeben sich gegenüber der vorangegangenen Steuerschätzung Mehreinnahmen von 2,2 Mrd. €, gegenüber dem Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2015 allerdings Mindereinnahmen in Höhe von rund 1 Mrd. €. Auch in den Jahren 2016 bis 2019 wird das

<sup>1</sup> Im Arbeitskreis "Steuerschätzungen" sind vertreten das BMF, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat, die Länderfinanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände.



geschätzte Steueraufkommen insgesamt betrachtet um rund 1% über den Prognosen vom November 2014 liegen. Die dem Eckwertebeschluss vom 18. März zugrundegelegten Einnahmeerwartungen ab 2016 werden um jeweils rund 1 Mrd. € übertroffen.

In Erwartung dieser Entwicklung hat die Bundesregierung im März ein Maßnahmenbündel im Umfang von 15 Mrd. € zur Stärkung der öffentlichen Investitionen und zur weiteren Entlastung der Kommunen auf den Weg gebracht. Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Steuerschätzung hat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zudem vorgeschlagen, jetzt das Problem der sogenannten kalten Progression zu lösen und mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 den Steuertarifverlauf entsprechend anzupassen. Diese Tarifanpassung würde die bereits laufende Gesetzgebung zur Anhebung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für 2015 und 2016 ergänzen. Auch die Chance, jetzt den Abbau der kalten Progression angehen zu können und zugleich Haushalte ohne Neuverschuldung zu realisieren, ist nicht zuletzt ein Ergebnis der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre.

P. 201-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung setzte sich im 1. Quartal mit etwas verringerter Dynamik fort. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts um 0,3 %. Die positiven Wachstumsimpulse kamen aus dem Inland.
- Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war auch im April positiv. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich weiter. Die Beschäftigung nahm zu.
- Der Verbraucherpreisindex stieg im April 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau mit 0,5 % wieder etwas stärker an. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen.

#### **Finanzen**

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im April 2015 im Vorjahresvergleich um insgesamt 5,2 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Zuwachs von 4,4 %. Wie im Vormonat trugen hierzu maßgeblich die konjunkturell bedingt positive Entwicklung der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer bei. Die Bundessteuern wiesen mit insgesamt + 5,2 % ebenfalls ein deutliches Wachstum auf.
- Die Einnahmen bis einschließlich April 2015 übertrafen mit 90,1 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 6,1 %. Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich April 2015 auf 104,6 Mrd. €. Sie liegen um 1,5 % über dem Ergebnis vom April 2014. Es ist jedoch davon auszugehen, dass durch die vorläufige Haushaltsführung Anfang des Jahres 2014 die Ausgabenentwicklung im Vergleichszeitraum gebremst wurde. Dies verzerrt den unterjährigen Vergleich.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende April 0,37 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich gemessen am Euribor beliefen sich auf 0,005 %.

### Europa

- Im Mittelpunkt der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 24. April 2015 in Riga und am 11. Mai 2015 in Brüssel standen die Situation in Griechenland, Zypern, Irland und Spanien, die wirtschaftliche Lage im Euroraum, Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Diskussionen zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung.
- Kernthemen des informellen ECOFIN am 25. April 2015 in Riga waren die wirtschaftliche Situation und Finanzstabilität, Wachstumspotenzial der EU und Strukturreformen, Kapitalmarktunion sowie Bekämpfung von Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen. Zentrale Aspekte des ECOFIN-Rats am 12. Mai 2015 in Brüssel waren die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission sowie Ratsschlussfolgerungen zu den eingehenden Überprüfungen von Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters und zum Alterungsbericht 2015.

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

## Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

- Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet für den gesamten Vorausschätzungszeitraum 2015 bis 2019 für Bund, Länder und Gemeinden eine kontinuierliche Zunahme des Steueraufkommens.
- Gegenüber dem Ergebnis der November-Steuerschätzung 2014 werden für den Gesamtstaat für alle betrachteten Jahre Mehreinnahmen erwartet.
- Die sich für den Bund im Jahr 2015 ergebenden Mehreinnahmen sind im Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2015 bereits eingeplant.
- Bund, Länder und Gemeinden verfügen damit auch in den nächsten Jahren über eine solide Einnahmebasis.

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	6
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	8
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	8
3.2	Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom November 2014	11
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	14

Vom 5. bis 7. Mai 2015 fand in Saarbrücken auf Einladung des saarländischen Ministers für Finanzen und Europa die 146. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Im Arbeitskreis "Steuerschätzungen" sind das BMF, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat, die Länderfinfanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände vertreten. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2015 bis 2019.

# 1 BerücksichtigteSteuerrechtsänderungen

Die Schätzung geht vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2014 waren die finanziellen Auswirkungen der folgenden Rechtsänderungen zu berücksichtigen:

 Erstes Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (PSG I)¹ vom 17. Dezember 2014 (BGBl². I Nr. 61, S. 2222); Erhöhung der Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte ab 1. Januar 2015 (sowie weitere Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte zu einem späteren Zeitpunkt),

- Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften vom 2. Dezember 2014 (BGBI. I. Nr. 56, S. 1922),
- Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 63, S. 2417),
- Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 63, S. 2411); Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG),

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erstes Pflegestärkungsgesetz.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesgesetzblatt

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

- Saarland: Gesetz Nr. 1845 Haushaltsbegleitgesetz 2015 vom 3. Dezember 2014, Artikel 1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (SL Abl. 13, S. 447),
- Nordrhein-Westfalen: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer vom 18. Dezember 2014 (GV. NRW, 2014<sup>4</sup> Nr. 43, S. 611),
- Verordnung zur Bestimmung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2015 (BSV 2015)<sup>5</sup> vom 22. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 62, S. 2396),
- Anwendung des BFH-Urteils VI R 6/12 vom 28. Februar 2013 zur steuerlichen Abziehbarkeit von Berufsausbildungs- und Studienkosten für Altfälle (BStBI. II<sup>6</sup> Nr. 3, S. 180),
- Anwendung des BFH-Urteils V R 37/10 vom 22. August 2013 zur Steuerschuldnerschaft von Bauträgern (Umsatzsteuer) – (BStBI. 2014 II, S. 128) und hierzu ergangener BMF-Schreiben,
- Anwendung der BFH-Urteile V R 18/11 vom 27. Februar 2014 und V R 3/12 vom 3. Juli 2014 zur Entgeltminderung bei Vermittlern und korrespondierende Vorsteuerkorrektur bei den Leistungsempfängern (Umsatzsteuer).

## 2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Aufschwung. Begünstigt wird dieser

<sup>3</sup> Amtsblatt des Saarlandes I.

durch günstige makroökonomische Rahmenbedingungen wie sich aufhellende Absatzperspektiven im In- und Ausland, niedrige Zinsen sowie rückläufige Preise für Energiegüter. Den sogenannten vorlaufenden Konjunkturindikatoren zufolge dürfte sich der Aufschwung im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Dabei wird das Wachstum rechnerisch von der Ausweitung der Inlandsnachfrage getragen. Insgesamt dürfte sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte deutlich verbessern. Die moderate Preisniveauentwicklung auf der Verbraucherstufe stärkt zusätzlich die Kaufkraft der Verbraucher.

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt. Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 1,8 % und für 2016 ebenfalls um 1,8 %. Für das nominale BIP werden Veränderungsraten von 3,8 % für das Jahr 2015 und 3,3 % für das Jahr 2016 erwartet. Für die übrigen Schätzjahre 2017 bis 2019 wird ein Anstieg des nominalen BIP von jährlich 3,2 % prognostiziert.

Die erwartete Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme, die als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage für die Steuerschätzung relevant ist, wurde im Rahmen der Frühjahrsprojektion für das Jahr 2015 mit + 4,0 % prognostiziert. Dies entspricht einer Veränderung um + 0,3 Prozentpunkte gegenüber der Herbstprojektion. Für das Jahr 2016 wird eine leichte Abwärtskorrektur um 0,2 Prozentpunkte auf nunmehr + 2,9 % unterstellt. Für die Jahre 2017 bis 2019 wird weiterhin von einer Zunahme von + 3,1 % ausgegangen.

Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen wird für das Jahr 2015 gegenüber der Herbstprojektion mit einer Zunahme um 2,9 Prozentpunkte auf + 5,4 % gerechnet. Der Zuwachs im Jahr 2016 wurde ebenfalls von + 3,7 % auf + 4,6 % angehoben. Für die Folgejahre 2017 bis 2019 wurde die Wachstumsrate um 0,4 Prozentpunkte auf + 3,3 % reduziert.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Beitragssatzverordnung 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Bundessteuerblatt II.

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Grundlagen aus den Projektionen der Bundesregierung für die Steuerschätzungen November 2014 und Mai 2015 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	20	15	20	16	20	17
	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2015
BIP nominal	+3,2	+3,8	+3,1	+3,3	+3,1	+3,2
BIP real	+1,3	+1,8	+1,3	+1,8	+1,3	+1,3
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,7	+4,0	+3,1	+2,9	+3,1	+3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+2,5	+5,4	+3,7	+4,6	+3,7	+3,3
Private Konsumausgaben	+3,1	+2,6	+3,1	+2,9	+3,1	+3,1
	20	2018		2019		
	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2015	Steuer- schätzung November 2014	Steuer- schätzung Mai 2015		
BIP nominal	+3,1	+3,2	+3,1	+3,2		
BIP real	+1,3	+1,3	+1,3	+1,3		
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,1	+3,1	+3,1	+3,1		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+3,7	+3,3	+3,7	+3,3		
Private Konsumausgaben	+3,1	+3,1	+3,1	+3,1		

Quelle: Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen".

## 3 Schätzergebnis des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

## 3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Eine Übersicht der Schätzergebnisse ist der Tabelle 2 zu entnehmen<sup>7</sup>. Danach steigen die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2015 gegenüber dem Ist-Ergebnis 2014 um 22,9 Mrd. € (+ 3,6 %). Der Zuwachs der Steuereinnahmen wird für den Bund mit 3,5 %, für die Länder mit 3,3 % und für die Gemeinden mit 4,2 % erwartet. Das Aufkommen der EU

steigt voraussichtlich um 4,2 %. Somit partizipieren alle drei staatlichen Ebenen vom steigenden Steueraufkommen. Der Gemeindeanteil des Steueraufkommens wächst gemäß Schätzannahme des Arbeitskreises leicht dynamischer, was u. a. auf den zusätzlichen Anteil der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen im Rahmen der Entlastung von Ländern und Kommunen zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung zurückzuführen ist. Auch die weiterhin wachsenden Gewerbesteuereinnahmen – nach Abzug der Umlagen + 2,6 % – sichern den Gemeinden im Jahr 2015 eine solide Einnahmebasis. Für die Folgejahre rechnet der Arbeitskreis ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben mit kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen.

Im gesamten Schätzzeitraum wird – ausgehend vom vorangegangenen Ist-Jahr 2014 – bis zum Jahr 2019 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 19,4 % prognostiziert. Die größte Dynamik ist weiterhin bei den gemeinschaftlichen Steuern zu erwarten.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die auf der Internetseite des BMF veröffentlichten Ergebnistabellen verwiesen: http://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/ Steuerschaetzungen\_und\_Steuereinnahmen/ Steuerschaetzung/2015-05-08-ergebnisse-146-sitzung-steuerschaetzung.html

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

Deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 71,7 % im Jahr 2014 auf 74,4 % im Jahr 2019 steigen. Jedoch verbergen sich hinter der Entwicklung deutlich divergierende Änderungsraten bei den einzelnen Steuerarten, aus denen sich die gemeinschaftlichen Steuern zusammensetzen.

Der stärkste Aufkommensanstieg wird für die Lohnsteuer erwartet; mit einem Zuwachs von 32,1% im Jahr 2019 gegenüber dem Basisjahr 2014. Im gesamten Schätzzeitraum wird die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens wesentlich von der prognostizierten Steigerung der Effektivlöhne – Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer – und nur noch in geringem Umfang von der Zunahme der Beschäftigtenzahlen getragen. Die projizierten jährlichen Zuwachsraten des Lohnsteueraufkommens liegen in allen Schätzjahren deutlich über 5 %. Im Jahr 2015 wird ein Zuwachs von 6.1% erwartet.

Mit 23,3 % weist die veranlagte Einkommensteuer ebenfalls einen deutlichen Zuwachs bis zum Jahr 2019 auf. Zwar sind für das vergangene sowie das aktuelle Jahr noch kleinere auszuzahlende Beträge für die Investitionszulage und Eigenheimzulage zu berücksichtigen, die aufgrund des Auslaufens der Förderung das Aufkommen im Schätzjahr 2018 nicht mehr belasten werden. Aber auch nach Bereinigung um diese Beträge ergibt sich dennoch ein Wachstum von 22,0 % für die veranlagte Einkommensteuer. Im Jahr 2015 wird ein Anstieg von 6,4 % erwartet, wobei erneut Mehreinnahmen aus Selbstanzeigen unterstellt sind. In den folgenden Jahren bis 2019 rechnet der Arbeitskreis mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 3,7 % pro Jahr.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer wird im Schätzzeitraum um + 26,3 % steigen. In den Jahren 2015 und 2016 werden Wachstumsraten von 3,8 % und 4,6 % unterstellt, welche die in den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten projizierte Gewinnentwicklung widerspiegelt. Ab 2018 fallen die aufkommensmindernden

Investitionszulagen aufgrund des Auslaufens der Zulage-Gewährung sowie die Aufkommensminderung durch die Altkapitalerstattungen weg. Allein letztere betrugen im Jahr 2014 rund 2,2 Mrd. € und werden letztmalig im Jahr 2017 ausgezahlt. Hieraus resultiert im Jahr 2018 ein sprunghafter Aufkommensanstieg in Höhe von 12,3 %. Bereinigt man die Basis um die beiden oben genannten Positionen, beträgt die Zuwachsrate bei der Körperschaftsteuer im Schätzzeitraum lediglich 11,9 %.

Für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird im Schätzzeitraum ein Zuwachs von 19,3 % erwartet; im Jahr 2015 allerdings ein erheblicher Aufkommensrückgang.

Dieser wird durch die Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 zu den Streubesitzdividenden hervorgerufen.

Aufgrund dieses Urteils müssen voraussichtlich 2,5 Mrd. € Kapitalertragsteuern zurückgezahlt werden. Aktuell wird damit gerechnet, dass der Betrag hälftig aufgeteilt in den Jahren 2015 und 2016 abfließen wird. Dennoch dürfte bereits im Jahr 2016 ein Aufkommenszuwachs erzielt werden.

Für die Steuern vom Umsatz wird zwischen 2014 und 2019 ein Anstieg von 18,4 % erwartet. Damit steigt das Aufkommen nur leicht dynamischer als die privaten Konsumausgaben, die das Aufkommen dieser Steuerart maßgeblich bestimmen (im Zeitraum 2014 bis 2019: + 16 %). Im Jahr 2015 wird trotz der erwarteten kräftig steigenden privaten Konsumausgaben nur ein Aufkommenszuwachs von 2,5 % prognostiziert. Dies liegt an der Aufkommensminderung von anzuwendenden BFH-Urteilen. Allein die Anwendung der BFH-Urteile VR 18/11 vom 27. Februar 2014 und V R 3/12 vom 3. Juli 2014 zur Entgeltminderung bei Vermittlern und korrespondierende Vorsteuerkorrektur bei den Leistungsempfängern dürfte dieses Jahr mit rund 1,8 Mrd. € das Aufkommen mindern. Für die Schätzjahre 2016 bis 2019 werden dann wieder höhere Zuwachsraten erwartet (2016: 4,2 %; ab 2017: über 3 %).

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird voraussichtlich im gesamten Schätzzeitraum um 6,9 % zurückgehen. Insbesondere in diesem Jahr, aber auch 2016 und 2017, dürfte das Niedrigzinsumfeld das Aufkommen mindern. Im weiteren Verlauf des Schätzzeitraums wird dann mit einer Erholung des Durchschnittszinses gerechnet. Dies schlägt sich ab 2018 – bei gleichzeitig expandierendem Finanzanlagevolumen in wieder allmählich ansteigenden Aufkommenszuwächsen nieder. Die Erlöse aus Wertpapierveräußerungen dürften angesichts gestiegener Aktienkurse sicherlich auch zunehmen. Da die Einnahmen hieraus statistisch nicht getrennt erfasst werden und somit die Entwicklung in der Vergangenheit und das gegenwärtige Niveau der Einnahmen unbekannt sind, ist eine valide Schätzung der künftigen Einnahmeentwicklung aus Wertpapierveräußerungen jedoch nicht möglich.

Die Schätzung der reinen Gemeindesteuern weist mit einem Plus von 13,9 % im Zeitraum 2014 bis 2019 ebenfalls einen kräftigen Zuwachs aus, der von der aufkommensstärksten Gemeindesteuer, der Gewerbesteuer (+ 16,0 %), getragen wird. Die hinsichtlich des Volumens zweitgrößte Steuer – die Grundsteuer B – verzeichnet im gleichen Zeitraum ein etwas weniger dynamisches Wachstum (+ 7,2 %).

Der deutliche Anstieg des Aufkommens der Ländersteuern (+ 9,4 %) stützt sich auf die aufkommensstärkste Steuerart, die Grunderwerbsteuer, für die ein kräftiger Anstieg von 2014 bis 2019 um 20,8 % erwartet wird. Der größte Anstieg ergibt sich im Jahr 2015 (+ 9,4 %). Neben der Anhebung der Grunderwerbsteuersätze in einigen Ländern werden weiterhin auch Umsatz-Impulse aus den im internationalen Vergleich weiterhin günstigen Grundstückspreisen sowie den niedrigen Zinsen erwartet. Weiterhin dürften die steigenden Immobilienpreise das Aufkommen begünstigen. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer werden im selben Zeitraum voraussichtlich um 4.7 % abnehmen. Der Arbeitskreis unterstellt. dass das derzeitige Aufkommen durch Einmaleffekte aus vorgezogenen Schenkungen aufgrund der geplanten Neuregelung des Erbschaftsteuergesetztes überzeichnet ist. Ab dem Jahr 2016 dürfte das Aufkommen dann auf ein deutlich niedrigeres Niveau zurückfallen.

Für die reinen Bundessteuern werden bei den meisten Steuerarten im Schätzzeitraum leichte Rückgänge projiziert. Dies betrifft z. B. die beiden großen Verbrauchsteuern Energiesteuer und Tabaksteuer, bei denen mittelfristig mit weiteren Verbrauchseinschränkungen gerechnet wird. Lediglich die guten Entwicklungen der Versicherungsteuer (+13,7 % bis 2019) sowie des Solidaritätszuschlags (+ 22,0 % bis 2019), der an die Zuwächse bei seinen Bemessungsgrundlagen – Lohn- und Einkommensteuer sowie Körperschaftsteuer – gekoppelt ist, sorgen für ein leichtes Plus bei den reinen Bundessteuern (+ 4,5 % bis 2019).

Die volkswirtschaftliche Steuerquote sinkt im Jahr 2015 voraussichtlich auf 22,10 % (2014: 22,16 %). Bis zum Ende des Schätzzeitraums nimmt die Quote nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" wieder leicht zu und wird im Jahr 2019 bei 22,45 % liegen.

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2015

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2014	2015	2016	2017	2018	2019
1. Bund						
in Mrd. €	270,7	280,3	293,0	302,4	314,7	326,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,2	3,5	4,6	3,2	4,1	3,7
2. Länder						
in Mrd. €	254,3	262,6	272,0	281,5	292,2	302,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,1	3,3	3,6	3,5	3,8	3,4
3. Gemeinden						
in Mrd. €	87,6	91,3	94,8	98,3	101,2	104,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	4,2	3,8	3,6	3,0	3,6
4. EU						
in Mrd. €	31,0	32,3	31,6	33,4	34,6	35,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,4	4,2	-2,1	5,5	3,7	2,6
5. Steuereinnahmen insgesamt						
in Mrd. €	643,6	666,5	691,4	715,5	742,7	768,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,9	3,6	3,7	3,5	3,8	3,5

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich. Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten. Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

## 3.2 Vergleich mit der vorangegangenen Schätzung vom November 2014

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der vorangegangenen Steuerschätzung vom November 2014. Die Steuereinnahmen insgesamt werden im Jahr 2015 voraussichtlich mit 666,5 Mrd. € um 6,3 Mrd. € höher liegen als noch im November 2014 geschätzt. Davon entfallen auf den Bund Mehreinnahmen von 2,2 Mrd. €, während die Länder – durch positivere Ansätze bei Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer -Zuwächse von 2.9 Mrd. € erwarten können. Für die Gemeinden dürften sich Mehreinnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. € ergeben. Dies ist vor allem auf positivere Erwartungen zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zurückzuführen. Für die EU-Abführungen ergibt sich im Jahr 2015 eine leichte Entlastung für den Bund gegenüber der NovemberSteuerschätzung 2014. Ursache hierfür sind u. a. veränderte Ansätze für die Zölle.

Die Einnahmeerwartung vor Berücksichtigung der Steuerrechtsänderungen, die sogenannte Schätzabweichung, hat sich um 8,5 Mrd. € verbessert, was auf eine deutlich positivere Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung gegenüber November 2014 zurückzuführen ist. Dies zeigt sich insbesondere im Schätzansatz für die Lohnsteuer, welche von gegenüber November stärker steigenden Effektivlöhnen -Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer – profitiert. Die ebenfalls aufwärtskorrigierten Unternehmens- und Vermögenseinkommen übersetzen sich in Mehreinnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer sowie der Gewerbesteuer. Abschläge sind bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zu berücksichtigen.

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

Erstmals in die Steuerschätzung einbezogene Rechtsänderungen reduzieren aber das erwartete Mehraufkommen um 2,2 Mrd. €, wobei der größte Anteil auf den Bund entfallen wird (-1,9 Mrd. €). Das Aufkommen der Länder wird durch Steuerrechtsänderungen per Saldo etwas geringer gemindert (-0,7 Mrd. €), während die Gemeinden Mehreinnahmen von 0,4 Mrd. € verzeichnen dürften.

Auch für 2016 schlägt sich die gegenüber November 2014 optimistischer prognostizierte konjunkturelle Entwicklung im Schätzergebnis nieder. Der Arbeitskreis erwartet daher für 2016 Steuereinahmen in Höhe von 691,4 Mrd. €. Dies sind 7,8 Mrd. € mehr als im November 2014 geschätzt. Auf den Bund werden davon 3,0 Mrd. €, auf die Länder 3,5 Mrd. € und auf die Gemeinden 1,2 Mrd. € entfallen. Die Mehreinnahmen werden durch die höheren Aufkommenserwartungen für die gewinnabhängigen Steuern – veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer – bestimmt, während die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge aufkommensmindernd wirkt. Für den Bund sind zudem Mehreinnahmen bei den Bundessteuern, insbesondere der Energiesteuer, zu verzeichnen. Die neu zu berücksichtigenden Steuerrechtsänderungen sind im Jahr 2016 mit - 0,5 Mrd. € deutlich geringer als im Jahr 2015. Die EU-Abführungen erhöhen das Bundesergebnis um 0,4 Mrd. €.

Die Prognose für das Jahr 2017 wurde vom Arbeitskreis um 7,7 Mrd. € angehoben, was

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2015 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2014 – Ebenen Beträge in Mrd. €

Betrage in i	viiu. €						
	Ergebnis der		Abweichungen				
2015	Steuerschätzung	Abweichung		davon:			
	November 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Mai 2015	
Bund <sup>3</sup>	278,0	2,2	-1,9	0,3	3,8	280,3	
Länder <sup>3</sup>	259,7	2,9	-0,7		3,6	262,6	
Gemeinden <sup>3</sup>	90,2	1,1	0,4		0,8	91,3	
EU	32,3	0,0	0,0	-0,3	0,3	32,3	
Steuereinnahmen insgesamt	660,2	6,3	-2,2	0,0	8,5	666,5	
	Frankninder	Abweichungen				Franksis der	
2016	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung	davon:			Ergebnis der Steuerschätzung	
	November 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2015	
Bund <sup>3</sup>	290,0	3,0	-0,9	0,4	3,5	293,0	
Länder <sup>3</sup>	268,4	3,5	0,0		3,5	272,0	
Gemeinden <sup>3</sup>	93,6	1,2	0,4		0,8	94,8	
EU	31,6	0,0	0,0	-0,4	0,4	31,6	
Steuereinnahmen insgesamt	683,7	7,8	-0,5	0,0	8,2	691,4	
	Ergebnis der		Abwei	chungen		Ergebnis der	
2017	Steuerschätzung	Abweichung			Steuerschätzung		
	November 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	Mai 2015	
Bund <sup>3</sup>	299,3	3,1	-0,9	0,2	3,8	302,4	
Länder <sup>3</sup>	278,2	3,3	0,3		3,0	281,5	
Gemeinden <sup>3</sup>	97,1	1,1	0,4		0,7	98,3	
EU	33,2	0,2	0,0	-0,2	0,4	33,4	
Steuereinnahmen insgesamt	707,8	7,7	-0,2	0,0	7,9	715,5	

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2014 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2015 – Ebenen Beträge in Mrd. €

	Franksiador		Ergebnis der			
2018	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung
	November 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Mai 2015
Bund <sup>3</sup>	311,0	3,8	-0,4	0,1	4,0	314,7
Länder <sup>3</sup>	288,6	3,6	0,3		3,3	292,2
Gemeinden <sup>3</sup>	100,7	0,4	-0,1		0,5	101,2
EU	34,3	0,3	0,0	-0,1	0,4	34,6
Steuereinnahmen insgesamt	734,6	8,1	-0,2	0,0	8,3	742,7
	Franksis das		Abweid	chungen		Franksis das
2019	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung
	November 2014	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Mai 2015
Bund <sup>3</sup>	322,3	4,0	-0,2	0,0	4,2	326,3
Länder <sup>3</sup>	298,3	3,7	0,2		3,5	302,0
Gemeinden <sup>3</sup>	104,5	0,3	-0,1		0,4	104,8
EU	35,1	0,4	0,0	0,0	0,4	35,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erstes Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (PSG I) vom 17. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 61, S. 2222); Erhöhung der Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte ab 1. Januar 2015 (sowie weitere Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte zu einem späteren Zeitpunkt).

Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften vom 2. Dezember 2014 (BGBI. I. Nr. 56, S. 1922).

760.3

Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 63, S. 2417).

-0.1

Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 63, S. 2411); Änderung des FAG.

Saarland: Gesetz Nr. 1845 Haushaltsbegleitgesetz 2015 vom 3. Dezember 2014, Artikel 1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (SL Abl. I. S. 447).

Nordrhein-Westfalen: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer vom 18. Dezember 2014 (GV. NRW, 2014 Nr. 43, S. 611).

Verordnung zur Bestimmung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2015 (BSV 2015) vom 22. Dezember 2014 (BGBI. I Nr. 62, S. 2396).

Anwendung des BFH-Urteils – VI R 6/12 – vom 28. Februar 2013 zur steuerlichen Abziehbarkeit von Berufsausbildungs- und Studienkosten für Altfälle (BStBI. II Nr. 3. S. 180).

Anwendung des BFH-Urteils V R 37/10 vom 22. August 2013 zur Steuerschuldnerschaft von Bauträgern (Umsatzsteuer) – (BStBI. 2014 II S. 128) und hierzu ergangener BMF-Schreiben.

Anwendung der BFH-Urteile V R 18/11 vom 27. Februar 2014 und V R 3/12 vom 3. Juli 2014 zur Entgeltminderung bei Vermittlern und korrespondierende Vorsteuerkorrektur bei den Leistungsempfängern (Umsatzsteuer).

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen"

Steuereinnahmen insgesamt

im Wesentlichen auf einem Basiseffekt der vorangegangenen Jahre basiert. In den Jahren 2018 und 2019 sind voraussichtlich ebenfalls deutliche Mehreinnahmen zu verzeichnen (2018: +8,1 Mrd. €; 2019: +8,4 Mrd. €). Dabei profitieren alle drei

Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – von der guten Entwicklung. Die neu einbezogenen Rechtsänderungen mindern das erwartete Gesamtaufkommen nur noch in geringerem Umfang. Die EU-Abführungen erhöhen in diesen Jahren das erwartete Bundesergebnis

 $<sup>^2\ \</sup>text{Aus}\ ge samt wirtschaft lichen\ Gründen\ und\ infolge\ unvorhergesehener\ Verhaltens \"{a}nderungen\ der\ Wirtschaftssubjekte.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

nur leicht (2017: 0,2 Mrd. €; 2018: 0,1 Mrd. €; 2019: 0,0 Mrd. €).

Die Veränderungen der Schätzansätze gegenüber der November-Steuerschätzung 2014 für die einzelnen Steuern sind in Tabelle 4 dargestellt.

# 4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden können auch in den nächsten Jahren mit einer soliden Einnahmebasis rechnen. Die Ergebnisse der Steuerschätzung stützen die Erwartungen der Bundesregierung vom März dieses Jahres, die dem Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2015 und dem Eckwertebeschluss für den Finanzplan bis 2019 zugrunde liegen.

In der Steuerschätzung spiegelt sich die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider, die sich in weiter steigender Beschäftigung, wachsenden Einkommen der privaten Haushalte und stabilen Gewinnen der Unternehmen äußert.

Im laufenden Jahr 2015 können Bund, Länder und Gemeinden gegenüber der vorangegangenen Steuerschätzung vom November 2014 insgesamt um 6,3 Mrd. € höhere Steuereinnahmen erwarten. Für den Bund ergeben sich dabei Mehreinnahmen von 2,2 Mrd. €, die im Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2015 bereits eingeplant sind.

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2015 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2014 – Einzelsteuern

Steuerart	2015	2016	2017	2018	2019		
Steuerart	Abweichungen in Mio. € gegenüber November 2014						
Lohnsteuer	550	- 350	- 200	400	850		
Veranlagte Einkommensteuer	3200	3 000	2 750	2 450	2 050		
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	725	1 245	1 450	1 495	1 390		
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-514	- 969	-1 375	-1 678	-1 981		
Körperschaftsteuer	600	860	810	760	660		
Steuern vom Umsatz	-1 750	500	1 350	2 000	2 800		
Gewerbesteuer	400	700	650	400	250		
Bundessteuern insgesamt	1 370	1 080	1 130	1 040	1 030		
davon							
Energiesteuer	700	650	700	650	650		
Stromsteuer	0	0	0	0	0		
Tabaksteuer	130	140	140	150	140		
Versicherungsteuer	- 15	- 15	- 15	- 15	- 15		
Solidaritätszuschlag	200	150	150	100	100		
Kraftfahrzeugsteuer	110	-110	-110	-110	- 110		
sonstige Bundessteuern	245	- 45	- 45	- 45	- 45		
Ländersteuern insgesamt	1 561	1 456	906	1 006	1 106		
Gemeindesteuern insgesamt	- 170	- 170	- 170	- 170	- 170		
Zölle	300	400	400	400	400		
Steuereinnahmen insgesamt	6 272	7 752	7 701	8 103	8 385		

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen".

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

## Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

Forschungsergebnisse des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Kiel Economics im Auftrag des BMF<sup>1</sup>

- Insgesamt haben die finanzpolitischen Maßnahmen, die in Deutschland in den Jahren 2008 und 2009 inmitten der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise zur Stabilisierung der konjunkturellen Lage ergriffen wurden, geholfen, den Einbruch der Produktion abzudämpfen. Die wichtigsten konjunkturellen Impulse kamen im Umfeld der weltweiten Finanzkrise von der Umweltprämie, der Ausweitung der öffentlichen Investitionen und dem Wirtschaftsfonds Deutschland, dem Kredit- und Bürgschaftsprogramm für Unternehmen.
- Konjunkturstützend wirkten insbesondere auch automatische Stabilisatoren, d. h. der Anstieg der Sozialausgaben und der Rückgang der Steuereinnahmen, die sich ohne Eingriffe des Staates als eine Folge der konjunkturellen Entwicklung ergeben. Ohne sie wäre das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2009 um rund einen halben Prozentpunkt stärker gesunken. Der maßgebliche Stabilisierungseffekt ging dabei von der progressiven Einkommensteuer aus.
- Die Ausweitung der Kurzarbeit half zwar, die Beschäftigung zu stützen, trug aber praktisch nicht zur Stabilisierung von Einkommen und Produktion bei. Nahezu alle Maßnahmen entfalteten ihre Effekte erst mit zum Teil deutlicher Verzögerung. Am schnellsten wirkte die Umweltprämie. Die Wirkungen der Infrastrukturmaßnahmen, z. B. des Zukunftsinvestitionsgesetzes, reichten hingegen bis in das Jahr 2012 hinein.
- Ein Patentrezept für zukünftige Rezessionen lieferten die in den Jahren 2008 und 2009 ergriffenen Maßnahmen nicht. Die automatischen Stabilisatoren und institutionellen Regeln auf dem Arbeitsmarkt, die eine flexible Reaktion auf Konjunkturschwankungen ermöglichen wie etwa flexible Arbeitszeiten beziehungsweise Arbeitszeitkonten –, spielen eine große Rolle bei der Stabilisierung der Konjunktur.

1	Einleitung	16
2	Finanzpolitische Maßnahmen und deren Effekte auf die Konjunktur	
3	Wichtige Faktoren, die die Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen beeinflussen	21
4	Schlussfolgerungen	24

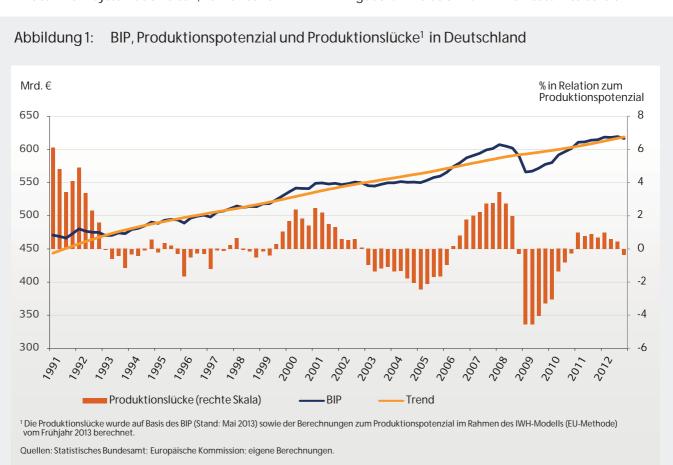
<sup>1</sup> Der vorliegende Artikel wurde von Dr. Katja Drechsel und Prof. Dr. Oliver Holtemöller vom IWH verfasst. Am Gutachten haben außerdem mitgewirkt: Dr. Hans-Ulrich Brautzsch, Andrej Drygalla, Dr. Sebastian Giesen, Peter Hennecke, Konstantin Kiesel, Dr. Brigitte Loose, Dr. Carsten-Patrick Meier und Dr. Götz Zeddies. Auf Literaturverweise wird in dieser Zusammenfassung verzichtet. Die vollständige Studie mit Quellenangaben und Literaturverzeichnis ist als IWH-Online 4/2015 erschienen (http://www.iwh-halle.de/d/publik/iwhonline/io\_2015-04.pdf).

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

## 1 Einleitung

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2007 einsetzte, führte in vielen Ländern zu einem massiven Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität. Die Rezession der Jahre 2008 und 2009 in Deutschland entwickelte sich zur schwersten in der deutschen Nachkriegsgeschichte: Das reale BIP ging im Jahr 2009 um über 5 % zurück. Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke - die Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial - öffnete sich auf über 5 %. Eine solche Größenordnung war zuletzt im Zusammenhang mit der Ölkrise 1974/1975 gemessen worden (vergleiche Abbildung 1). Wenngleich die Krise ihren Ursprung im Bankensektor hatte und somit die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Stabilisierung des Bankensektors und des Finanzsystems abzielten, kamen schon

bald Maßnahmen hinzu, mit deren Hilfe die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft gemildert werden sollten. In vielen Ländern wurden zu diesem Zweck expansive finanzpolitische Maßnahmen ergriffen. Auch in Deutschland wurden mit dem Maßnahmenpaket zur Senkung der steuerlichen Belastung, zur Stabilisierung der Sozialversicherungsabgaben und für Investitionen in Familien den Konjunkturpaketen I und II sowie dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz umfangreiche diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen umgesetzt. Damit wurden in den Jahren 2008 und 2009 zusammen aut 35 Mrd. € an öffentlichen Mitteln mit dem Ziel eingesetzt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. In den Jahren 2010 und 2011 belief sich das nominale Volumen der finanzpolitischen Maßnahmen in der Summe gar auf 90 Mrd. €. Insgesamt wurden Finanzmittel in Höhe von gut 5 % in Relation zum BIP eines Jahres bereit-



Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

gestellt. Hinzu kam ein umfangreiches Bürgschaftsprogramm, mit dem die Kreditversorgung von Unternehmen gestützt werden sollte.

Die Rezession in Deutschland wurde sehr rasch überwunden. Bereits im Frühjahr 2009 war die Produktion wieder aufwärtsgerichtet. Anschließend verlief der Aufschwung so dynamisch, dass bereits Anfang 2011 das Produktionsniveau von vor der Krise wieder erreicht war. Die Erholung fiel damit weitaus kräftiger aus, als im Jahr 2009 weithin erwartet worden war. In welchem Maße die schnelle Überwindung der Krise auf die Konjunkturpakete zurückzuführen ist, lässt sich nicht ohne weiteres sagen. Denn es ist nicht bekannt, wie die Konjunktur ohne die fiskalpolitischen Interventionen verlaufen wäre. Als Schätzung für die Höhe und die zeitliche Verteilung der dadurch ausgelösten gesamtwirtschaftlichen Effekte sind der Umfang der veranschlagten Mittel, die damit

verbundenen finanziellen Entlastungen für private Haushalte und Unternehmen oder die Ausgaben des Staates für Investitionen nicht geeignet. Stattdessen ist entscheidend, ob und wann die expansiven finanzpolitischen Maßnahmen tatsächlich zu zusätzlicher Produktion geführt und damit Einkommen und Beschäftigung stimuliert haben.

Im Auftrag des BMF schätzten das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) sowie Kiel Economics in einer Forschungsarbeit die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen aus den Jahren 2008 und 2009 im zeitlichen Verlauf unter Berücksichtigung aller wesentlichen Wirkungszusammenhänge und des relevanten institutionellen Umfelds (Abbildung 2). Außerdem wurde untersucht, welche Rolle den automatischen Stabilisatoren zukam. Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse dieses Forschungsprojekts dargestellt.

#### Abbildung 2: Ausgewählte Maßnahmen mit dem Ziel der Konjunkturstabilisierung

#### Beschäftigungsförderung

Ausweitung der Weiterbildung Geringqualifizierter zusätzliche Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen Kurzarbeitsregelungen

zusätzliche Stellen für Vermittlung und Leistungsgewährung der Bundesagentur für Arbeit

#### **Transfers**

Umweltprämie

Erhöhung des Kindergeldes

Kinderbonus

Erhöhung der Kinderregelleistung für Sechs- bis Dreizehnjährige

## Steuer-/Abgabensenkungen

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung

bessere Absetzbarkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung

Senkung des Einkommensteuertarifs und Beitragssatzes zur Krankenversicherung

#### Infrastruktur

Beschleunigte Umsetzung von Verkehrsinvestitionen Aufstockung CO2-Gebäudesanierungsprogramm Bundesinvestitionen

Investitionen von Bund und Ländern im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes

#### Unternehmensförderung

Kredite und Bürgschaften aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland

Ausweitung Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)

Degressive Abschreibung Anlagevermögen/ Sondervermögen für KMU

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

## 2 Finanzpolitische Maßnahmen und deren Effekte auf die Konjunktur

Im Rahmen der Forschungsstudie werden die konjunkturellen Effekte folgender Maßnahmen analysiert, die in den Jahren 2008 und 2009 beschlossen wurden: Steuererleichterungen², Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung, Umweltprämie, Kinderbonus, öffentliche Investitionsprogramme³ und der Wirtschaftsfonds Deutschland.

Die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Gesamtwirtschaft sind grundsätzlich nicht unmittelbar beobachtbar; das gilt auch für Maßnahmen der Finanzpolitik. Veränderungen interessierender Zielgrößen, wie etwa BIP oder Beschäftigung, einfach in Relation zum Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente zu setzen, kann in die Irre führen. Relevant ist vielmehr ein Vergleich zwischen der Entwicklung der interessierenden Zielgrößen mit und ohne wirtschaftspolitische Maßnahmen. Wenn es um die Evaluierung tatsächlich ergriffener Maßnahmen geht, ist allerdings nicht bekannt, wie sich die Zielgrößen ohne diese Maßnahmen entwickelt hätten. Um dies zu beurteilen, muss ein hypothetisches Szenario ermittelt werden, in dem der Instrumenteneinsatz ausgeblendet wird. Mithilfe makroökonometrischer Modelle können solche hypothetischen Szenarien quantifiziert werden. Der Vergleich von

Szenarien mit und ohne wirtschaftspolitische Maßnahmen ermöglicht dann eine Beurteilung ihrer Wirksamkeit.

Bei der Analyse kommen sowohl zwei strukturelle makroökonometrische Modelle (Makroökonometrisches Deutschland-Modell des IWH und D\*-Modell von Kiel Economics) als auch ein dynamisches stochastisches Modell des allgemeinen Gleichgewichts (Halle Economic Projection Model (HEPM)) zum Einsatz. Neben diesen drei Modellen werden auch vektorautoregressive Modelle (VAR-Modelle) herangezogen, um einen möglichst umfassenden Blick auf die Wirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009 zu ermöglichen. Die verwendeten Modelle weisen unterschiedliche Eigenschaften auf, die sich auch in der unterschiedlichen Größenordnung der ermittelten Multiplikatoreffekte zeigen. Die Verwendung verschiedener Modelle soll vor allem verdeutlichen, dass eine erhebliche Unsicherheit über die quantitative Wirkung der verschiedenen Maßnahmen besteht.

Finanzpolitische Multiplikatoren berechnen sich als Differenz einer Zielvariablen – etwa des BIP - im Alternativszenario und im Basisszenario in Relation zum Volumen der Maßnahme. Sie geben an, um welchen Faktor der finanzpolitische Impuls die jeweils interessierende gesamtwirtschaftliche Größe in der jeweiligen Periode verändert. Ein Multiplikator von 1,5 beispielsweise bedeutet demnach, dass eine diskretionäre staatliche Ausgabe von 1 € das BIP um 1,5 € erhöht. In den verwendeten makroökonometrischen Strukturmodellen sind die Multiplikatoren für finanzpolitische Maßnahmen, die direkt die gesamtwirtschaftliche Produktion betreffen (z. B. erhöhte öffentliche Konsumund Investitionsausgaben), überwiegend größer als 1.

Finanzpolitische Stimuli, die lediglich mittelbar über die Erhöhung der privaten Einkommen die Produktion anregen, weisen hingegen deutlich niedrigere initiale Multiplikatoren in der Nähe von 0,5 auf. In der

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Verbesserte Absetzbarkeit der Beiträge in der Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung, Anhebung des Grundfreibetrags und der Steuereckwerte sowie Senkung des Eingangssteuersatzes und verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, Investitionen des Bundes, Investitionsprogramme der Länder, Aufstockung der Mittel zur CO2-Gebäudesanierung.

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

langen Frist liegen die kumulierten Multiplikatoren in den makroökonometrischen Strukturmodellen bei allen Maßnahmen deutlich unterhalb von 1, jedoch oberhalb von 0; d. h. der Gesamteffekt auf das BIP bleibt hinter dem Mitteleinsatz zurück. Die Multiplikatoren der VAR-Modelle weichen merklich von den Werten der makroökonometrischen Strukturmodelle ab, jedoch sind die Ergebnisse denen anderer VAR-Studien in der Literatur ähnlich. Auch im HEPM ergeben sich höhere Multiplikatoren; dies ist u. a. auf unterschiedliche Spezifikationen zurückzuführen. So geht in diesem Modell beispielsweise auch der öffentliche Kapitalstock mit in die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion ein.

Bei der Quantifizierung der finanzpolitischen Impulse, die von den öffentlichen Investitionsprogrammen, dem Wirtschaftsfonds Deutschland und der Umweltprämie ausgingen, werden Mitnahmeeffekte, makroökonomische Rückwirkungen sowie zeitliche Diskrepanzen zwischen Mittelauszahlung und der tatsächlichen Anregung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität berücksichtigt. Bei den Steuersenkungen, dem Kinderbonus und der Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung wird auf Schätzungen mit dem Mikrosimulationsmodell des BMF zurückgegriffen.

Der gesamte finanzpolitische Impuls beläuft sich im Jahr 2009 auf insgesamt 24,1 Mrd. € oder 1% in Relation zum BIP (vergleiche Tabelle 1). Im Jahr 2010 lag der Impuls mit knapp 27 Mrd. € sogar noch etwas höher; danach flachten die Impulse aus den Maßnahmen deutlich ab. Vom Zukunftsinvestitionsgesetz und den übrigen Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen gingen allerdings auch in den Jahren 2011 und 2012 noch Impulse aus. Simulationen zufolge betrug die dadurch im Jahr 2009 ausgelöste Zunahme des realen BIP knapp 30 Mrd. € bis 35 Mrd. € oder 1,3 % bis 1,5 % in Relation zum BIP, was einen initialen

Multiplikator von 1,3 bis 1,5 für das gesamte Maßnahmenpaket impliziert. Ohne die finanzpolitischen Maßnahmen wäre der Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2009 also um 1,3 Prozentpunkte bis 1,5 Prozentpunkte stärker ausgefallen: Statt um 5 % wäre das reale BIP um 6 ½ % gesunken. Auch wenn somit bereits im Jahr 2009 ein Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur geleistet worden war, kamen die Maßnahmen doch überwiegend erst in den Jahren 2010 und 2011 zum Tragen. Das lag zum einen daran, dass die fiskalischen Impulse im Jahr 2010 noch zulegten. Zum anderen ergab sich die stärkere Stimulierung der Konjunktur in den Jahren nach 2009 durch die Verzögerungen, mit denen die Maßnahmen gesamtwirtschaftlich wirksam wurden. Insbesondere die Maßnahmen, die auf die Erhöhung der verfügbaren Einkommen zielen - wie die Steuererleichterungen, die Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Kinderbonus -, entfalteten ihre volle Wirkung erst nach 2009. Auch Zweit- und Drittrundeneffekte spielen hier eine Rolle.

Die konjunkturelle Wirkung der Maßnahmen zeigte sich nicht zuletzt am Arbeitsmarkt. Gemäß den Schätzungen mit dem D\*-Modell wurden aufgrund der finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2009 insgesamt etwa 163 000 Arbeitsplätze erhalten; die Arbeitslosenquote fiel dadurch um 0,4 Prozentpunkte niedriger aus. Zudem mussten 212 000 Personen weniger in Kurzarbeit gehen. Mit dem IWH-Modell werden für das Jahr 2009 modellbedingt geringere, aber ebenfalls deutlich positive Arbeitsmarkteffekte ermittelt. So lag die Zahl der Arbeitslosen um 61 000 Personen unter dem Wert des Basisszenarios.

Die Effekte der Maßnahmen auf Löhne, Preise und Zinsen waren alles in allem moderat. Dem D\*-Modell zufolge war das Verbraucherpreisniveau im Jahr 2012 infolge

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

Tabelle 1: Finanzpolitische Maßnahmen und deren Wirkungen auf die Produktion

2009	2010	2011	2012
	Mrd. € gegen	über Vorjahr	
3,1	11,7	3,4	0,2
3,1	3,2	-5,8	0,0
4,1	0,9		
1,5			
4,3	6,8	7,8	1,5
8,0	4,3		
24,1	26,9	5,4	1,7
	3,1 3,1 4,1 1,5 4,3 8,0	Mrd. € gegen  3,1 11,7  3,1 3,2  4,1 0,9  1,5  4,3 6,8  8,0 4,3	Mrd. € gegenüber Vorjahr  3,1 11,7 3,4  3,1 3,2 -5,8  4,1 0,9  1,5  4,3 6,8 7,8  8,0 4,3

Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt		Mrd. € geger	nüber Vorjahr	
WH-Modell				
Steuererleichterungen	2,3	10,7	11,9	9,8
Senkung des GKV-Beitragssatzes	2,4	5,9	1,7	0,8
Umweltprämie	9,1	0,4	-1,5	-1,5
Kinderbonus	0,9	-0,1	-0,1	-0,1
Zukunftsinvestitionsgesetz	8,6	12,9	10,8	0,9
Wirtschaftsfonds Deutschland	11,8	9,1	-1,3	-5,0
Summe Einzelmaßnahmen	35,1	38,8	21,5	4,9
Direkte Schätzung für das Gesamtpaket <sup>1</sup>	35,5	48,9	30,1	6,9
D*-Modell				
Steuererleichterungen	2,3	7,8	10,5	7,7
Senkung des GKV-Beitragssatzes	1,5	3,7	1,8	-2,0
Umweltprämie	11,4	9,7	4,7	3,6
Kinderbonus	0,7	0,6	0,3	0,1
Zukunftsinvestitionsgesetz	5,3	5,6	5,2	-4,0
Wirtschaftsfonds Deutschland	9,7	6,9	1,5	0,4
Summe Einzelmaßnahmen	30,8	34,2	24,1	5,9
Direkte Schätzung für das Gesamtpaket <sup>1</sup>	29,7	33,3	23,0	5,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>U. a. aufgrund von Nichtlinearitäten in den Modellen ist die Summe der Einzeleffekte nicht mit dem direkt geschätzten Gesamteffekt identisch. Quellen: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen und Simulationen.

des Maßnahmenpakets um einen halben Prozentpunkt höher; das IWH-Modell kommt auf einen Preiseffekt von 0,8 Prozentpunkten.

Die finanzpolitischen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit erfüllen die Anforderungen an konjunkturstützende Maßnahmen insgesamt nur bedingt. Im Hinblick auf das Kriterium Zeitnähe ist festzustellen, dass im Jahr 2009 ein gewisser konjunktureller Effekt erreicht worden war, aber die Maßnahmen erst während des Aufschwungs der Jahre 2010 und 2011 ihre volle Wirkung entfalteten. Dementsprechend waren die Maßnahmen insgesamt eher pro-zyklisch.

Gleichwohl gilt es zu bedenken, dass der Aufschwung nicht zuletzt auch von den Maßnahmen des Jahres 2009 mit ausgelöst wurde und auch die Erwartung der positiven Folgeeffekte zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen haben dürfte. Denn die gesamtwirtschaftliche Dynamik in einer schweren Rezession wie der des Winterhalbjahrs 2008/2009 wird stark von Erwartungs- und Vertrauenseffekten getrieben. In den Modellen sind diese nur zum Teil abgebildet. Daher besteht bei den hier vorgenommenen Schätzungen Unsicherheit darüber, inwieweit Erwartungs- und Vertrauenseffekte die konjunkturstützende Wirkung

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

im Jahr 2009 begünstigt haben. So könnte allein der Umfang der eingeleiteten finanzpolitischen Maßnahmen einen erheblichen Vertrauensgewinn bei den Haushalten und Unternehmen herbeigeführt haben, insbesondere im Zusammenspiel mit den in der Studie nicht untersuchten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems.

In Bezug auf die Zielgerichtetheit der Maßnahmen ist das Bild gemischt. So weisen die öffentlichen Investitionsprogramme, der Wirtschaftsfonds Deutschland und die Umweltprämie hohe initiale Multiplikatoren auf. Die Steuer- und Abgabensenkungen, die etwa ein Drittel des gesamten finanzpolitischen Impulses ausmachen, haben dagegen lediglich einen über mehrere Jahre geringen Multiplikator, der im Falle der Steuersenkungen noch mit einem kleinen initialen finanzpolitischen Impuls einhergeht. Mit Blick auf die langfristigen Belastungen für die öffentlichen Haushalte haben nur die Steuersenkungen dauerhafte fiskalische Wirkungen; alle anderen Maßnahmen waren zeitlich begrenzt.

## 3 Wichtige Faktoren, die die Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen beeinflussen

#### Erwartungs- und Vertrauenseffekte

In strukturellen makroökonometrischen Modellen wie dem D\*-Modell oder dem IWH-Modell sind vor allem die langfristigen Gleichgewichtsbeziehungen zwischen den relevanten Variablen theoriebasiert modelliert. Für diese langfristigen Zusammenhänge spielt die Erwartungsbildung keine Rolle. Für die kurzfristigen Anpassungsprozesse sind Erwartungen hingegen wichtig.

Für die vorliegende Untersuchung ist die Modellierung der Erwartungsbildung zum einen im Zusammenhang mit der möglichen Antizipation zukünftiger Steuerbelastungen relevant, die aus kreditfinanzierten finanz-

politischen Impulsen erwachsen können. Zum anderen sind mögliche vertrauens- und stimmungsanhebende Effekte der Konjunkturprogramme zu berücksichtigen. Um die konjunkturellen Effekte der finanzpolitischen Maßnahmen unter Berücksichtigung von Erwartungen über die zukünftige Finanzpolitik zu ermitteln, wurden im HEPM Simulationen zur Untersuchung des Einflusses der verfassungsmäßigen Schuldenregel durchgeführt. Für die konjunkturellen Effekte kreditfinanzierter finanzpolitischer Maßnahmen ist entscheidend, ob die spätere Rückführung des Defizits einnahmen- oder ausgabenseitig erfolgt und in welcher Geschwindigkeit dies der Fall ist. Eine Unterscheidung zwischen langsamer und schneller einnahmenseitiger Konsolidierung ist vor allem im Fall einer Lohnsteuersenkung relevant. Eine langsame Konsolidierung führt zu einem geringeren Effekt der Lohnsteuersenkung auf das BIP, weil die gesamte zukünftige Steuerbelastung aufgrund der mit den höheren Schulden verbundenen Zinsen dann größer ausfällt. Wird ausschließlich über die Ausgabenseite konsolidiert, so fallen die konjunkturellen Effekte von Nettotransfers und Lohnsteuersenkungen deutlich höher aus als bei einnahmenseitiger Konsolidierung, weil in diesem Fall keine zukünftigen Steuererhöhungen antizipiert werden. Alles in allem ist eine langsame ausgabenseitige Konsolidierung am besten geeignet, die konjunkturelle Wirksamkeit finanzpolitischer Maßnahmen zu fördern.

Inwieweit Vertrauenseffekte im Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen I und II von Bedeutung waren, wurde mit Hilfe von Stimmungsdaten (ifo Geschäftsklima) untersucht. Es zeigt sich, dass der Vertrauenseffekt den Einbruch des BIP im Jahr 2009 schätzungsweise um 1,2 Prozentpunkte abgemildert haben könnte. Es erscheint plausibel, dass ein Teil der Effekte, die die Analyse der Einzelmaßnahmen den Jahren 2010 bis 2012 zuordnet, infolge der Vertrauenseffekte tatsächlich bereits ins Jahr 2009 vorgezogen wurde.

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

## Lohn- und Preiseffekte und die Rolle des Auslastungsgrades

Die Stärke, mit der ein finanzpolitischer Impuls die gesamtwirtschaftliche Produktion anregt, hängt davon ab, in welchem Ausmaß die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zum Zeitpunkt des Impulses ausgelastet sind. Bei hoher Auslastung kann die durch den Impuls generierte zusätzliche Nachfrage nicht ohne weiteres durch eine höhere Produktionsmenge befriedigt werden. Stattdessen steigen die Faktor- und Güterpreise, und zwar umso stärker, je höher die Auslastung bereits ist. Liegen hingegen wie in einer Rezession der Fall – Kapazitäten in bedeutendem Umfang brach, so kann die zusätzliche Nachfrage bedient werden, und die Preise steigen nicht oder nur wenig.

Um zu ermitteln, welchen Einfluss der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad auf die Höhe des Multiplikators finanzpolitischer Impulse hat, wurden Simulationen mit unterschiedlicher Höhe der Ausgangsarbeitslosenquote durchgeführt. Es zeigt sich, dass der Multiplikator bei einer hohen Ausgangsarbeitslosigkeit etwas höher ist als der bei einer geringeren Ausgangsarbeitslosigkeit.

## Zur Rolle der Geldpolitik und des monetären Umfelds

Im Zuge der weltweiten Rezession 2008/2009 senkten viele Notenbanken schnell und deutlich die Zinsen. Auch die Europäische Zentralbank führte ihre Leitzinsen rasch zurück. Die Geldpolitik war 2008/2009 insofern, genauso wie die Finanzpolitik, expansiv ausgerichtet. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass sie die Wirkungen der Finanzpolitik nicht konterkariert hat.

Die theoretische Literatur sieht allerdings durchaus die Möglichkeit, dass die Geldpolitik die Wirkungen der Finanzpolitik mindert. Für eine dem Ziel der Preisstabilisierung verpflichtete Notenbank implizieren expansive finanzpolitische Maßnahmen für sich genommen einen höheren Leitzins. In einer Rezession kann dies bedeuten, dass die Notenbank angesichts kräftiger Maßnahmen der Finanzpolitik weniger aggressiv die Zinsen senkt, als sie es bei einer neutralen Finanzpolitik täte. Allerdings dürfte dieser Zusammenhang während der Finanzkrise kaum eine Rolle gespielt haben.

## Zur Wirkung der automatischen Stabilisatoren

Neben den diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen wirkte im Jahr 2009 und in den Folgejahren das Steuer- und Transfersystem auf eine automatische Stabilisierung der Produktion hin. Um die Wirkung automatischer Stabilisatoren in Deutschland in der zurückliegenden Rezession abzuschätzen, werden zwei Szenarien simuliert. In diesen wird jeweils ein negativer Schock auf den Export im Jahr 2009 in Höhe von 1% des preisbereinigten BIP eingestellt. der die Rezession eingeleitet hat. In der ersten Simulation sind die automatischen Stabilisatoren im Modell ausgeschaltet; in der zweiten wirken sie entsprechend der empirisch geschätzten Reaktionsfunktionen für die relevanten Modellgrößen. Im Ergebnis zeigt sich eine deutliche Stabilisierung der verfügbaren Einkommen und der Produktion. Im Rezessionsjahr wurden knapp 30 % des Einkommensrückgangs abgefedert und der Produktionsrückgang fiel um etwa 10 % geringer aus. Dabei zeigt sich, dass das Gros des Effekts auf die Lohnsteuer zurückging. Automatisch steigende Ausgaben für Transferleistungen spielten hingegen nur eine geringe Rolle.

Die Schätzung der Effekte der Kurzarbeit erfolgt in analoger Weise. Es werden zwei Simulationen mit einem negativen Exportschock vorgenommen. In einer Simulation wird die Kurzarbeit im Modell ausgeschaltet; in der anderen entfaltet diese entsprechend der empirisch ermittelten Zusammenhänge

Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

ihre Wirkung. Die Simulationen deuten darauf hin, dass die Kurzarbeit keine wesentliche stabilisierende Wirkung auf das BIP hatte. Zwar wurden in nennenswertem Umfang Arbeitsplätze erhalten. Der Effekt auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit auf die privaten Konsumausgaben war aber sehr gering. Stabilisierungswirkungen könnten sich allerdings auch durch Erwartungs- und Vertrauenseffekte ergeben haben.

## Zur Rolle des Arbeitsmarktes und der Maßnahmen am Arbeitsmarkt

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging im Jahr 2009 um über 5 % zurück; trotzdem legte die Beschäftigung leicht zu. Als eine wichtige Erklärung für die robuste Arbeitsmarktentwicklung wird in der Öffentlichkeit die starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit gesehen. Zweifellos hat die Kurzarbeit mit dazu beigetragen, dass die Unternehmen auf Entlassungen verzichten konnten. Dass sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2009 anders als in allen früheren Rezessionen entwickelte, kann jedoch nicht primär durch die Ausweitung der Kurzarbeit erklärt werden. Eine weitere mögliche Erklärung liefert die im Rahmen der Agenda 2010 vorgenommene umfassende Neuordnung des deutschen Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung. Durch die Reform des Arbeitslosengeldes und der Leistungen der Grundsicherung konnten Fehlanreize reduziert werden. Stimulierend für das Arbeitsangebot beziehungsweise dämpfend auf den Anspruchslohn dürfte darüber hinaus die Lockerung des Kündigungsschutzes in Betrieben mit bis zu zehn Beschäftigten und die Ausweitung der Möglichkeit von befristeten Arbeitsverträgen für ältere Arbeitnehmer gewirkt haben.

Modellsimulationen zeigen, dass die genannten Arbeitsmarktaspekte einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung im Jahr 2009 geleistet haben. Die Agenda-Reformen können knapp 10 % und die Ausweitung der Kurzarbeit rund 23 % des "Arbeitsmarktwunders" erklären. Zusätzlich können 37 % durch die Nutzung von Arbeitszeitkonten erklärt werden. Dieses Ergebnis impliziert einen unerklärten Rest von knapp einem Drittel des Gesamteffekts. Eine mögliche Ursache für den unerklärten Teil ist, dass die Unternehmen eine schnelle konjunkturelle Wende erwarteten und daher an ihren Beschäftigten festhalten wollten. Die in dieser Studie diskutierten Erwartungs- und Vertrauenseffekte sprechen tendenziell für diese These.

## Auswirkungen internationaler Verflechtungen

Ein Teil der hierzulande durch die Konjunkturpakete zusätzlich angestoßenen Nachfrage wurde durch Importe befriedigt. Dies minderte zwar die beabsichtigte Stabilisierungswirkung im Inland, trug aber zur Stützung der Konjunktur im Ausland bei, was dann wiederum die deutsche Konjunktur anregte. Umgekehrt wurde auch die deutsche Konjunktur durch ausländische konjunkturelle Stützungsmaßnahmen stimuliert.

Nach Angaben der Europäischen Kommission beliefen sich die konjunkturellen Stützungsmaßnahmen im übrigen Euroraum auf etwa 1% in Relation zum BIP. Modellschätzungen zufolge haben die Maßnahmen das BIP im übrigen Euroraum im Jahr 2009 um 0.6 % und im Jahr 2010 um fast ebenso viel erhöht. Dies wirkte sich wiederum positiv auf die Konjunktur in Deutschland aus. Die Exporte in den übrigen Euroraum lagen 2009 um etwa 1,3 % höher als ohne die Konjunkturmaßnahmen. Alles in allem wurde die Produktion in Deutschland im Jahr 2009 um etwa 0,2 % gestützt. Auch in den Folgejahren ergaben sich noch verzögerte positive Effekte.

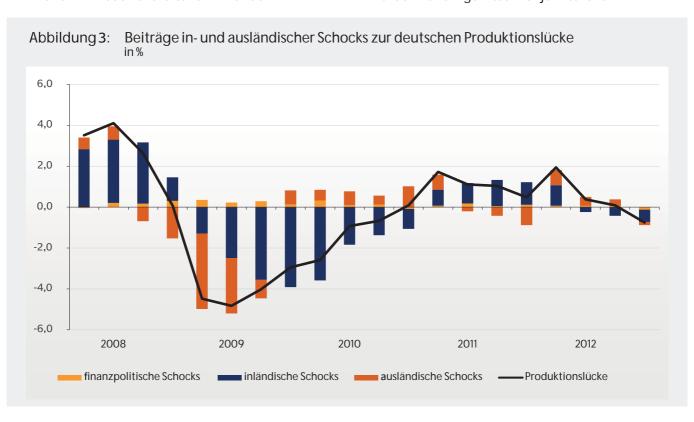
Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

Die finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland dürften auch im übrigen Euroraum zu einer Stabilisierung der Produktion beigetragen haben. Von dem durch das Maßnahmenpaket induzierten Anstieg des realen BIP in Deutschland ergab sich ein Effekt auf die Exporte des übrigen Euroraums in Höhe von 0.3 %. Durch die erhöhte Ausfuhr wurde das reale BIP des übrigen Euroraums im Jahr 2009 um 0,1% gestützt; im Jahr 2010 ergab sich ebenfalls ein Effekt in Höhe von etwa 0.1%. Unterschiedliche Effekte in den einzelnen Ländern erklären sich vor allem durch das Ausmaß der ieweiligen Handelsverflechtung mit Deutschland. Die finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland ließen die deutsche Produktionslücke etwas kleiner ausfallen (vergleiche Abbildung 3) und hatten insgesamt expansive Effekte auf das BIP nahezu aller im Modell enthaltenen 19 Länder.

## 4 Schlussfolgerungen

Insgesamt haben die finanzpolitischen Maßnahmen, die zur Stabilisierung der konjunkturellen Lage in den Jahren 2008 und 2009 ergriffen wurden, geholfen, den Einbruch der Produktion abzudämpfen. Die wichtigsten konjunkturellen Impulse kamen im Umfeld der weltweiten Finanzkrise von der Umweltprämie, der Ausweitung der öffentlichen Investitionen und dem Wirtschaftsfonds Deutschland, dem Kreditund Bürgschaftsprogramm für Unternehmen.

Die Analyse der konjunkturellen Effekte zeigt, dass die grundsätzliche Kritik an der verzögerten Wirkung der Maßnahmen auch für diese Episode berechtigt ist. Im Jahr 2009 wurde zwar ein gewisser konjunktureller



Ökonomische Wirksamkeit der konjunkturstützenden finanzpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009

Effekt erreicht - der initiale Multiplikator der Maßnahmen insgesamt dürfte zwischen 1,3 und 1,5 gelegen haben. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Umweltprämie und das Bürgschaftsprogramm Wirtschaftsfonds Deutschland. Allerdings entfalteten die Maßnahmenpakete erst während des Aufschwungs der Jahre 2010 und 2011 ihre volle Wirkung. Es gibt Hinweise darauf, dass die Erwartung der stimulierenden Effekte der expansiven Finanzpolitik in den Folgejahren auch zur Stabilisierung des Vertrauens der privaten Haushalte und Unternehmen beigetragen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bereits im Jahr 2009 gestützt hat. Relativ klar zeigt sich, dass die automatischen Stabilisatoren des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems ebenfalls eine große Rolle für die Konjunkturstabilisierung gespielt haben. Ohne sie wäre das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um rund einen halben Prozentpunkt stärker gesunken. Der maßgebliche Stabilisierungseffekt ging dabei von der progressiven Einkommensteuer aus.

Nahezu alle diskretionären Maßnahmen entfalteten ihre vollen Effekte nicht unmittelbar nach ihrer Auflage, sondern zum Teil mit deutlicher Verzögerung. Besonders trifft dies für die Infrastrukturmaßnahmen zu, deren Wirkungen bis in das Jahr 2012 hinein reichten, z. B. das Zukunftsinvestitionsgesetz. Hier scheint der generelle Zielkonflikt zwischen konjunkturpolitischer Effektivität und gesamtwirtschaftlicher Effizienz auf. Maßnahmen wie eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, die nicht nur die Konjunktur anregen, sondern auch das Produktionspotential stärken, können nicht "über Nacht" geplant, ausgeschrieben und möglichst ohne Mitnahmeeffekte umgesetzt werden. Sie sind daher nur begrenzt effektiv, wenn es darum geht, rasch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stützen. Ordnungspolitisch umstrittene Maßnahmen wie die Umweltprämie, die mit der Automobilindustrie eine einzelne Branche stark begünstigte und mit einer Vernichtung von Vermögenswerten verbunden war, sind konjunkturpolitisch oft effektiver. Das Bürgschaftsprogramm entfaltete recht hohe gesamtwirtschaftliche Wirkungen, weil im Zuge der Probleme im Bankensektor wohl tatsächlich Liquiditätsprobleme zu überbrücken waren und nicht Marktkräfte in Richtung strukturellen Wandels ausgebremst wurden.

Diese Studie zeigt darüber hinaus, dass die vor der Krise vorgenommenen Arbeitsmarktreformen einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet haben; insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ferner dürften positive Vertrauenseffekte gewirkt haben, da in Deutschland insgesamt Konsens bestand, dass nach vorübergehender Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme zur Finanzierung der Stabilisierungsmaßnahmen die strukturelle Neuverschuldung gemäß der seit dem Jahr 2009 im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zurückgeführt werden soll. Die Erwartung dauerhaft hoher Neuverschuldung hätte die Wirksamkeit der finanzpolitischen Maßnahmen hingegen wohl vermindert.

Ein Patentrezept für zukünftige Rezessionen liefern die in den Jahren 2008 und 2009 ergriffenen Maßnahmen nicht. Sie können aber unter Berücksichtigung ihrer Effekte auf die Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmen in der spezifischen Situation der Jahre 2008 und 2009 im Großen und Ganzen als Erfolg verbucht werden. Darüber hinaus kann als Empfehlung für die Vorbereitung auf zukünftige Rezessionen auf Basis der hier vorgenommenen Analysen festgehalten werden, dass den automatischen Stabilisatoren und institutionellen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt, die eine flexible Reaktion auf Konjunkturschwankungen ermöglichen, eine wesentliche Rolle bei der Stabilisierung der Konjunktur zukommt.

Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Sol vency II

## Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Solvency II

# Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1. April 2015

- Am 6. März 2015 stimmte der Bundesrat dem Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen (VAG-Novelle) zu, das die EU-Richtlinie Solvency II (Solvabilität II) in deutsches Recht umsetzt. Für Versicherungsunternehmen gilt ab dem 1. Januar 2016 ein neues Aufsichtswerk, das auf drei Säulen fußt und die Versicherungsregulierung grundlegend modernisiert und europaweit harmonisiert.
- Die erste Säule verlangt von den Versicherungsunternehmen eine risiko- beziehungsweise marktwertorientierte Bewertung ihrer Kapitalanlagen und Leistungsverpflichtungen. Die Kapitalanforderungen orientieren sich künftig an den tatsächlich eingegangenen Risiken und sind nicht mehr an starre Obergrenzen gebunden.
- Die zweite Säule befasst sich mit Anforderungen an die Geschäftsorganisation (Governance) der Versicherungsunternehmen. Diese sollen sicherstellen, dass Unternehmen über wirksame Prozesse und Strukturen verfügen, die ein solides und vorausschauendes Management gewährleisten.
- Die dritte Säule erweitert die Berichtspflichten der Unternehmen: Die Unternehmen haben zahlreiche quantitative Kennzahlen an die Aufsicht zu übermitteln, müssen in regelmäßigen Abständen über ihre Geschäftsorganisation und viele weitere Aspekte berichten und haben Berichtspflichten gegenüber der Öffentlichkeit zu erfüllen.

1	Uberblick	
2	Das Drei-Säulen-Modell	27
3	Europäisierung der Aufsichtsregeln	27
	Verbesserung der Aufsicht	
	Wahrung der Wettbewerbsneutralität	
	Aushlick	20

### 1 Überblick

Beinahe 14 Jahre nach Beginn der Verhandlungen in Brüssel überträgt die VAG-Novelle die europäische Solvency-II-Richtlinie in deutsches Recht und leitet einen Wechsel von einer bilanziellen hin zu einer markt- und risikoorientierten Bewertung der Kapitalanlagen und Verpflichtungen der Versicherungsunternehmen ein. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen wird die Richtlinie 2009/138/ EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend Aufnahme und Ausübung der Versicherungsund Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) in nationales Recht umgesetzt. Es handelt sich

Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Sol vency II

um die seit Jahrzehnten größte Reform der Versicherungsaufsicht, (auch) in Deutschland. Das Gesetz sieht eine Umsetzung der Richtlinie durch eine konstitutive Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes vor.

Solvency II ist der Name eines europäischen Projekts, durch welches das Versicherungsaufsichtsrecht in Europa grundlegend reformiert wird. Erste Vorarbeiten begannen bereits im Jahr 2001. Ziel des Projekts ist es, einheitliche Aufsichtsstandards für Versicherungsunternehmen in Europa zu schaffen und damit eine konsistente Aufsichtspraxis einzuführen. Auch dient Solvency II dem Verbraucherschutz, indem das Insolvenzrisiko von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen reduziert werden soll. Die Solvency-II-Richtlinie wurde im Jahr 2009 verabschiedet und sollte ursprünglich bis zum 31. Dezember 2012 in nationales Recht umgesetzt werden. In der Folgezeit wurden jedoch - nicht zuletzt durch die Schaffung der neuen europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA1- weitere wesentliche Änderungen der Richtlinie erforderlich, was zu Verzögerungen führte. Am 14. April 2014 wurden schließlich mit Verabschiedung der sogenannten Omnibus-II-Richtlinie wichtige Änderungen von Solvency II beschlossen. Inhaltlich betrafen diese Änderungen insbesondere die Behandlung von langfristigen Garantien in der Lebensversicherung. Als neuer Umsetzungstermin für Solvency II wurde der 31. März 2015 festgelegt, damit das neue Regime zum 1. Januar 2016 in Kraft treten kann.

### 2 Das Drei-Säulen-Modell

Ähnlich den europäischen Regelungen zur Bankenaufsicht (Basel II), sieht auch Solvency II ein Drei-Säulen-Modell vor. Mit der ersten Säule werden quantitative Regelungen vorgegeben. Sie umfasst Vorschriften zur Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie zur Festlegung von Kapital- und Eigenmittelanforderungen. Mit Blick auf die Kapitalanforderungen findet eine Unterteilung in Mindestkapital und Solvenzkapital statt. Zusätzlich werden Bestimmungen zur Kalkulation der versicherungstechnischen Rückstellungen und die Überprüfung der Berechnungsansätze vorgeschrieben.

Die zweite Säule umfasst Regelungen zum aufsichtsbehördlichen Überprüfungsverfahren und zu den Governance-Anforderungen, d. h. der Geschäftsorganisation der Unternehmen. Es werden sowohl Grundsätze der Aufsicht dargestellt, als auch Bestimmungen zur Ausübung der Tätigkeit festgelegt. Governance-Anforderungen betreffen insbesondere Eignungsvoraussetzungen, Risikomanagement, Compliance-Funktionen, versicherungsmathematische Funktionen und interne Revision.

Die dritte Säule befasst sich mit Regelungen zu Marktdisziplin, Transparenz und Berichtspflichten der Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen, sowohl gegenüber den Aufsichtsbehörden als auch der Öffentlichkeit.

## 3 Europäisierung der Aufsichtsregeln

Mit der Einführung von Solvency II wurde ein neues europäisches Regelwerk geschaffen, welches sich neben dem Richtlinientext auf delegierte Rechtsakte der EU-Kommission und Leitlinien der europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA stützen wird. Künftig wird mithin nicht nur die EU-Kommission, sondern auch EIOPA eine einheitliche Anwendung des neuen Aufsichtsregimes sicherstellen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> European Insurance and Occupational Pensions Authority.

Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Sol vency II

Die EU-Kommission hat am 10. Oktober 2014 in Form einer Verordnung erste delegierte Rechtsakte zu Solvency II angenommen, mit der die Vorgaben der Richtlinie konkretisiert werden. Diese wurden am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) veröffentlicht.

## 4 Verbesserung der Aufsicht

Durch die Reform wird die Aufsicht verbessert und so der Schutz der Versicherten erhöht. Dies ist gerade in schwierigen Marktsituationen aktuell etwa in der anhaltenden Niedrigzinsphase – von besonderer Bedeutung. Das neue Aufsichtssystem ist konsequent risiko- und prinzipienbasiert. Während sich bislang die Eigenmittelanforderungen hauptsächlich am Geschäftsvolumen des Versicherers orientiert haben, müssen die Versicherungsunternehmen künftig bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen alle potenziellen Risiken berücksichtigen, denen sie ausgesetzt sind. Mit anderen Worten: Marktrisiken, versicherungstechnische Risiken, Kreditrisiken und operationale Risiken. Es wird somit eine ganzheitliche Risikobetrachtung zugrunde gelegt, die strengere und weiterentwickelte Solvabilitätsanforderungen für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen zur Folge hat.

Außerdem müssen die Eigenmittel künftig auf der Grundlage einer marktkonsistenten Bilanz bestimmt werden. Das heißt, sie sind regelmäßig an die tatsächlichen Marktverhältnisse anzupassen. Bislang basierten die Bilanzen auf den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, nach denen in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert wird. Die Neuregelung führt zu einer marktnahen Einschätzung der Risikolage der Versicherungsunternehmen.

Auch die Anforderungen an die Geschäftsorganisation, insbesondere das Risikomanagement, werden durch das Reformpaket deutlich angehoben. Daneben wird es in der Zukunft eine vereinheitlichte Berichterstattung an die Aufsicht und gegenüber der Öffentlichkeit geben. So müssen Versicherer jährlich einen Solvabilitäts- und Finanzbericht veröffentlichen.

Eine Verbesserung der Aufsicht folgt auch aus ihrer bereits erwähnten Europäisierung, die eine effizientere Gruppenaufsicht ermöglicht. Eine verbesserte Koordinierung der Aufsicht über grenzüberschreitende Gruppen, d. h. große Versicherungsunternehmen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten tätig sind, erfolgt durch die Einrichtung sogenannter Aufsichtskollegien, die mit Vertretern der jeweils betroffenen nationalen Aufsichtsbehörden besetzt sind.

## 5 Wahrung der Wettbewerbsneutralität

Die Umstellung auf Solvency II stellt dessen ist sich die Bundesregierung seit Beginn der Solvency-II-Verhandlungen bewusst - eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. Das BMF legte daher besonderen Wert darauf, die Umstellung wettbewerbsneutral zu gestalten. Solvency II soll nicht zu einer Marktbereinigung führen. Vielmehr ist der sogenannte Proportionalitätsgrundsatz konsequent zu beachten. Mit anderen Worten: Die unternehmensindividuellen Risiken, Art und Umfang des Geschäftsbetriebs und die Komplexität des gewählten Geschäftsmodells des Unternehmens dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Erfolgreich hat sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür eingesetzt, dass kleine Versicherer von einigen Berichtspflichten ausgenommen werden können und flexibleren Governance-Anforderungen unterliegen. Darüber hinaus gilt für die Kalkulation der Rückstellungen in der Lebensversicherung ein Übergangszeitraum von 16 Jahren. Während dieses Zeitraums dürfen sich die Unternehmen allerdings nicht zurücklehnen. Sie müssen vielmehr die Gewähr dafür bieten,

Grünes Licht für die Versicherungsaufsichtsreform Sol vency II

dass sie die neuen Regelungen nach Ablauf der 16 Jahre erfüllen können. So gibt es genug Zeit für alle Versicherer, die neuen Vorgaben zu erfüllen.

### 6 Ausblick

Mit dem nunmehr verabschiedeten Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen wurde das mehr als 100 Jahre alte Versicherungsaufsichtsgesetz grundlegend reformiert. Bis zum Inkrafttreten von Solvency II wird die europäische Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA gemeinsam mit den nationalen Aufsichtsbehörden noch zahlreiche Details zur Umsetzung festlegen, und die Unternehmen

werden eine Vielzahl von Genehmigungsverfahren und Tests durchlaufen und Vorgaben umsetzen müssen.

Auf europäischer Ebene haben die Arbeiten zur Solvency-II-Richtlinie schon lange vor der Krise begonnen. Sie sind also kein unmittelbarer Ausfluss der Finanzkrise.

Dennoch schafft die Bundesregierung mit dem Gesetz bessere Rahmenbedingungen für die Versicherungswirtschaft, die zu einer Stabilisierung des Finanzsektors beitragen: Europäisierung der Aufsichtsregeln, höhere Eigenverantwortung der Versicherer und eine transparentere Einschätzung der Risikosituation. Risiken können damit schneller erkannt und vor allem auch schneller und effektiver bewältigt werden. Wie wichtig das ist, ist spätestens seit der Bankenkrise bekannt.

IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.

## IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie des Lenkungsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF)

- Vom 16. bis 18. April 2015 trafen sich anlässlich der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C. die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 sowie der IWF-Lenkungsausschuss (IMFC).
- Schwerpunkte der Diskussionen waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft, die Hilfe für Entwicklungsländer und die Reform des IWF.

1	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 16. und 17. April 2015	30
2	IWF-Frühjahrstagung mit Sitzung des IMFC am 17. und 18. April 2015	31
3	Ausblick	32

## 1 Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 16. und 17. April 2015

Auf der Agenda des G20-Treffens standen die Lage der Weltwirtschaft und Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums, die Reform des IWF, die Regulierung der Finanzmärkte und die internationale Steuerpolitik.

Das Treffen begann mit einer Diskussion zur Lage der Weltwirtschaft. Diese hat sich seit dem vorangegangenen G20-Treffen verbessert. Das gilt insbesondere auch für den Euroraum. In vielen Ländern beschleunigt der niedrige Ölpreis das Wachstum, weil Verbraucher und die Industrie weniger für Benzin und Heizöl ausgeben müssen und stattdessen mehr Geld für andere Konsumausgaben und Investitionen zur Verfügung steht. Allerdings bestehen auch Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung. Zum einen ergeben sich diese aus geopolitischen Spannungen wie dem

IS-Terror und der Ukraine-Krise. Zum anderen stellt die hohe öffentliche Verschuldung einen weiteren Risikofaktor dar.

Weiteres Thema war die Geldpolitik. Es wurde anerkannt, dass eine akkommodierende Geldpolitik in vielen Ländern nötig sei, um Inflationserwartungen zu stabilisieren und die Konjunktur zu stützen. Es wurde aber auch auf die Gefahren hingewiesen; insbesondere hinsichtlich eines zeitlich versetzten Ausstiegs aus dieser lockeren Geldpolitik in den verschiedenen Währungsräumen und hinsichtlich der reduzierten Anreize für Strukturreformen. Die Risikobereitschaft in den Finanzmärkten ist wieder stark gestiegen, mit der Gefahr, dass sich erneut Blasen bilden. Die G20 war sich einig, dass diese Risiken genau beobachtet werden müssen.

Die G20 hob die Bedeutung von Strukturreformen zur Steigerung der mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven hervor. Sie bekräftigte ihr Ziel, die zum Brisbane-Gipfel im November 2014 vereinbarten nationalen Reformmaßnahmen vollständig

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.

umzusetzen. Die Umsetzung soll eng überwacht werden. Aus deutscher Sicht gibt es entgegen anderslautender Vorwände keinen Widerspruch zwischen Strukturreformen und Konsolidierung. Das zeigt z. B. die aktuelle Entwicklung in Spanien.

Weitere wichtige Elemente zur Förderung des Wachstums sind öffentliche Investitionen und verbesserte Bedingungen für private Investitionen. Die aktuelle türkische G20-Präsidentschaft hat Investitionen als einen Arbeitsschwerpunkt festgelegt. Dies wird durch die Erarbeitung nationaler Investitionsstrategien als wichtiger Teilbereich der bestehenden nationalen Wachstumsstrategien unterstrichen. Deutschland hat durch seine stabilitätsorientierte Finanzpolitik Wachstum geschaffen und den Haushalt konsolidiert. Damit wurde Spielraum für zusätzliche Investitionen erarbeitet, der nun in den kommenden Jahren genutzt wird.

Im Bereich Finanzmarktregulierung wird es auch in diesem Jahr große Fortschritte geben. Ein wichtiges Element ist die Finalisierung des in Brisbane vereinbarten einheitlichen internationalen Standards für "Total Loss-Absorbing Capacities" (TLAC) für global systemrelevante Banken. Außerdem werden die Arbeiten im Bereich Schattenbanken auf Basis der vom Brisbane-Gipfel auf deutsche Initiative hin aktualisierten "Roadmap" weiter vorangetrieben. Auch bei der grenzüberschreitenden Anerkennung von nationaler Regulierung, insbesondere bei Over-the-counter-Derivaten (OTC-Derivaten) und bei Abwicklungsregeln, gibt es spürbare Fortschritte. Insgesamt rückt die Implementierung der vereinbarten Regeln verstärkt in den Mittelpunkt der Arbeiten zur Finanzmarktregulierung und beim Financial Stability Board (FSB).

Auch die Initiativen im Bereich der internationalen Steuerpolitik sind auf einem guten Weg. Die G20 hat erneut bekräftigt, dass sie das BEPS-Projekt¹ zur Vermeidung der Gewinnverlagerung bei internationalen Unternehmen bis Ende 2015 abschließen will. Dabei sollen auch die Belange von Entwicklungsländern angemessen berücksichtigt werden. Die Arbeiten zur Umsetzung des vereinbarten gemeinsamen Standards für den automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen (CRS)² gehen gut voran.

## 2 IWF-Frühjahrstagung mit Sitzung des IMFC am 17. und 18. April 2015

Zur Lage der Weltwirtschaft verliefen die Diskussionen im IMFC weitgehend analog zu denen in der G20.

Ein weiteres Thema war erneut die Umsetzung der Reformen der IWF-Leitungsstruktur und der IWF-Quoten. In einer gemeinsamen Sitzung der G20 und des IMFC brachten die Finanzminister und Notenbankgouverneure zum wiederholten Mal ihre tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die bereits 2010 beschlossenen Reformen nach wie vor nicht in Kraft getreten seien. Die Reform tritt erst in Kraft, wenn drei Fünftel der Mitglieder des IWF, die 85 % der Stimmrechte repräsentieren, sie ratifiziert haben. Obwohl die Mehrzahl der Länder die Reform fristgerecht ratifiziert hatte, scheiterte das Inkrafttreten bislang an der fehlenden Ratifizierung der USA, die über eine Sperrminorität verfügen. Da weiter unklar ist, ob und wann die USA die Reform umsetzen, forderten die Mitglieder des IMFC und der G20 den IWF auf, Zwischenlösungen zu verfolgen, welche eine Annäherung an die Reformziele von 2010 ermöglichen. Grundsätzlich bleibt die Umsetzung der 2010

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Base Erosion and Profit Shifting.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Common Reporting Standard.

## □ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

IWF-Frühjahrstagung 2015 in Washington D.C.

beschlossenen Reform weiterhin oberste Priorität. Die Forderung an die USA, diese Reform schnellstmöglich zu ratifizieren, wurde erneut mit Nachdruck gestellt.

Ein Schwerpunkt der Diskussion in diesem Jahr war die Hilfe für Entwicklungsländer. Der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon appellierte persönlich an den IWF, einen Beitrag zur Unterstützung der ärmeren und fragilen Länder zu leisten. Der IMFC sagte Hilfen innerhalb des IWF-Kernmandats zu. Die Hauptaufgaben liegen hier in der Schaffung von Rahmenbedingungen für Makro- und Finanzstabilität und der Entwicklung der Finanzsysteme in den jeweiligen Ländern. Diese Aufgaben soll der IWF durch seine Surveillance (insbesondere Artikel-IV-Konsultationen) und Technische Hilfe übernehmen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble wies auf die wichtige, aber begrenzte Rolle des IWF hin. Überschneidungen mit Entwicklungsbanken oder anderen internationalen Institutionen

mit Entwicklungsaufgaben sollten vermieden werden.

Der von Deutschland geplante Beitrag für den neu geschaffenen Fonds zur Unterstützung von Ländern, die von Naturkatastrophen oder Epidemien (u. a. Ebola) betroffen sind, wurde vom IWF und den Mitgliedern des IMFC ausdrücklich begrüßt. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble wies auf den bestehenden Parlamentsvorbehalt hin. Alle Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, weitere finanzielle Beiträge zu diesem Fonds zu leisten.

### 3 Ausblick

Das nächste Treffen der G20 Finanzminister und -Notenbankgouverneure wird am 4. und 5. September in Ankara (Türkei) stattfinden. Die nächste Jahrestagung von IWF und Weltbank findet vom 9. bis 11. Oktober 2015 in Lima (Peru) statt.

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung setzte sich im 1. Quartal mit etwas verringerter Dynamik fort. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes um 0,3 %. Die positiven Wachstumsimpulse kamen aus dem Inland.
- Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war auch im April positiv. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich weiter. Die Beschäftigung nahm zu.
- Der Verbraucherpreisindex stieg im April 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau mit 0,5 % wieder etwas stärker an. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Aufschwung, der sich den vorlaufenden Konjunkturindikatoren zufolge im weiteren Jahresverlauf fortsetzen dürfte. Im 1. Quartal 2015 nahm die gesamtwirtschaftliche Aktivität erneut zu.

Gemäß Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 13. Mai erhöhte sich das BIP im 1. Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Schlussquartal 2014. Nach dem kräftigen BIP-Anstieg im 4. Quartal 2014 um 0,7 % setzte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung damit fort, wenngleich mit etwas geringerer Dynamik. Zu Beginn dieses Jahres kamen positive Wachstumsimpulse (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) aus dem Inland. So erhöhten die privaten Haushalte und der Staat ihre Konsumausgaben. Aber auch von der Investitionstätigkeit kamen Impulse. So stiegen die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen gegenüber dem Vorquartal deutlich an. Der Außenhandel hingegen dämpfte das Wirtschaftswachstum. Die Exporte konnten zwar einen Zuwachs gegenüber dem Schlussquartal verzeichnen, aber die Importe wurden sehr viel kräftiger ausgeweitet.

Die günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen, wie sich aufhellende Absatzperspektiven im In- und Ausland, niedrige Zinsen sowie anhaltend niedrige Preise für Energiegüter, lassen eine Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs im weiteren Jahresverlauf erwarten. Auch die in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren, insbesondere die Ausweitung der Auftragseingänge aus dem Inland im 1. Quartal sowie die Verbesserung der Stimmung von Unternehmen und Verbrauchern, stützen diese Erwartung.

Die Bundesregierung hatte im April ihre Wachstumsprojektion nach oben angepasst. Für dieses und nächstes Jahr wird von einem Wirtschaftswachstum von jeweils real 1,8 % ausgegangen. Dies entspricht im Wesentlichen auch der jüngsten Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Gemeinschaftsdiagnose (GD) der Wirtschaftsforschungsinstitute und der Europäischen Kommission geht im Jahr 2015 von einem etwas höheren BIP-Anstieg als die Bundesregierung aus (+ 2,1% beziehungsweise 1,9 %), was insbesondere mit der Erwartung stärkerer positiver Effekte der niedrigen Energiepreise und der Euroabwertung im Zusammenhang stehen dürfte. Die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zum 1. Quartal stützen die größere Vorsicht in der Projektion der Bundesregierung.

Den aktuellen Projektionen ist gemeinsam, dass das Wachstum rechnerisch von der

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Ausweitung der Inlandsnachfrage getragen wird. Ein Hauptfaktor ist dabei die Zunahme des preisbereinigten Konsums der privaten Haushalte. Gemäß Frühjahrsprojektion der Bundesregierung dürfte sich der Anstieg dieses Verwendungsaggregats gegenüber 2014 spürbar beschleunigen (+ 2,0 % nach + 1,6 % im Jahr 2014). Dies ist maßgeblich auf eine Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zurückzuführen. Dabei ist die Lohnentwicklung deutlich aufwärtsgerichtet. Die nominalen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer steigen wahrscheinlich um 3,1% (2016: + 2,7%). Hierzu trägt auch der eingeführte Mindestlohn bei. Die Anhebung und die Ausweitung der Rentenleistungen begünstigen die Entwicklung der monetären Sozialleistungen, während in diesem Jahr von einem nur leichten Anstieg der Selbständigen- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte ein dämpfender Effekt ausgeht. Insgesamt dürfte sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte deutlich verbessern. Die moderate Preisniveauentwicklung auf der Verbraucherstufe stärkt zusätzlich die Kaufkraft der Verbraucher.

Dies und die niedrigen Zinsen dürften den Wohnungsbau stimulieren. Die Ausrüstungsinvestitionen werden voraussichtlich zunächst nur verhalten zunehmen. Angesichts des sehr hohen Grads der Selbstfinanzierung der Unternehmen schlagen hier das außerordentlich günstige monetäre Umfeld (niedrige Zinsen) und die verbesserten Finanzierungskonditionen infolge der lockeren EZB-Geldpolitik kaum positiv zu Buche. Erst für den weiteren Verlauf des Projektionszeitraums ist mit einer Belebung der Investitionskonjunktur zu rechnen. Denn die internationalen Absatzperspektiven verbessern sich allmählich und die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nähern sich dem normalen Auslastungsgrad. Das Investitionsmotiv Kapazitätserweiterung wird daher immer mehr an Bedeutung gewinnen. Dementsprechend dürfte sich auch der private Nicht-Wohnungsbau allmählich beleben. Die staatlichen Bauinvestitionen wirken in beiden Jahren mit einem voraussichtlich kräftigen Anstieg stützend.

Von den Nettoexporten werden in diesem und im nächsten Jahr rechnerisch kaum Wachstumsimpulse zu erwarten sein. Die Zunahme der Exporte dürfte etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Dabei dürften die deutschen Exporteure von der sich allmählich erholenden Weltwirtschaft profitieren. So erwartet der IWF in seiner jüngsten Prognose ein globales Wirtschaftswachstum von 3,5 % in diesem und 3,8 % im nächsten Jahr. Dabei erhöhte der IWF auch die Erwartungen für den Euroraum merklich. Vor allem das Wachstum in den Industrieländern stützt die Weltkoniunktur. während die Schwellenländer – verglichen mit vorangegangenen Jahren – eher verhalten expandieren. Darüber hinaus wird die deutsche Exportwirtschaft von der Abwertung des Euro begünstigt, die Ausfuhren in die Länder außerhalb des Euroraums verbilligt. Der geringe Ölpreis wirkt ebenfalls stützend, nicht zuletzt da auch andere ölimportierende Länder hiervon profitieren und sich deren erhöhte Nachfrage wiederum positiv auf deutsche Exporte auswirken dürfte. So sind denn auch die deutschen Exportunternehmen hinsichtlich ihrer Absatzperspektiven sehr optimistisch gestimmt. Im 1. Quartal waren die Auftragseingänge aus dem Ausland allerdings deutlich rückläufig. Einzig die Bestellungen von Konsumgütern aus dem Euroraum zogen spürbar an. Die erwartete Ausweitung der Ausfuhren und die deutlich steigende Inlandsnachfrage dürften die Importe begünstigen, sodass diese in beiden Jahren kräftiger steigen als die Ausfuhren.

## Exporttätigkeit ist aufwärtsgerichtet

Nach Ursprungswerten lagen die Warenexporte kumuliert über den Zeitraum Januar bis März um 5,4 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau, während der Wert der Einfuhren um 1,8 % höher lag. Nach Regionen –

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,it is cher\,Sicht$ 

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahı			
	bzw. Index	Vorjahr in %	3. Q. 14	4. Q. 14	1. Q. 15	3. Q. 14	4. Q. 14	1. Q. 15		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,8	+1,6	+0,1	+0,7	+0,3	+1,2	+1,6	+1,1		
jeweilige Preise	2 904	+3,4	+0,2	+1,1	+1,1	+2,9	+3,2	+3,0		
Einkommen <sup>1</sup>										
Volkseinkommen	2 173	+3,5	+0,9	+0,2		+3,6	+2,8			
Arbeitnehmerentgelte	1 481	+3,7	+0,8	+0,9		+3,7	+3,6			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	692	+3,0	+0,9	-1,2		+3,6	+0,9			
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 722	+2,4	+1,1	+1,1		+2,3	+3,2			
Bruttolöhne und -gehälter	1 210	+3,8	+0,9	+0,6		+3,8	+3,7			
Sparen der privaten Haushalte	166	+5,5	+0,5	+7,1		+3,6	+12,5			
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahr	2		
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Feb 15	Mrz 15	Dreimonats- durchschnitt	Feb 15	Mrz 15	Dreimonats- durchschnitt		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 134	+3,7	+1,4	+1,2	+0,6	+3,9	+12,4	+5,4		
Waren-Importe	917	+2,1	+1,3	+2,4	+1,3	+0,3	+7,1	+1,8		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	107,9	+1,5	+0,0	-0,5	+0,5	+0,2	+0,1	+0,3		
Industrie <sup>3</sup>	109,8	+1,9	+0,1	-0,8	+0,1	+0,3	-0,7	+0,0		
Bauhauptgewerbe	108,5	+2,7	-1,5	+2,1	+2,4	-6,4	+1,0	-2,1		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>3</sup>	108,6	+2,6	-0,8	-1,2	+0,6	+1,4	+0,9	+1,0		
Inland	104,5	+1,2	-1,3	-0,3	+0,7	-0,4	-0,9	-0,5		
Ausland	113,0	+4,1	-0,4	-2,0	+0,5	+3,0	+2,6	+2,5		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie <sup>3</sup>	109,1	+2,9	-0,9	+0,9	-1,6	-1,3	+1,9	+0,1		
Inland	103,4	+1,6	+0,1	+4,3	+0,9	-1,1	+3,5	+0,6		
Ausland	113,7	+3,8	-1,7	-1,6	-3,3	-1,5	+0,7	-0,1		
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,7	-1,6		+7,9	+1,2		-1,3		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,9	+1,6	-0,2	-1,4	+1,0	+3,3	+3,5	+3,6		
Handel mit Kfz	104,1	+2,4	+1,8		+3,9	+3,4		+2,8		

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014		Ve	eränderung in Ta	usend gege	nüber	
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
	Mio.	Vorjahr in %	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-19	-14	-8	-121	-123	-100
Erwerbstätige, Inland	42,65	+0,9	+7	+10		+270	+235	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+65			+533		
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber	Vorperiode Vorjahr					
20.0	index	Vorjahr in %	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15
Importpreise	103,6	-2,2	+1,4	+1,0		-3,0	-1,4	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,9	-1,0	+0,1	+0,1	+0,1	-2,1	-1,7	-1,5
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,9	+0,5	+0,0	+0,1	+0,3	+0,5
ifo Geschäftsklima					5			
gewerbliche Wirtschaft	Sep 14	Okt 14	Nov14	Dez 14	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15
Klima	+4,3	+0,4	+2,6	+4,2	+6,6	+6,7	+8,9	+10,2
Geschäftslage	+10,7	+5,6	+7,8	+9,0	+12,5	+11,7	+13,1	+16,7
Geschäftserwartungen	-1,9	-4,6	-2,5	-0,5	+0,9	+1,9	+4,7	+3,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Quartale Stand Februar 2015.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

hierfür liegen Daten bis Februar 2015 vor – wurden die Exporte in die EU-Länder außerhalb des Euroraums um 5,3 % ausgeweitet, während die Importe leicht rückläufig waren (-1,3 %). Die Exporte in die Länder des Euroraums stiegen um 2,2 % an, während auch hier die Importe um 1,8 % sanken. Gegenüber Drittländern nahmen die Ausfuhren sowie die Einfuhren zu (+ 4,7 % und + 3,2 %).

Die saisonbereinigten nominalen Warenexporte und Warenimporte stiegen im März im Vergleich zum Vormonat deutlich an. Die Warenexporte erhöhten sich somit den zweiten Monat in Folge. Im 1. Quartal 2015 nahmen sie 0,6 % gegenüber der Vorperiode zu. Die deutschen Warenausfuhren sind somit aufwärtsgerichtet. Allerdings ist die Dynamik geringer als im Schlussquartal 2014. Eine Ursache hierfür dürfte das verhaltene Wachstum der Weltwirtschaft und insbesondere der Schwellenländer gewesen sein. Die

niedrigen Rohstoffpreise dämpfen in vielen ölexportierenden Ländern die wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig begünstigte aber die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die Exporte.

Die nominalen Importe wurden im März gegenüber dem Vormonat deutlich ausgeweitet (+ 2,4 %). Die Wareneinfuhren stiegen somit den zweiten Monat in Folge und die Importe weisen im 1. Quartal 2015 einen Aufwärtstrend auf (+ 1,3 %). Die niedrigen Rohstoffpreise sowie die starke inländische Nachfrage dürften die Importe begünstigt haben.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) lag kumuliert für Januar bis März um 10,8 Mrd. € über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Leistungsbilanzüberschuss nahm im gleichen Zeitraum um 10,9 Mrd. € zu. Der Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Produktion arbeitstäglich; Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt; Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

ging zum größten Teil auf die Ausweitung des Warenhandels und der Primäreinkommen (+ 4,9 Mrd. €) zurück. Der Anstieg der Primäreinkommen ist vor allem auf eine Erhöhung des Saldos der Vermögenseinkommen zurückzuführen. Dabei dürfte die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollareine Rolle gespielt haben, wodurch der Wert von Vermögenseinkommen aus US-Dollar-Anlagen in Euro gerechnet steigt.

# Industrieproduktion war im 1. Quartal seitwärtsgerichtet

Die Industrieproduktion wurde im März in saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vormonat merklich zurückgefahren. Im 1. Quartal war die industrielle Erzeugung insgesamt seitwärtsgerichtet. Stützend wirkte dabei die Zunahme der Vorleistungsgüterherstellung. Die Investitions- und Konsumgüterherstellung waren hingegen leicht rückläufig.

Der Umsatz in der Industrie verringerte sich saisonbereinigt im März gegenüber dem Vormonat. Dennoch konnte im 1. Quartal eine Aufwärtsbewegung beobachtet werden. Hierzu trugen Umsatzsteigerungen sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft bei. Die Verbesserung der Auslandsumsätze resultierte aus einem Plus aus dem Euroraum, während der Nicht-Euroraum mit einem leichten Umsatzrückgang dämpfte.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe stieg im März saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat merklich an. Dabei war ein überdurchschnittlich hohes Niveau an Großaufträgen zu verzeichnen. Dennoch sind die Bestellungen im 1. Quartal rückläufig. Nach einem deutlichen Anstieg von Inlandsbestellungen im März zeigt sich auch im 1. Quartal ein Aufwärtstrend, der aus Orderplus bei Investitions- und Konsumgütern resultiert. Die Auslandsaufträge sind dagegen im gleichen Zeitraum rückläufig.

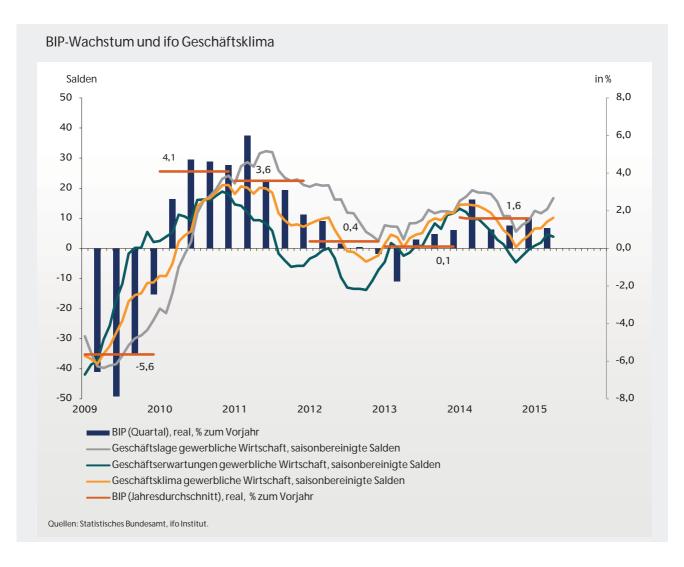
Stützend wirkte nur ein Orderanstieg von Konsumgütern aus dem Euroraum.

Die Seitwärtsbewegung der Industrieproduktion zu Beginn dieses Jahres ist somit eine Ursache für den weniger stark ausgefallenen BIP-Anstieg im 1. Quartal 2015 im Vergleich zum 4. Quartal 2014 (preis-, kalender- und saisonbereinigt + 0,7 % gegenüber dem Vorquartal).

Die vorlaufenden Indikatoren senden zum Beginn des neuen Quartals gemischte Signale. So waren die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im April etwas weniger optimistisch als im Vormonat. Auch wurden die Pläne zur Ausweitung der Produktion etwas verringert. Hierbei könnten die rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland eine Rolle gespielt haben, was sich in den leicht eingetrübten ifo Exporterwartungen widerspiegelt. Dennoch sind die Stimmungsindikatoren weiterhin auf einem hohen Niveau. Zudem sprechen die zunehmenden Inlandsbestellungen, insbesondere für Investitionsgüter, für weiterhin deutliche Impulse von der Binnennachfrage.

Die Bauproduktion wurde im März kräftig ausgeweitet. Im 1. Quartal hat sich damit die Aufwärtsbewegung gegenüber dem Schlussquartal 2014 beschleunigt (+ 2,4 % nach + 0,3 % im 4. Quartal 2014 jeweils gegenüber der Vorperiode). Dabei wurden im gleichen Zeitraum das Ausbaugewerbe und der Hochbau kräftig ausgeweitet (+ 2,8 % und + 2,7 % jeweils gegenüber der Vorperiode). Die Erzeugung im Tiefbau ist ebenfalls angestiegen, wenn auch nur um 0,6 %. Die "harten" Industrieindikatoren für das Baugewerbe deuten auf eine weitere Expansion in den nächsten Monaten hin. So sind die saisonbereinigten Auftragseingänge im Baugewerbe im Zweimonatsdurchschnitt Januar/Februar gegenüber der entsprechenden Vorperiode kräftig

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



gestiegen (+ 9,4%). Dies ist vor allem auf eine höhere Nachfrage im Tief-, aber auch im Wohnungsbau zurückzuführen. Auch ist der Geschäftsklimaindex im Baugewerbe nach sechs Rückgängen in Folge wieder angestiegen. So sind die Baufirmen merklich zufriedener mit ihrer aktuellen Lage und der Ausblick auf die kommenden Monate hellt sich ein wenig auf.

# Der private Konsum setzt weiterhin positive Wachstumsimpulse

Der private Konsum hat im 1. Quartal positive Wachstumsimpulse gesetzt. So hat der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge im 1. Quartal um 1,0 % leicht zugenommen

(saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Auch Zulassungen für private Pkw konnten eine leichte Zunahme um 0,4 % verzeichnen. Darüber hinaus ist die Stimmung der Konsumenten laut GfK-Konsumklimaindex (Gesellschaft für Konsumforschung) ausgesprochen gut. Für Mai prognostizieren die Analysten einen erneuten Anstieg des Konsumklimas. Das GfK-Konsumklima wird im Mai voraussichtlich den höchsten Stand seit Oktober 2001 erreichen. Allerdings hat sich das Tempo der Aufwärtsbewegung etwas abgeschwächt. Verantwortlich hierfür ist ein leichter Rückgang der Anschaffungsneigung und der Konjunkturerwartungen. Nach wie vor befinden sich beide Komponenten des GfK-Indikators aber auf einem hohen Niveau.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Trotz des verlangsamten Anstiegs des Konsumklimas dürften die Bedingungen für eine weitere Ausweitung der privaten Konsumausgaben im Jahresverlauf gut sein. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist günstig. Internationale und nationale Institutionen sowie die Bundesregierung haben gerade ihre Wachstumsprognosen für 2015 nach oben revidiert. Beschäftigungsexpansion, steigende Löhne und Entlastungen durch niedrige Energiepreise stärken die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit deren Konsumentfaltung. Dies dürfte zum Anstieg der Einkommenserwartungen beigetragen haben. Darüber hinaus sind die Zinsen nach wie vor niedrig und das Preisklima ruhig, was bei verbesserten Einkommenserwartungen für einen Anstieg der Anschaffungsneigung sprechen dürfte. Darüber hinaus erwarten die vom ifo Institut befragten Einzelhändler in den nächsten Monaten bessere Geschäfte.

#### Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält an

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Die Arbeitslosigkeit geht weiter moderat zurück, während die Beschäftigung steigt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist aufwärtsgerichtet.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug nach Ursprungswerten im April 2,84 Millonen Personen und war damit um 100 000 Personen niedriger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,5 %. Das Vorjahresniveau wurde um 0,3 Prozentpunkte unterschritten. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging im April gegenüber dem Vormonat um 8 000 Personen zurück.

Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im 1. Quartal 2015 fort, wenngleich auch mit einem etwas geringeren Tempo als im Schlussquartal 2014. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl erhöhte sich im März um 10 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Nach Ursprungswerten erzielte die Erwerbstätigkeit (Inlandskonzept) mit 42,47 Millionen Personen ein um 0,6 % höheres Niveau als im März 2014.

Nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) belief sich im Februar die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf 30,32 Millionen Personen. Das waren 533 000 Personen beziehungsweise 1,8 % mehr als vor einem Jahr. Nach Branchen zeigen sich im Vorjahresvergleich fast ausschließlich Anstiege. Die höchsten Zuwächse verzeichneten die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen, Pflege und Soziales, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen sowie der Handel. Die Bereiche Öffentlicher Dienst, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgungswirtschaft, Finanzen und Versicherungen verbuchten Rückgänge. Saisonbereinigt hat sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 65 000 Personen ausgeweitet. Zwar sind derzeit die Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufgrund von Änderungen mit Unsicherheiten behaftet, aber die erneut kräftige Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist wahrscheinlich teilweise auf den Rückgang der Minijobs infolge der Einführung des Mindestlohns zurückzuführen. So dürfte ein Teil der Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt worden sein.

Angesichts der Ergebnisse in den ersten drei Monaten dieses Jahres und der günstigen vorlaufenden Indikatoren zeichnet sich im Durchschnitt dieses Jahres eine positivere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ab als im Januar in der Jahresprojektion erwartet. Daher hat die Bundesregierung ihre Erwartungen für den Arbeitsmarkt nach oben revidiert. Die Bundesregierung erwartet für 2015 einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 300 000 Personen beziehungsweise 0,9 %. Die Arbeitslosenzahl sinkt voraussichtlich um 110 000 Personen. Der geringere Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Anstieg der Beschäftigung ist darauf zurückzuführen, dass die Profile der Arbeitslosen in berufsfachlicher,

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

qualifikatorischer und regionaler Hinsicht oft unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passen. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit speist sich zu einem großen Teil aus einem Anstieg des Erwerbstätigenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung.

Indikatoren wie das ifo Beschäftigungsbarometer sowie der Stellenindex der BA signalisieren eine weiterhin hohe Einstellungsbereitschaft und somit einen anhaltenden Aufwärtstrend der Arbeitskräftenachfrage. Alles zusammengenommen dürfte sich die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen.

# Moderate Entwicklung der Verbraucherpreise erwartet

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland nahm im April gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,5 % zu. Damit war die Inflationsrate leicht höher als einen Monat zuvor. Die Energiepreise verzeichneten weiterhin einen deutlichen Rückgang in Höhe von 5,9 %. Die Preise für Nahrungsmittel und Dienstleistungen waren dagegen um 1,1 % beziehungsweise 1,2% höher als vor einem Jahr. Insgesamt ist seit Februar eine kontinuierliche Beschleunigung der Inflation zu beobachten.

Die Energiepreise wurden weiterhin von im Vorjahresvergleich kräftig rückläufigen Rohölpreisen geprägt. So lag der Ölpreis pro Barrel der Sorte Brent im April immer noch etwa 45 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (Januar: rund - 55 %). In Euro gerechnet wurde der Preisrückgang gegenüber April 2014 jedoch infolge der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar leicht abgebremst.

Für die nächsten Monate zeichnet sich bisher kein Aufwärtstrend des Rohölpreises ab. Nach dem Tiefpunkt im Januar (knapp 50 US-Dollar pro Barrel) stabilisierte sich der Ölpreis im Durchschnitt der Monate Februar bis April bei jeweils knapp 60 US-Dollar pro Barrel. Die Energiepreisentwicklung dürfte das Preisniveau auf der Konsumentenstufe jedoch noch einige Monate dämpfen. Am aktuellen Rand schwächte sich der Importpreisrückgang ab. Dies ist vor allem auf die Verteuerung des Imports nichtenergetischer Produkte zurückzuführen, was zum Teil mit Auswirkungen der Euroabwertung im Zusammenhang stehen dürfte. Insgesamt sind die Import- und Erzeugerpreise jedoch weiterhin rückläufig, sodass dies zu Kostensenkungen bei den Unternehmen führt. Die Einführung des Mindestlohns zu Jahresbeginn und die Tariflohnabschlüsse dürften zu einem Anstieg der Lohnkosten der Unternehmen beitragen. Insgesamt ist in den nächsten Monaten mit einer moderaten Preisniveauentwicklung auf der Verbraucherstufe zur rechnen. In der Frühjahrsprognose der Bundesregierung wird daher im Durchschnitt des Jahres mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

Steuereinnahmen im April 2015

# Steuereinnahmen im April 2015

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im April 2015 im Vorjahresvergleich um insgesamt 5,2 % gestiegen. Die für das Gesamtsteueraufkommen maßgeblichen gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten ebenfalls einen Zuwachs von 4,4 %.

Hierzu trug maßgeblich die konjunkturell bedingt positive Entwicklung der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer bei. Die Steuern vom Umsatz lagen um 2,4 % über Vorjahresniveau. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge konnten ebenfalls deutlich zulegen.

Die Bundessteuern wiesen ebenfalls mit insgesamt + 5,2 % ein deutliches Wachstum auf. Bei einigen Bundessteuern ergaben sich auffällige Änderungsraten aufgrund von zeitlichen Verschiebungen des Eingangs des Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahr sowie aufgrund von Sondereffekten. So dürfte beispielsweise der Anstieg der Luftverkehrsteuer um 24,6 % im April 2015 auf die Vorverlagerung des Osterreiseverkehrs um gut zwei Wochen gegenüber dem Jahr 2014 zurückzuführen sein. Der Anstieg der Einnahmen aus den Ländersteuern von 16,5 % basiert weiterhin vor allem auf der guten Entwicklung der Grunderwerbsteuer sowie der Erbschaftsteuer.

#### **EU-Eigenmittel**

Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 26,8 % über dem Vorjahreswert. Insgesamt – unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuerund BNE-Eigenmittel – stiegen die EU-Eigenmittel im April 2015 um 9,4 % gegenüber 2014.

#### Gesamtüberblick kumuliert bis April 2015

In den ersten vier Monaten des Jahres 2015 ist das Steueraufkommen insgesamt um 5,0 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um 4,1 % zu, die Bundessteuern um 6,2 % und die Ländersteuern um 16,3 %.

#### Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im April 2015 um 4,9 % über dem Vorjahresniveau. Basis ist weiterhin die positive Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Zudem konnten die reinen Bundessteuern stärker als im Vormonat zum Aufkommensanstieg beitragen. Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Monat April 2015 um 4,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 11,0 %.

### Gemeinschaftliche Steuern

Die Lohnsteuereinnahmen setzten den Aufwärtstrend der vergangenen Monate fort. Zurückzuführen ist dies auf die weiterhin gute Beschäftigungslage und Lohnsteigerungen. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Berichtsmonat April 2015 gegenüber dem Vorjahr um 7,2 %. Hiervon ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld abzuziehen, welches im Vergleich zum Vorjahr mit 0,6 % nur geringfügig zunahm. Im Ergebnis stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im April 2015 um 8,8 %. Kumuliert bis April 2015 lagen die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen um 7,1 % über dem Vorjahreszeitraum.

#### Körperschaftsteuer

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer wird stark von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Zudem beeinflussen Sondereffekte den Aufkommensverlauf. Im April 2015 wurden rund 1,2 Mrd. € Körperschaftsteuererstattungen ausgezahlt. Kumuliert lag das Körperschaftsteueraufkommen bis April 2015 bei 4,2 Mrd. € und somit um 16,9 % unter dem Vorjahreswert.

Steuereinnahmen im April 2015

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2014	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 <sup>4</sup>	Veränderun ggü. Vorjah
2014	in Mio. €	in%	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	14701	+8,8	56 258	+7,1	178 150	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	1 154	+2,1	14 288	+10,4	48 550	+6,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	998	+15,1	3 984	+2,1	16 400	-5,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	966	+86,0	4076	+2,7	7 375	-5,6
Körperschaftsteuer	-1 217	Х	4221	-16,9	20 800	+3,8
Steuern vom Umsatz	15 560	+2,4	67 412	+2,6	208 200	+2,5
Gewerbesteuerumlage	748	-4,4	846	-3,9	4024	+4,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	744	-1,0	789	+0,2	3 3 9 6	+3,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 654	+4,4	151 875	+4,1	486 895	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 927	+2,5	7 631	+1,3	40 500	+1,9
Tabaksteuer	1 328	+5,7	3 550	-4,9	14 190	-2,9
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	138	-3,2	708	+1,4	2 060	+0,0
Versicherungsteuer	689	+2,8	6514	+3,2	12 500	+3,8
Stromsteuer	569	+11,3	2 3 7 5	+15,2	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	860	+9,4	3314	+25,2	8 550	+0,6
Luftverkehrsteuer	86	+24,6	245	+5,1	1 010	+2,0
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	352	Х	1 400	+97,7
Solidaritätszuschlag	964	+6,1	4747	+5,8	15 600	+3,7
übrige Bundessteuern	131	+17,1	524	+4,1	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	7 691	+5,2	29 960	+6,2	104 163	+2,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	629	+30,7	2 297	+27,9	5 790	+6,2
Grunderwerbsteuer	842	+14,2	3 602	+15,4	10 220	+9,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	154	+9,1	580	-3,6	1 656	-1,0
Biersteuer	56	+17,0	203	+1,2	675	-1,4
sonstige Ländersteuern	3	-92,0	209	+1,1	416	+2,4
Ländersteuern insgesamt	1 684	+16,5	6 891	+16,3	18 757	+6,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	447	+26,8	1 674	+19,2	4900	+7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	351	+4,1	2 167	+7,2	4310	+7,4
BNE-Eigenmittel	1874	+7,0	10 560	+0,5	23 080	+2,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 671	+9,4	14 402	+3,3	32 290	+4,2
Bund <sup>3</sup>	18 890	+4,9	80 673	+5,7	280 278	+3,5
Länder <sup>3</sup>	19 071	+4,0	82 740	+4,1	262 602	+3,3
EU	2 671	+9,4	14 402	+3,3	32 290	+4,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 843	+11,0	12 584	+8,4	39 546	+6,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 476	+5,2	190 400	+5,0	614 715	+3,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $<sup>^3</sup>$  Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2015.

Steuereinnahmen im April 2015

#### Veranlagte Einkommensteuer

Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer sank im April 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 %. Allerdings ist der April ein Monat mit geringem Aufkommen. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz (EStG) verringerten sich um 3,4 %. Das Nettoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer stieg im Vorjahresvergleich um 2,1 %. In kumulierter Betrachtung ist das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer in den ersten vier Monaten des Jahres 2015 um 10,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen.

#### Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stieg im April 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr um 5,3 %. Die Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern verringerten sich um 43,3 %. Das kassenmäßige Steueraufkommen ist stark durch Sondereffekte beeinflusst und entwickelt sich, wie die Veränderungsraten anzeigen, sehr volatil (Januar: + 18,4 %; Februar: - 20,9 %; März: - 16,9 %; April: + 15,1 %). Kumuliert bis April 2015 stieg das Ergebnis um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr.

# Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zeigten im April 2015 einen Zuwachs von 86,0 % gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt konnten Mindereinnahmen aus dem Januar 2015 weiter in größerem Umfang aufgeholt werden. Kumuliert lag das Steueraufkommen mit einem Zuwachs von 2,7 % nunmehr erstmals über dem des Vorjahreszeitraums.

#### Steuern vom Umsatz

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz stiegen im April 2015 um 2,4 %. Im Vergleich zum April 2014 verringerte sich das Aufkommen der Binnen-Umsatzsteuer leicht um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. Allerdings konnte die Einfuhrumsatzsteuer kräftig um 9,6 % zulegen. Hier dürfte auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar eine Rolle spielen, wodurch der Wert von importierten Gütern in Euro gerechnet zunimmt. Kumuliert lag das Aufkommen in den ersten vier Monaten des Jahres 2015 um 2,6 % über dem Vorjahresniveau.

#### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg im April 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 %. Die Einnahmen aus der Energiesteuer unterlagen in den ersten vier Monaten des Jahres 2015 starken Schwankungen. Im aktuellen Berichtsmonat April 2015 ergab sich ein Anstieg von 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. Eine geschwächte Vorjahresbasis führt bei der Kraftfahrzeugsteuer weiter zu hohen Zuwachsraten. Aktuell zeigte sich im April 2015 eine Zuwachsrate von + 9,4 % im direkten Vorjahresvergleich. Bei der Luftverkehrsteuer dürfte die Vorverlagerung des Osterreiseverkehrs 2015 um circa zwei Wochen zu einem Anstieg von 24,6 % gegenüber dem April 2014 geführt haben, da ein Teil des Steueraufkommens noch im April vereinnahmt werden konnte. Bei der Stromsteuer ist aufgrund der im Vorjahr geleisteten Rückzahlungen im Rahmen des sogenannten Spitzenausgleichs als Basiseffekt ein niedriger Vorjahreswert zu berücksichtigen, wodurch sich im April 2015 ein Zuwachs von 11,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat ergibt. Zudem konnte der Solidaritätszuschlag mit einem Plus von 6,1% als Zuschlagsteuer wieder vom guten Ergebnis der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer profitieren. Im Vorjahresvergleich zulegen konnten zudem die Tabaksteuer um 5,7 %, die Versicherungsteuer um 2,8 % sowie die Kaffeesteuer um 25,9 %. Rückgänge verzeichneten die Branntweinsteuer um 3.2% sowie die Schaumweinsteuer um 16,1%. Insgesamt stiegen die Bundessteuern in den ersten vier Monaten des Jahres 2015 um 6,2 % gegenüber 2014.

Steuereinnahmen im April 2015

### Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat April 2015 einen Zuwachs von 16,5 %. Basis der Erhöhung im Vorjahresvergleich ist die Grunderwerbsteuer mit einem Plus von 14,2 % sowie die Erbschaftsteuer mit + 30,7 %. Bei der Grunderwerbsteuer wirkten sich sowohl Steuersatzerhöhungen in einigen Ländern als auch durch Konjunktur und Zinsniveau bedingte Umsatzsteigerungen am Immobilienmarkt aus. Zudem hatte die Biersteuer eine starke Zunahme von 17,0 % gegenüber dem April 2014 zu verzeichnen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2015

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2015

#### Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich April 2015 auf 104,6 Mrd. €. Sie liegen um 1,6 Mrd. € (+ 1,5 %) über dem Ergebnis vom April 2014. Die günstige Entwicklung der Zinsausgaben (- 2,7 Mrd. €) konnte die Ausgabensteigerungen der übrigen Bereiche nicht ausgleichen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass durch die vorläufige Haushaltsführung zu Anfang des Jahres 2014 die Ausgabenentwicklung im Vergleichszeitraum gebremst wurde. Dies verzerrt den unterjährigen Vergleich.

#### Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen bis einschließlich April übertrafen mit 90,1 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 5,2 Mrd. € (+ 6,1%).

Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 80,4 Mrd. € und lagen um 4,1 Mrd. € (+ 5,4 %) über dem Ergebnis vom April 2014. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 9,7 Mrd. € um 1,1 Mrd. € (+ 12,5 %) über dem Ergebnis vom April 2014.

#### Finanzierungssaldo

Bis einschließlich April 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 14,5 Mrd. €. Die Aussagekraft des Kapitalmarktsaldos in den ersten Monaten des Jahres ist jedoch gering, denn die Kassenmittel unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst im weiteren Jahresverlauf ist eine belastbare Aussage zum Finanzierungssaldo für das Gesamtjahr 2015 möglich.

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015 <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung <sup>2</sup> April 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	302,6	104,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,5
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	302,3	90,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+6,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	280,0	80,4
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+5,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	-14,5
Finanzierung durch:	0,3	0,3	14,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	34,7
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,0
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-20,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2015

# Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	I	st	c,	oll <sup>1</sup>	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige
	20			015	Januar bis April 2014	Januar bis April 2015	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in %
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 457	22,0	20 524	21 703	+5,7
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6380	2,2	6384	2,1	1 988	2 172	+9,2
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,7	10 126	10360	+2,3
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 650	4,8	4953	5 169	+4,4
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4210	1,4	1 238	1 328	+7,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	5 558	6 229	+12,1
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	1 001	1 388	+38,6
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10214	3,5	11 147	3,7	2 302	2 531	+10,0
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 144	50,6	55 869	57 202	+2,4
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,7	40 197	40 162	-0,1
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 294	11,0	10726	11 617	+8,3
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 100	6,6	6 9 5 6	7 075	+1,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	4900	1,6	1 340	2 046	+52,6
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7396	2,5	7914	2,6	2526	2 739	+8,4
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 143	0,7	766	784	+2,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 031	0,7	457	527	+15,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 184	0,7	631	622	-1,5
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 633	0,5	592	566	-4,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	130	145	+11,4
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	1 812	1 749	-3,5
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	85	83	-2,4
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 282	1 204	-6,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	3 614	4 112	+13,8
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	1 660	1 764	+6,3
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4274	1,4	4 961	1,6	884	1 137	+28,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	35 691	11,8	14 586	12 442	-14,7
Zinsausgaben	25 916	8,8	24901	8,2	12 386	9 730	-21,4
Ausgaben zusammen	295 486	100,0	302 600	100,0	103 067	104 640	+1,5

 $<sup>^{1}</sup> Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015,\,Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2015

# Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	l.	st	Sc	)  ¹	Ist-Entw	/icklung	Unterjährige
		014		015	Januar bis April 2014	Januar bis April 2015	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	273 179	90,3	97 363	98 303	+1,0
Personalausgaben	29 209	9,9	29 779	9,8	10 157	10 526	+3,6
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 531	7,1	7 282	7 532	+3,4
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	2 874	2 995	+4,2
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 424	8,1	6 026	6 317	+4,8
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	330	411	+24,5
militärische Beschaffungen	8 8 1 4	3,0	9 568	3,2	2 024	1884	-6,9
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 439	4,4	3 672	4022	+9,5
Zinsausgaben	25 916	8,8	24 901	8,2	12 386	9 730	-21,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	193 399	63,9	68 557	71 413	+4,2
an Verwaltungen	21 108	7,1	22 802	7,5	5816	7 507	+29,1
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 597	56,4	62 741	63 906	+1,9
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26970	8,9	8 855	9 1 4 8	+3,3
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	9 935	10 175	+2,4
Sozialversicherungen	104719	35,4	106 761	35,3	41 684	41 737	+0,1
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	238	317	+33,2
Investive Ausgaben	29 275	9,9	30 040	9,9	5 704	6 337	+11,1
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 208	7,3	4 406	5 050	+14,6
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 583	6,8	4142	4621	+11,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	264	283	+7,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4416	1,5	71	0,0	0	146	Х
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 832	2,6	1 298	1 287	-0,8
Baumaßnahmen	6419	2,2	6 132	2,0	1 067	1 066	-0,1
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 214	0,4	217	203	-6,5
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	14	18	+28,6
Globalansätze	0	0,0	- 619	-0,2	0	0	х
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	302 600	100,0	103 067	104 640	+1,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich April 2015

# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

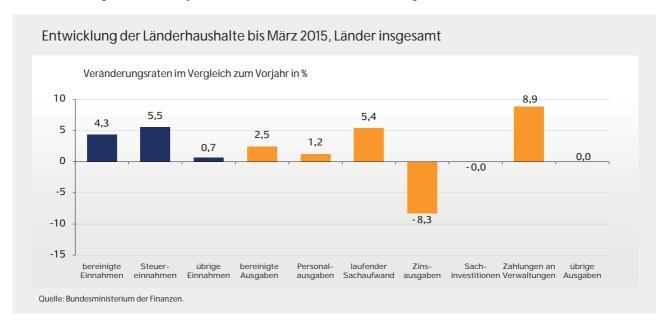
	Is	+	So	<sub>11</sub> 1	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige
	20		20		Januar bis April 2014	Januar bis April 2015	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio.€	in%
I. Steuern	270 774	91,7	279 970	92,6	76 290	80 416	+5,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	231 263	76,5	67 862	70 224	+3,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112976	38,3	119 202	39,4	32 458	34117	+5,1
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 480	25,0	20 756	22 197	+6,9
veranlagte Einkommensteuer	19385	6,6	19 274	6,4	5 497	6 0 7 1	+10,4
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8712	3,0	7 838	2,6	1916	1 944	+1,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 471	1,1	1 747	1 794	+2,7
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 100	3,3	2 541	2 110	-17,0
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	110 409	36,5	35 134	35 844	+2,0
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 652	0,5	270	263	-2,6
Energiesteuer	39 758	13,5	39 691	13,1	7 530	7 631	+1,3
Tabaksteuer	14612	5,0	14 060	4,7	3 733	3 550	-4,9
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 400	5,1	4486	4747	+5,8
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12515	4,1	6312	6514	+3,2
Stromsteuer	6 638	2,2	6900	2,3	2 061	2375	+15,2
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 440	2,8	2 647	3314	+25,2
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 200	0,4	0	352	Х
Branntweinabgaben	2 0 6 1	0,7	2 032	0,7	699	708	+1,3
Kaffeesteuer	1016	0,3	1 025	0,3	339	363	+7,1
Luftverkehrsteuer	990	0,3	990	0,3	233	245	+5,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10016	-3,3	-2 565	-2 360	-8,0
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 360	-7,7	-10 509	-10 560	+0,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4015	-1,4	-4310	-1,4	-2 021	-2 167	+7,2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-2 433	-2 433	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	-2 248	-2 248	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	22 351	7,4	8 607	9 685	+12,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6913	2,3	6994	2,3	3 3 5 6	3 615	+7,7
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	55	55	+0,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	557	1 209	+117,1
Einnahmen zusammen	295 147	100,0	302 320	100,0	84 896	90 101	+6,1

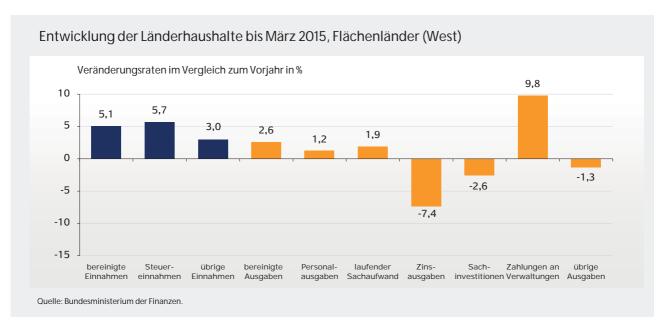
 $<sup>^{1}</sup> Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015,\,Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2015

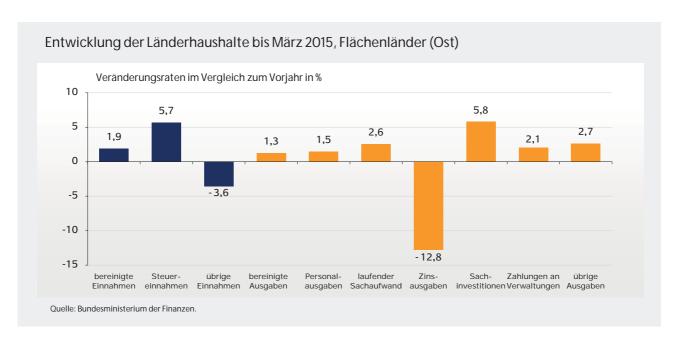
# Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2015

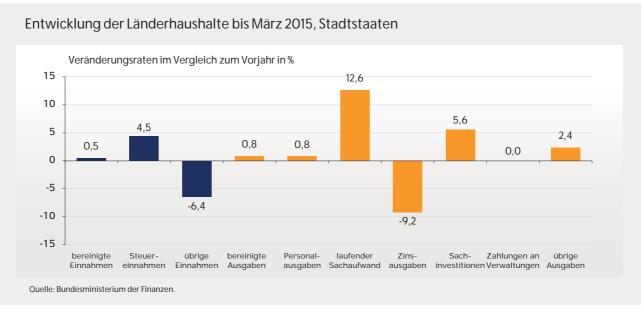
Das Finanzierungsdefizit der Länder fiel am Ende des Berichtzeitraums deutlich günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Es betrug Ende März - 2,7 Mrd. € und verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahreswert um rund 1,3 Mrd. €. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 %, während die Einnahmen um 4,3 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 5,5 %.





Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2015





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im April durchschnittlich 0,86 % (0,88 % im März).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende April 0,37 % (0,18 % Ende März).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende April auf - 0,005 % (0,02 % Ende März).

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 15. April 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 11 454 Punkte am 30. April (11 966 Punkte am 31. März). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 697 Punkten am 31. März auf 3 616 Punkte am 30. April.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im März bei 4,6 % nach 4,0 % im Februar und 3,7 % im Januar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Januar bis März bei 4,1 %, verglichen mit 3,8 % in der Zeit von Dezember 2014 bis Februar 2015.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im März auf - 0,2 % (- 0,5 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,3 % im März gegenüber 2,2 % im Februar.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

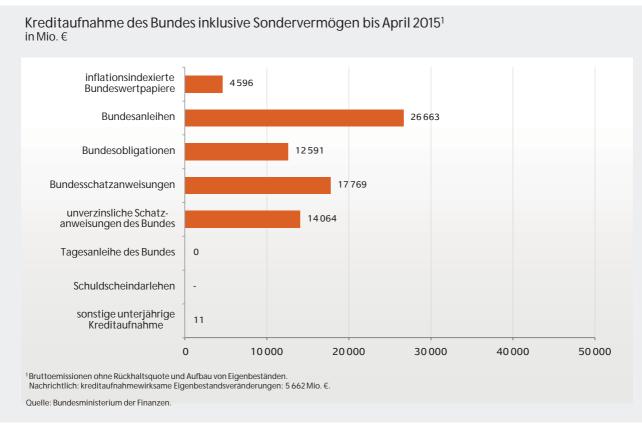
Von Januar bis April 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 75,7 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 65,5 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 5,0 Mrd. € emittiert sowie am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 5,7 Mrd. € verkauft.

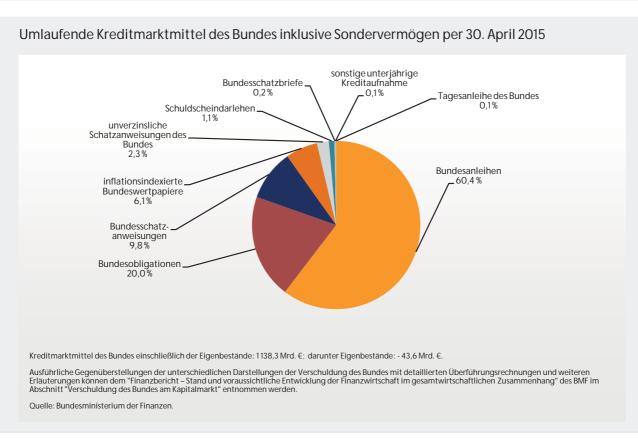
Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 102,2 Mrd. € (davon 91,5 Mrd. € Tilgungen und 10,7 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 26,5 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 74,8 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und von 1,6 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 0,7 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. $\in$

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-									-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-									23,0
Bundesobligationen	-	17,0	-	19,0									36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-									15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0									16,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,0	0,1									0,2
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,0									0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-									0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,3	-									1,3
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0									0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	20,3	23,1									91,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. $\in$

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,5									10,7

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Neuemission	1. April 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN113749	Aufstockung	8. April 2015	2 Jahre/fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	15. April 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	29. April 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Neuemission	6. Mai 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2017 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2015	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	13. Mai 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	27. Mai 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	ca. 2 Mrd €	
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	3. Juni 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	ca. 3 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Aufstockung	10. Juni 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2017 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2015	ca. 5 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	17. Juni 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	ca. 3 Mrd. €	
			2. Quartal 2015 insgesamt	ca. 37 Mrd. €	

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119428 WKN 111942	Neuemission	13. April 2015	6 Monate/fällig 14. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0009436 WKN 111943	Neuemission	27. April 2015	12 Monate/fällig 27. April 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011194444 WKN 111944	Neuemission	11. Mai 2015	6 Monate/fällig 11. November 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119541 WKN 111945	Neuemission	18. Mai 2015	12 Monate/fällig 16. Mai 2016	ca. 1,5 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119469 WKN 111946	Neuemission	8. Juni 2015	6 Monate/fällig 9. Dezember 2015	ca. 2 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119477 WKN 111947	Neuemission	29. Juni 2015	12 Monate/fällig 29. Juni 2016	1,5 Mrd. €	
			2. Quartal 2015 insgesamt	ca. 10,5 Mrd. €	

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvorschau)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflations indexierte Bundes wert paiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
Davon im 2. Quartal					
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030567 WKN 103056	Neuemission	7. April 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1Mrd.€
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103567 WKN 103056	Aufstockung	12. Mai 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1Mrd.€

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN beziehungsweise des ECOFIN-Rates am 24. und 25. April 2015 in Riga und am 11. und 12. Mai 2015 in Brüssel

Die Minister der Eurogruppe befassten sich am 24. April 2015 und am 11. Mai 2015 mit der der Lage in Griechenland und setzten ihre Diskussionen zu Wachstum und Beschäftigung fort. Am 24. April 2015 berieten die Minister darüber hinaus über Zypern, Spanien und die Bankenunion. Auf ihrem Treffen am 11. Mai 2015 beschäftigten sie sich zusätzlich mit Irland, der wirtschaftlichen Lage im Euroraum und der Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion.

Zu Griechenland wiederholten die Vertreter der Institutionen (Europäische Kommission, EZB und IWF) sowie die Minister in beiden Sitzungen der Eurogruppe, dass die Vereinbarung mit Griechenland vom 20. Februar 2015 weiterhin Grundlage der Verhandlungen sei. Zwar schritten die Verhandlungen zuletzt dank der Reorganisation der Prozesse in Griechenland etwas besser voran. Allerdings seien immer noch substantielle Schritte erforderlich, um die laufende Programmüberprüfung erfolgreich abschließen zu können. Insofern begrüßten die Minister am 11. Mai 2015 die Intention der griechischen Behörden, die Arbeiten mit den Institutionen zu beschleunigen, um zeitnah einen erfolgreichen Programmabschluss herbeizuführen.

In Zypern hat das Parlament am 17. April 2015 die Aussetzung der Zwangsvollstreckungsreform beendet und die Insolvenzreform beschlossen. Beide Reformen sind Teil der Programmauflagen. Die Vertreter der Institutionen erklärten, dass damit die Voraussetzungen für die Durchführung der nächsten Programmüberprüfung vorlägen. Zudem berichtete Zypern, dass am 6. April 2015 die letzten Beschränkungen der vorübergehend

eingeführten Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben worden seien.

Spanien und Irland befinden sich bereits in der Nachprogrammüberwachung. Zu den beiden Ländern wurden die Ergebnisse der jeweils dritten Überprüfung im Rahmen der Nachprogrammüberwachung vorgestellt. Beide Länder haben in Bezug auf die Umsetzung von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen sowie auf den Finanzmärkten deutliche Fortschritte erzielt, deren Früchte sich jetzt in einer sehr dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung zeigen. Dies ist ein Beleg dafür, dass der eingeschlagene Weg richtig ist.

Bei den Diskussionen, die die Minister regelmäßig zur Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung im Euroraum führen, ging es am 24. April 2015 um die Frage, wie die Empfehlungen besser umgesetzt werden könnten, die der Euroraum im Europäischen Semester erhält. Hierzu soll insbesondere auch auf Erfahrungen in anderen Ländern zurückgegriffen werden. In diesem Zusammenhang gab es am 11. Mai 2015 einen Erfahrungsaustausch in Bezug auf Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben für die öffentlichen Haushalte in nationales Recht, zu dem auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble beitrug. Er verwies auf die Einführung der Schuldenbremse in Deutschland, die – auch aufgrund des großen Interesses von Parlamenten und Öffentlichkeit – bereits zu sichtbaren Erfolgen bei der Haushaltskonsolidierung geführt habe. Die Eurogruppe betonte, dass die rechtliche Umsetzung wichtig sei, es aber auch darauf ankomme, die Regeln glaubwürdig und

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

stringent anzuwenden, damit sie zu den beabsichtigten Wirkungen führten – nämlich dem Abbau der zu hohen Staatsverschuldung in den Mitgliedstaaten und damit der Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Zum Thema Bankenunion stellte die Vorsitzende des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM), Danièle Nouy, den ersten Jahresbericht ihrer Behörde vor. Diese hat im November 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Die Minister begrüßten die dort aufgezeigten Fortschritte, die in kurzer Zeit erzielt worden seien. Nun müsse es um die Vervollständigung der Bankenunion im Hinblick auf das Inkrafttreten des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus zum 1. Januar 2016 gehen.

Die Kommission stellte ihre Frühjahrsprognose vom 5. Mai 2015 vor. Danach dürfte der Aufschwung in diesem Jahr mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5 % im Euroraum beziehungsweise von 1.8 % in der EU etwas stärker ausfallen als noch in der Winterprognose erwartet. Für das kommende Jahr wird eine Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik auf einen BIP-Zuwachs von 1,9 % (Euroraum) beziehungsweise 2,1% (EU) prognostiziert; auch die Beschäftigung steige wieder. Die Gefahr einer Deflation werde nicht mehr gesehen: Während die Inflationsrate, im Wesentlichen aufgrund des starken Ölpreisrückgangs, Anfang dieses Jahres negativ gewesen sei, werde sie im Laufe des Jahres wieder ins Positive drehen, sodass sowohl im Euroraum als auch in der EU im Jahresdurchschnitt mit einer Inflationsrate von 0,1% und im nächsten Jahr von 1.5 % zu rechnen sei.

Im Rahmen der Nachbereitung des Europäischen Rates vom Februar 2015 hat sich die Eurogruppe über den Vier-Präsidentenbericht ausgetauscht, der von den Präsidenten von Kommission, EZB, Eurogipfel und Eurogruppe zum Europäischen Rat im Juni 2015 vorgelegt werden soll. Dieser Bericht soll sich mit der engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik

in der Wirtschafts- und Währungsunion befassen.

Der informelle ECOFIN, an dem stets auch die Zentralbankpräsidenten teilnehmen, befasste sich am 25. April 2015 in Riga mit der wirtschaftlichen Situation und der Finanzstabilität, dem Wachstumspotential der EU und Strukturreformen, der Kapitalmarktunion sowie der Bekämpfung von Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen. Kernthemen des ECOFIN-Rates am 12. Mai 2015 in Brüssel waren die Investitionsinitiative der Kommission, das Europäische Semester sowie der Alterungsbericht 2015.

In Bezug auf die wirtschaftliche Situation und die Finanzstabilität wiesen Kommission und EZB am 25. April 2015 darauf hin, dass trotz günstigerer Prognosen im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung keine Zeit für Reformmüdigkeit sei. Vielmehr sollte, auch angesichts weiterhin vorhandener Defizite und Risiken, die Umsetzung von Strukturreformen vorangetrieben werden.

Diese Forderung wurde intensiv auch unter dem Tagesordnungspunkt "Wachstumspotential der EU und Strukturreformen" diskutiert. Verschiedene Mitgliedstaaten berichteten hierzu über ihre Erfahrungen mit und Lehren aus Strukturreformen. So habe sich in einigen Mitgliedstaaten gezeigt, dass eine frühzeitige Umsetzung von Strukturreformen in guten Zeiten besser gewesen wäre, um Anpassungslasten zu begrenzen. Auch eine umfassende Kommunikation der Ziele und der erwarteten Auswirkungen spiele eine wesentliche Rolle, um eine breite Mehrheit für Reformen zu gewinnen, die das Verständnis für Reformen in der Bevölkerung stärke und das Risiko eines Zurückführens von Reformmaßnahmen senke. Eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft könne hier unterstützend wirken.

Die Kommission stellte zudem ihr Grünbuch zur Kapitalmarktunion vor, das sie am 18. Februar 2015 vorgelegt hatte. Die Minister

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

und Zentralbankpräsidenten unterstützten die Initiative der Kommission grundsätzlich, da sie einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung noch bestehender Barrieren des freien Kapitalverkehrs leisten könne. Gleichwohl bestand darüber Einigkeit, dass eine breitere Diversifikation der Unternehmensfinanzierung und eine Stimulation des Wettbewerbs eine Ergänzung, aber kein Ersatz für die in der EU vorherrschende Bankenfinanzierung sein könne.

Gegenstand des Meinungsaustauschs zur Bekämpfung von Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen (BEPS) waren insbesondere die Besteuerung von Lizenzen und die Überarbeitung der Rolle und des Mandats der Gruppe Verhaltenskodex. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble wies darauf hin, dass hier Fortschritte innerhalb der EU notwendig seien, auch um ein Glaubwürdigkeitsproblem für die EU zu vermeiden, die sich hier eindeutig auf internationaler Ebene zu Maßnahmen bekannt habe.

Die lettische Ratspräsidentschaft unterrichtete am 12. Mai 2015 über den Stand der Trilogverhandlungen von Rat und Kommission mit dem Europäischen Parlament zur Investitionsinitiative. Die Minister sprachen sich dafür aus, dass die Präsidentschaft auf Basis des Ratskompromisses weiter verhandeln solle. Insbesondere dürfe es nicht zu einer politischen Einflussnahme auf die Projektauswahl kommen. Außerdem müsse die Finanzierung des Garantiefonds gesichert

sein und dürfe nicht durch Verlagerung auf die jährlichen Haushaltsverhandlungen Unsicherheit und Vertrauensverluste bei den privaten Investoren oder zusätzliche Belastungen für den europäischen Steuerzahler generieren.

Zum Europäischen Semester verabschiedeten die Minister Ratsschlussfolgerungen im Hinblick auf die eingehenden Überprüfungen der Mitgliedstaaten im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens. Darin hoben sie auch hervor, dass die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen sowohl über die Politikbereiche als auch über die Mitgliedstaaten hinweg noch uneinheitlich sei und daher weitere Fortschritte notwendig seien.

Zum Alterungsbericht 2015 verabschiedeten die Minister ebenfalls Ratsschlussfolgerungen. Auch wenn sich im Vergleich zur Situation vor drei Jahren der Anstieg der alterungsbedingten Kosten leicht verringert habe, stelle der demographische Wandel weiterhin eine immense Herausforderung für die öffentlichen Haushalte dar. Insofern gelte es, die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren und im Hinblick auf zukünftige Lasten entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Diese müssten insbesondere darauf hinwirken, die Erwerbsbeteiligung älterer Personen zu steigern, die Effizienz und die Qualität der Gesundheitsdienste und der Pflege zu verbessern sowie das tatsächliche Renteneintrittsalter zu erhöhen.

Termine, Publikationen

# Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

27./29. Mai 2015	Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Dresden
18./19. Juni 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26. Juni 2015	Europäischer Rat in Brüssel
13./14. Juli 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
4./5. September 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Ankara
11./12. September 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
voraussichtlich 14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
voraussichtlich September bis Dezember 2015	Lesungen im Bundestag und Beratungen im Bundesrat

Termine, Publikationen

# Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe: http://dsbb.imf.org.

#### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	63
1	Kreditmarktmittel	63
2	Gewährleistungen	64
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	69
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015	70
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2015	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	93
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	94
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	94
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2015	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis März 2015	95
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2015	

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$ 

Ges	$amtwirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ {\tt Konjunkturkomponenten} \ des \ {\tt Bundes} \ldots$	. 101
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	. 102
2	Produktionspotenzial und -lücken	. 103
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	. 104
4	Bruttoinlandsprodukt	. 105
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	. 107
6	Kapitalstock und Investitionen	. 111
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	. 112
8	Preise und Löhne	. 113
Ken	ınzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 115
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	. 115
2	Preisentwicklung	. 116
3	Außenwirtschaft	. 117
4	Einkommensverteilung	. 118
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	. 119
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 120
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 121
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	. 122
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 123
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 124
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 128

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: Zunahme		Abnahme	Stand: 30. April 2015			
Gliederung nach Schuldenarten							
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	69 000	1 000	-	70 000			
Bundesanleihen	683 405	4 000	-	687 405			
Bundesobligationen	243 000	4 000	19 000	228 000			
Bundesschatzbriefe	2 271	-	117	2 154			
Bundesschatzanweisungen	107 000	4000	-	111 000			
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	26 515	3 507	3 998	26 025			
Tagesanleihe des Bundes	1 155	0	6	1 149			
Schuldscheindarlehen	11 971	-	-	11 971			
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	588	-	-	588			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 144 905			1 138 291			

	Stand: 31. März 2015		Stand: 30. April 2015
Glieder	ung nach Restlaufzeite	en	
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	182 714		196 390
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	366 563		353 279
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	595 628		588 623
Kreditmarktmittel insgesamt	1 144 905		1 138 291

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2015	Belegung am 31. März 2014				
Ermachtigungstatbestande		in Mrd. €					
Ausfuhren	160,0	133,5	135,1				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,7	43,8				
FZ-Vorhaben	22,2	10,3	6,5				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	103,7	108,2				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,4				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

			Central Governr	nent Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme			
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing			
		in Mio. €/€ m							
2015 Dezember	-	-	-	-	-	-			
November	-	-	-	-	-	-			
Oktober	-	-	-	-	-	-			
September	-	-	-	-	-	-			
August	-	-	-	-	-	-			
Juli	-	-	-	-	-	-			
Juni	-	-	-	-	-	-			
Mai	-	-	-	-		-			
April	104 640	90 101	-14518	-34653	- 28	20 106			
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	- 105	14620			
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144			
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252			
2014 Dezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0			
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788			
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756			
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507			
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579			
Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100			
	150 047	134 048	-15 973	-16582	94	704			
Juni	127 591	103 500	-24 066	-25388	0	1 322			
Mai	103 067	84896	-18 139	-28 185	-18	10 028			
April	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040			
März	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179			
Februar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534			
Januar 2013 December	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072			
2013 Dezember	286 965	245 022	-41 873		110	-18 144			
November	260 699	223 768	-36 881	-23 619 -35 674	132	-1 075			
Oktober	228 296	202 085	-26 162	-21798	119	-4 245			
September	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050			
August	185 785				111	954			
Juli	150 687	156 321 132 239	-29 418	-30 261 -19 709	68	1367			
Juni			-18 410						
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176			
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213			
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780			
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24082	-128	168			
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222			

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

		Central Government Operations							
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme			
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing			
			in Mio	. €/€ m					
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480			
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749			
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178			
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697			
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379			
Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408			
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515			
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195			
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298			
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406			
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254			
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	-123	- 250			
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343			
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280			
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712			
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244			
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851			
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202			
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335			
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257			
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544			
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554			
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841			
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861			

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

			Central Government D	Debt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	zeiten	Committee la
		Outsta	nding debt	Gewährleistungen	
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2015 Dezember	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-
Juni	-	-	-	-	-
Mai	-	-	-	-	-
April	196390	353 279	588 623	1 138 291	-
März	182714	366 563	595 628	1 144 905	459
Februar	186389	374708	589 632	1 150 729	-
Januar	187880	369 704	596 687	1 154 171	-
2014 Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	458
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-
April	203 663	370 577	570 976	1145216	-
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	_
	204 592	372 173	551 886	1 128 651	_
April März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
März	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
Februar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

		Central Government Debt						
	Kr	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten						
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen			
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed			
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt				
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn			
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470			
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-			
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-			
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508			
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-			
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-			
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459			
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-			
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-			
März	214 444	351 945	545 695	1112084	454			
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-			
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-			
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378			
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-			
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-			
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376			
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-			
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-			
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361			
Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-			
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-			
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348			
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-			
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2010 Ist	2011 Ist	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Soll <sup>1</sup>	
	Mrd. €						
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	302,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+2,4	
2. Einnahmen <sup>2</sup>	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	302,3	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+2,4	
darunter:							
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+3,4	
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	-0,3	
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	0,1	0,1	
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos							
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	288,2	274,2	245,2	238,6	201,8	182,4	
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,9	7,9	-1,5	6,3	
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7	
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	
nachrichtlich:							
investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,8	-2,7	+43,0	-7,8	- 12,6	+ 2,6	
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	3,0	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: März 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Gemäß § 13 Absatz 4 Nr. 3 BHO.

 $<sup>^3\,\</sup>text{Nach Berück sichtigung der Eigenbestands veränderung}.$ 

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
	Ist							
	in Mio. €							
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	29 209	29 779		
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 280	21 531		
ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	9 9 9 7	11 025		
militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506		
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 928	8 2 4 8		
ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2619	2 699	2 832		
militärischer Bereich	4 620	4682	4889	5018	5 229	5 417		
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	23 174	24 424		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417		
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	8 814	9 5 6 8		
sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	13 008	13 439		
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24 901		
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24901		
sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24901		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	25 874	24859		
an Ausland	8	- 0	-	-	0	C		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 308	193 399		
an Verwaltungen	14114	15 930	17 090	27 273	21 108	22 802		
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	14133	15 916		
Gemeinden	17	12	8	8	5	6		
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 9 6 9	6 880		
Zweckverbände	1	1	1	0	0	C		
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 200	170 597		
Unternehmen	24 212	23 882	24 225	25 024	25 517	26 970		
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 665	26718	26307	27 055	28 029	28 770		
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104719	106 761		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 889	1 998		
an Ausland	4216	3 958	5 0 1 7	6 0 7 5	6 043	6 097		
an Sonstige	3	2	2	5	5	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	265 607	272 503		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart			Ist			Soll <sup>1</sup>
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 865	7 832
Baumaßnahmen	6 242	5814	6 1 4 7	6 2 6 4	6 4 1 9	6 132
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	983	1 214
Grunderwerb	503	492	629	611	463	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 575	21 259
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14 589	15 524	14772	15 971	20 583
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 789	4924	4854	8 481
Länder	5 142	5 178	5 152	4873	4786	4 8 9 5
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	68	86
Sondervermögen	-	-	581	-	0	3 501
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9848	11 118	12 102
Sonstige – Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 3	5886	7 025
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 232	5 077
sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	604	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	604	676
Unternehmen – Inland	0	260	4	7	5	30
Sonstige - Inland	137	123	129	141	135	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2736	2 032	1 024	1 554
an Verwaltungen	1	1	1	0	0	1
Länder	1	1	1	0	0	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	793	1 156
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	230	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10304	8 778	4 4 1 6	71
Inland	13	0	0	91	72	71
Ausland	797	788	10304	8 687	4 3 4 3	
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	29 879	30 715
darunter: investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 275	30 040
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 619
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	295 486	302 600

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015<sup>1</sup>

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 457	60 721	26 422	19 275	-	15 024
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	14650	14 192	4112	1 753	-	8 327
02	auswärtige Angelegenheiten	10 120	5 644	564	223	-	4857
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1 110
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4504	4076	2616	1 237	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4210	4074	2 906	711	-	457
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	20 757	17 172	530	1 209	-	15 433
13	Hochschulen	4971	3 9 5 6	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 147	8 882	507	881	-	7 495
19	übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 144	152 493	224	263	-	152 006
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	0	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und ähnliches	7914	7914	-	3	-	7911
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	1 624	-	4	-	1 620
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	355	352	-	25	-	327
29	übrige Bereiche aus 2	7 3 3 2	7320	187	158	-	6 9 7 5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 031	1 245	380	482	-	383
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	152	136	-	7	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 184	738	-	14	-	724
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 633	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	4	0	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	552	15	233	-	304
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	-	2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015<sup>1</sup>

				Darlehns-	Summe	
		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun-	gewährung, Erwerb von	Ausgaben der Kapital-	<sup>a</sup> Darunter: Investive
			gen	Beteiligungen, Kapitaleinlagen	rechnung <sup>a</sup>	Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 124	4 196	417	5 736	5 717
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	auswärtige Angelegenheiten	128	3 951	397	4 4 7 6	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung	135	0	-	135	135
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	118	3 467	-	3 585	3 585
13	Hochschulen	1	1014	-	1014	1 014
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	-	5	-	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2 149	-	2 2 6 4	2 2 6 4
19	übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	7	640	3	651	24
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	2	12	12
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	440	346	-	786	786
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 442	4	1 446	1 446
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	902	4	906	906
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	-	537	537
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	-	4	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	418	1	420	420
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2

 $<sup>^{1}</sup> Entwurf$  zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015 $^{\rm 1}$ 

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	2 517	80	428	-	2 010
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	0	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	4 294	1 090	2 093	-	1 111
72	Straßen	7610	1134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	übrige Bereiche aus 7	2 159	1 892	468	745	-	679
8	Finanzwirtschaft	35 691	32 772	1 038	428	24 901	6 404
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 123	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	24912	24912	-	11	24901	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	- 155	464	464	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	418	418	-	417	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	302 600	272 503	29 779	24 424	24 901	193 399

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015<sup>1</sup>

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	768	1 150	1 920	1 890
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen		30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 139	6 443	50	12 632	12 632
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4878	-	4878	4878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
8	Finanzwirtschaft	-	3 538	-	3 538	3 538
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 500	-	3 500	3 500
82	Steuern und Finanzzuweisungen		38	-	38	38
83	Schulden		-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.		-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 832	21 259	1 624	30 715	30 040

 $<sup>^{1}</sup> Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015, Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	е			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,1	-0,4	- 27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	-4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen <sup>3</sup>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>2</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung				lst-Erge	bnisse				Soll <sup>1</sup>
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	302,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	- 4,0	2,4
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	302,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	-22,8	- 22,3	- 0,3	- 0,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	_		_		_	_	_	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	_		_		_	_	_	
II. Finanzwirtschaftliche	· · · · · · ·								
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	2,2	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,8
Anteil an den Personalausgaben des	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,6	12,5
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	70	15,0	14,5	14,0	13,1	12,9	12,7	12,0	12,
Zinsausgaben	Mrd.€	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	24,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	- 5,2	- 13,1	-0,9	- 7,1	2,7	- 17,2	- 3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	8,2
Anteil an den Zinsausgaben des	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	44,7	44,
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>									
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 7,2	11,5	- 3,8	-2,7	43,1	- 7,8	- 12,6	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	34,4	36,6
Steuereinnahmen <sup>3</sup>	Mrd.€	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,
Anteil am gesamten	04								
Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,3	42,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	- 111,2	-38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	0,0	0,0
Nachrichtlich: Schuldenstand <sup>2</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd.€	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0		
darunter: Bund	Mrd.€	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3		

 $<sup>^{1}</sup> Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015,\,Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Stand: Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkrediten. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkrediten.

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Erg\ddot{a}nzungszuweisungen}\,\mathrm{an}\,\mathrm{L\ddot{a}nder}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Tabelle 9:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
------------	--

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,7
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,9
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	3,3
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,2
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	49,8
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	1,6
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	343,0
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	1,6
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1	-0,7

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
			Veränderun	gen gegenübei	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,4
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	4,2
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	3,8
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch darreestellt

Stand: April 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 <sup>2</sup>	666,5	350,5	315,9	52,6	47,4
2016 <sup>2</sup>	691,4	366,0	325,4	52,9	47,1
2017 <sup>2</sup>	715,5	383,0	332,5	53,5	46,5
2018 <sup>2</sup>	742,7	402,0	340,7	54,1	45,9
2019 <sup>2</sup>	768,7	419,5	349,2	54,6	45,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 5. bis 7. Mai 2015.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgre	bgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>			
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote		
Jahr			in Relation z	um BIP in %				
1960	33,4	23,0	10,3					
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0		
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7		
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4		
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9		
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4		
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9		
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4		
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8		
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3		
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6		
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8		
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4		
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7		
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4		
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2		
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9		
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6		
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6		
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8		
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4		
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2		
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7		
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9		
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9		
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6		
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3		
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2		
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3		
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3		
2014	39,3	22,7	16,6	37½	22	15,3		

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014. 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1, 2</sup>

		Ausgaben des Staates	
No.		darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,0	28,5	17,5
1992	47,0	28,3	18,7
1993	47,8	28,5	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995⁴	48,1	28,1	20,0
1995	54,6	34,6	20,0
1996	48,8	28,0	20,9
1997	48,0	27,3	20,7
1998	47,6	27,1	20,6
1999	47,6	27,0	20,6
2000 <sup>5</sup>	47,1	26,5	20,6
2000	44,7	24,1	20,6
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,2	21,0
2003	47,8	26,4	21,4
2004	46,3	25,7	20,6
2005	46,1	25,9	20,2
2006	44,6	25,3	19,3
2007	42,7	24,3	18,4
2008	43,5	25,0	18,4
2009	47,4	27,1	20,4
2010	47,2	27,5	19,7
2011	44,6	25,8	18,8
2012	44,2	25,4	18,8
2013	44,3	25,4	19,0
2014	43,9	24,9	19,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

<sup>2011</sup> bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

<sup>2014:</sup> vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 $\label{thm:continuous} \begin{tabular}{ll} \$ 

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53!
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 340
Kreditmarktmittel i.w.S.	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte		-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite		-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 380
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 401 119	1 470 880	1 541 779	1 589 664	1 599 443	1 666 405	1 784 12
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-		-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-		16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	_					_	7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			So	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-		-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteila	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	5	5	5	5	4	4	4,6
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1
Maastricht-Schuldenstand	63,2	64,9	67,1	66,5	63,7	65,1	72,6
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2217,1	2267,6	2297,8	2390,2	2510,1	2558,0	2456,
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$ 

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik<sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013
		in N	⁄lio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	78,1	75,0	75,2	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624914
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4 930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 904
Zweckverbände³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 2 1 5
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33
Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2073745	2 101 823	2 179 813	2 166 021
in Relation zum BIP in %	80,5	77,9	79,3	77,1
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \, eigene \, Berechnungen.$ 

 $<sup>^2</sup> Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$ 

 $<sup>^3\,</sup>Zweck verbände \,des\,Staatssektors\,unabhängig\,von\,der\,Art\,des\,Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4\,\</sup>text{Nur}\,\text{Extrahaushalte}\,\text{der}\,\text{gesetzlichen}\,\text{Sozialversicherung}\,\text{unter}\,\text{Bundesaufsicht}.$ 

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	trechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	18,0	14,6	3,4	0,6	0,5	0,1	-5	0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014. 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2014: Schätzung. Bis 2011: Rechnungsergebnisse; 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

 $<sup>^{\</sup>rm 5}$  Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land									
	1995	2000²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,4	0,2	0,2
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-2,5	1,1	1,6
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,5	-0,4	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,8	-2,8	-2,7
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, Februar 2015) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land					in % des BIP				
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	79,0	76,9	74,2	71,9	68,9
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	106,4	106,8	106,6
Estland	-	-	-	6,5	9,7	10,1	9,8	9,6	9,5
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	58,9	61,2	62,6
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,3	97,1	98,2
Griechenland	-	-	-	146,0	156,9	174,9	176,3	170,2	159,2
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,8	110,3	107,9
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	131,9	133,0	131,9
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,4	36,5	35,5
Litauen	-	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,1	41,8	37,3
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	22,7	24,4	25,1
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,5	69,5	68,6	68,0	66,8
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,5	70,5	70,5
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	86,8	86,4	84,5
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	128,9	124,5	123,5
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	53,6	54,9	55,2
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	83,0	81,8
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,3	101,5	102,5
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6
Euroraum	-	-	-	83,8	90,8	93,1	94,3	94,4	93,2
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,0	27,8	30,3
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,1	45,0	42,7	43,6
Kroatien	-	-	38,6	52,8	64,4	75,7	81,4	84,9	88,7
Polen	-	-	-	53,6	54,4	55,7	48,6	49,9	49,8
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	38,7	39,1	39,3
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	41,4	41,3	40,6
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,1	44,4	45,0
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	77,7	77,2	76,1
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,8	87,2	88,7	90,1	91,0
EU	-	-	-	78,4	84,9	87,1	88,4	88,3	87,6
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	104,9	104,3	103,9
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	236,7	243,2	246,3	249,5	250,9

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land -		Steuern in % des BIP													
Land =	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013				
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7				
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4				
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8				
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3				
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2				
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9				
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9				
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6				
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-				
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7				
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0				
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-				
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1				
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9				
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-				
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5				
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0				
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4				
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3				
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0				
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3				
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3				
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0				
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7				
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Loud				Sto	euern und S	ozialabgab	en in % des l	3IP				
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					G	esamtaus	gaben de	s Staates i	n % des Bl	P				
Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	43,9	43,7	43,5
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,4	54,8	54,5	54,3	53,3	52,6
Estland	-	36,4	34,0	33,6	34,3	39,7	46,0	40,5	38,0	39,8	38,8	38,8	40,2	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,8	58,7	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,2	56,9	56,5
Griechenland	-	-	-	44,9	46,9	50,6	54,0	52,2	54,0	54,4	60,1	49,3	50,2	47,9
Irland	40,9	31,0	33,5	34,1	35,9	42,0	47,6	66,1	46,3	42,3	40,7	39,0	37,2	36,8
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	50,9	51,1	50,6	49,9
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,0	38,8	36,5	36,0	36,9	36,1	35,6
Litauen	-	-	34,1	34,3	35,2	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	34,9	33,9	33,4
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,1	44,0	42,3	43,5	43,6	44,0	44,4	43,8
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,4	42,3	43,8	44,3	42,4
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	46,6	46,5	45,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,8	50,9	50,9	52,3	52,0	51,2
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,0	48,0	47,2
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,7	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	41,8	42,4	40,1
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,3	50,0	48,6	59,9	49,8	47,7	46,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,6	42,4	41,4
Zypern	30,8	34,5	39,7	39,1	38,1	38,9	42,6	42,5	42,8	42,1	41,4	49,1	40,7	39,6
Bulgarien	41,3	40,3	37,3	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	39,2	39,3	39,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	57,2	56,3	54,9
Kroatien	_	-	-	-	-	-	-	-	48,5	47,0	47,7	48,0	48,3	48,6
Polen	47,7	42,0	44,4	44,7	43,1	44,4	45,2	45,9	43,9	42,9	42,2	41,8	41,7	41,3
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,1	36,4	35,2	34,9	34,7	34,3
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,3	53,0	52,7	52,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,4	43,8	41,9	42,0	42,0	40,8
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,8	49,9	48,7	49,8	50,1	49,2	46,0
Vereinigtes Königreich	41,9	38,0	42,9	43,0	42,9	46,6	49,7	48,7	46,9	47,0	45,5	44,4	43,2	41,9
Euroraum	_	-	-	46,0	45,3	46,5	50,6	50,4	49,0	49,5	49,4	49,0	48,6	48,0
EU-28	_	-	-	-	-	-	-	-	48,5	49,0	48,6	48,1	47,4	46,7
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,2	37,6	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	41,8	42,3	42,7	42,4	41,8

Quelle: EU-Kommission, "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2015.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014			EU-Hau	shalt 2015	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	Zahlungen		tungen	Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

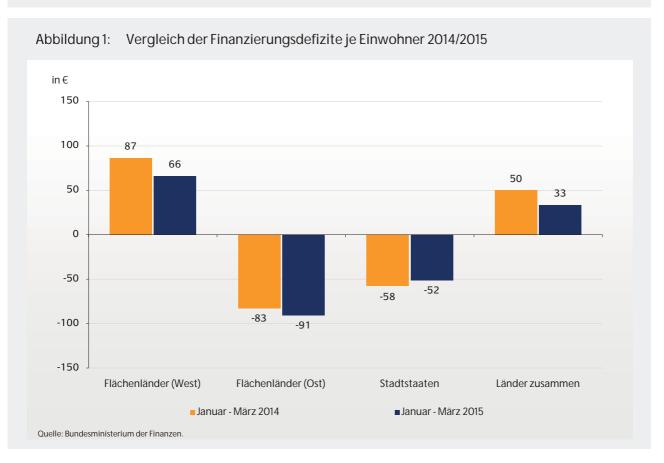
	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	- 382,4	- 445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	- 25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	-28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	- 67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio. €			
Bereinigte Einnahmen	231 419	58 187	54 031	13 568	40 148	10 163	318 378	80 25
darunter:								
Steuereinnahmen	181 736	45 952	32 477	8 300	25 296	6 692	239 509	60 944
übrige Einnahmen	49 683	12 235	21 554	5 268	14852	3 471	78 869	19 313
Bereinigte Ausgaben	238 060	62 322	55 060	12 434	40 674	9 861	326 574	82 956
darunter:								
Personalausgaben	92 560	24 466	13 772	3 435	13 046	3 261	119379	31 162
laufender Sachaufwand	15 717	3 521	4121	852	9 353	2 232	29 191	6 605
Zinsausgaben	11 366	4 050	2 160	638	3 530	815	17 057	5 503
Sachinvestitionen	4 448	547	1 652	174	641	93	6 740	814
Zahlungen an Verwaltungen	72 768	18 866	19370	4 488	1 332	182	86 249	21 874
übrige Ausgaben	41 201	10 872	13 985	2 848	12 772	3 279	67 958	16 998
Finanzierungssaldo	-6 641	-4 135	-1029	1 133	- 526	302	-8 196	-2 700



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2015

						in Mio. €					
			März 2014			Februar 2015		März 2015			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	63 166	76 920	135 202	37 371	47 428	81 988	68 011	80 257	142 846	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	62 792	74 079	136870	37 147	45 702	82 850	66 725	77 646	144371	
111	Steuereinnahmen	56 706	57 742	114 448	34 679	37 211	71 890	60 084	60 944	121 027	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	659	13 713	14372	415	6716	7131	647	13 752	14399	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	752	752	-	-	-	-	726	726	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	375	2 842	3 2 1 6	224	1 725	1 949	1 286	2 610	3 896	
121	Veräußerungserlöse	55	279	335	85	43	128	850	54	904	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	8	220	228	-	3	3	750	6	756	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	180	1 461	1 642	0	1 240	1 241	179	1 418	1 596	
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	80 119	80 948	156 183	59 889	52 869	109 947	81 483	82 956	159 017	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	75 999	75 188	151 187	56 480	49 852	106 332	76 862	77 355	154217	
211	Personalausgaben	7 835	30 784	38 619	5 667	21 770	27 437	8 124	31 162	39 286	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 394	9 422	11 816	1 776	6 823	8 599	2 500	9 772	12 272	
212	laufender Sachaufwand	4031	6 268	10 299	2 594	4254	6 8 4 8	4313	6 605	10917	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	2 672	4 252	6924	1 722	2 901	4 623	2874	4 480	7 354	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	10 385	6 003	16387	9 454	3 931	13 385	8 998	5 503	14501	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 642	18 420	23 062	2 882	9 892	12 774	5 561	19 674	25 235	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	18	18	-	307	307	-	247	247	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3	17 222	17 225	1	8 742	8 743	2	18 217	18 219	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	4 120	5 760	9880	3 408	3 018	6 426	4 621	5 602	10 222	
221	Sachinvestitionen	825	814	1 639	530	436	966	874	814	1 687	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	867	1 667	2 535	798	713	1511	915	2 200	3 1 1 5	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 977	5 420	9 397	3 229	2 990	6218	4381	5 389	9 770	

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2015

						in Mio. €				
			März 2014		ı	ebruar 2015	i		März 2015	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesami
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-16 936	-4 028	-20 963	-22 506	-5 442	-27 948	-13 454	-2 700	-16 15
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	44821	16 403	61 224	24 357	13 082	37 439	46 862	17 002	63 86
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	51 861	31 531	83 392	41 501	24895	66 396	61 482	36 223	97 70
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-7 040	-15 129	-22 168	-17 144	-11 813	-28 957	-14620	-19 222	-33 84
	zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-5 483	3 745	-1 738	6 290	9 469	15 758	2 470	12 747	15 21
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 952	15 952	-	11 765	11 765	-	15 888	15 88
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	5 484	-23	5 461	6 289	-3 479	2810	1	-6 563	-6 56

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	10 269	12 625	2 616	6 189	1 921	7 326	15 391	3 311	884
11	Einnahmen der laufenden Rechung	10 040	12 265	2 479	6 047	1 719	7 127	14980	3 183	866
111	Steuereinnahmen	7 587	10 099	1 585	5 070	1 1111	5858 4	12 361	2 270	696
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1880	1 209	696	707	506	817	1 939	677	132
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	53	-	-	36	37	26	15
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	120	-	75	120	125	70	33
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	229	360	137	142	202	199	411	128	18
121	Veräußerungserlöse	0	0	1	2	1	2	6	14	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-		1	-	F	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	166	301	44	78	46	160	192	43	9
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende	11 295	13 049 a	2 498	6 154	1 865	6 813	17 330	4 323	1 073
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	10 597	12 053 a	2 282	5 844	1 700	6 5 6 7	15919	4001	1013
211	Personalausgaben	4779	5 854	723	2 176	452	2 693 <sup>2</sup>	5 610 <sup>2</sup>	1 779	448
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 669	1 806	80	763	37	945	2 055	615	184
212	laufender Sachaufwand	428	907	131	444	104	360	930	261	41
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	392	728	113	368	89	322	685	217	38
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	736	379 b	108	464	90	524	1 137	352	218
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 107	3 700	914	1 756	666	1 806	5 110	1 076	164
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	457	1 237	-	595	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 626	2 426	773	1 077	578	1 701	5 042	1 057	161
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	697	996	216	310	164	246	1 411	322	60
221	Sachinvestitionen	134	242	6	80	37	30	32	10	8
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	362	447	73	149	69	52	623	85	9
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	683	949	216	300	164	246	1 333	303	55

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 025	- 424 °	118	35	56	513	-1 939	-1 012	- 189
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 243	1 020	850	1 2 1 7	301	1 739	2 288	1 125	-38
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	8 282	2 372 d	2 680	2 065	500	2918	6 160	2 446	528
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 039	-1 352 <sup>e</sup>	-1 830	- 849	- 200	-1 179	-3 872	-1 321	- 566
	zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	3 715	-	56	115	741	272
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 194	-	72	1 456	738	2 381	3 089	2	512
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	16	0	-1 541	642	857	867	1 163	- 696	- 243

 $<sup>^1</sup> In\, der\, L\"{a}n der summe \, ohne \, Zuweisungen \, von\, L\"{a}n dern \, im\, L\"{a}n der finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne April-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 173,7 Mio.  $\in$ , b 172,9 Mio.  $\in$ , c -173,7 Mio.  $\in$ , d 1078,0 Mio.  $\in$ , e -1078,0 Mio.  $\in$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,2 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2015

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	4 303	2 432	2 574	2 296	5 986	1 067	3 110	80 257
1	Einnahmen der laufenden Rechung	4 012	2 232	2514	2 229	5 861	1 046	3 089	77 646
11	Steuereinnahmen	2 728	1 414	2012	1 462	3 532	628	2 532	60 944
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1122	705	351	643	1 815	293	262	13 752
121	darunter: Allgemeine BEZ	96	56	16	50	293	49	-	726
122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	246	144	33	125	750	166	36	-
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	291	200	59	66	124	21	22	2 610
21	Veräußerungserlöse	0	0	1	2	18	0	3	54
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	1	1	-	-	-	6
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	181	58	26	50	43	17	5	1 418
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	3 748	2 307	2 667	2 017	5 868	1 231	2 763	82 956
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 451	2 103	2 591	1896	5 557	1 161	2 661	77 355
211	Personalausgaben	1 058	598	1128	603	2 121	384	757	31 162
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	81	60	416	51	590	132	289	9 772
212	laufender Sachaufwand	231	247	150	138	1 408	211	613	6 605
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	164	69	126	98	569	93	410	4 480
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	93	147	240	201	458	154	204	5 503
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 260	645	777	602	84	44	7	19 674
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	247
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 052	505	718	495	1	6	-	18 217
.2	Ausgaben der Kapitalrechnung	297	204	76	121	311	70	102	5 602
221	Sachinvestitionen	77	23	13	31	52	8	33	814
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	106	137	26	16	26	20	0	2 200
23	nachrichtlich: Investitionsausgaben	298	204	75	121	275	67	102	5 3 8 9

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	555	125	- 93	279	118	- 164	348	-2 700
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1 709	968	52	880	726	923	17 002
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	110	805	1 361	658	3 368	657	1 313	36 223
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-110	904	- 393	- 606	-2 488	69	- 391	-19 222
	zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	290	4 546	-	-	1 202	1 445	365	12 747
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4722	93	-	330	511	569	217	15 888
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4 506	- 485	- 106	-1 188	-1 302	- 43	-6 563

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}n der summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}n dern \, im \, L\"{a}n der finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne April-Bezüge

 $<sup>^3</sup>$  BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 173,7 Mio.  $\in$ , b 172,9 Mio.  $\in$ , c -173,7 Mio.  $\in$ , d 1 078,0 Mio.  $\in$ , e -1 078,0 Mio.  $\in$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,2 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

# Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 22. April 2015

#### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.¹ Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke² sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.3
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamt-

rechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung.

<sup>1</sup> https://circabc.europa.eu/

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> s. a. Girouard und André (2005): "Measuring cyclicallyadjusted budget balances for OECD countries", OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> s. a. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

 Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist - neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen – eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine in wirtschaftlich guten wie schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.<sup>4</sup>

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)		buugetsemiesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2016	3 123,1	3 115,3	-7,8	0,205	-1,6
2017	3 223,7	3 2 1 5, 1	-8,6	0,205	-1,8
2018	3 323,5	3 3 1 8, 1	-5,4	0,205	-1,1
2019	3 424,4	3 424,4	0,0	0,205	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> https://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel\_ Migration/2011/02/analysen-und-berichte/ b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ Konjunkturkomponente-des-Bundes.html

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	ispotenziai		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIF	
1980	1 505,5		860,2		34,5	2,3	19,7	2,3	
1981	1 539,1	+2,2	916,1	+6,5	9,0	0,6	5,4	0,6	
1982	1 570,5	+2,0	977,6	+6,7	-28,5	-1,8	-17,7	-1,8	
1983	1 602,3	+2,0	1 025,4	+4,9	-36,0	-2,2	-23,1	-2,2	
1984	1 635,3	+2,1	1 067,3	+4,1	-24,8	-1,5	-16,2	-1,5	
1985	1 669,2	+2,1	1 112,6	+4,2	-21,2	-1,3	-14,1	-1,3	
1986	1 706,7	+2,2	1 171,7	+5,3	-21,1	-1,2	-14,5	-1,2	
1987	1 746,3	+2,3	1 214,2	+3,6	-37,0	-2,1	-25,7	-2,1	
1988	1 789,4	+2,5	1 265,2	+4,2	-16,7	-0,9	-11,8	-0,9	
1989	1 838,9	+2,8	1 337,7	+5,7	2,8	0,2	2,1	0,2	
1990	1 893,4	+3,0	1 424,1	+6,5	45,1	2,4	33,9	2,4	
1991	1 951,3	+3,1	1 512,9	+6,2	86,3	4,4	66,9	4,4	
1992	2 010,2	+3,0	1 641,1	+8,5	66,4	3,3	54,2	3,3	
1993	2 063,1	+2,6	1 753,8	+6,9	-6,2	-0,3	-5,3	-0,3	
1994	2 106,6	+2,1	1 829,6	+4,3	0,7	0,0	0,6	0,0	
1995	2 144,8	+1,8	1 899,5	+3,8	-1,6	-0,1	-1,5	-0,1	
1996	2 180,0	+1,6	1 942,6	+2,3	-20,1	-0,9	-17,9	-0,9	
1997	2 213,3	+1,5	1 977,1	+1,8	-14,0	-0,6	-12,5	-0,6	
1998	2 246,4	+1,5	2 018,6	+2,1	-3,8	-0,2	-3,4	-0,2	
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,3	0,2	4,8	0,2	
2000	2 318,8	+1,6	2 080,7	+1,1	36,6	1,6	32,8	1,6	
2001	2 355,7	+1,6	2 140,7	+2,9	39,7	1,7	36,1	1,7	
2002	2 390,4	+1,5	2 201,5	+2,8	5,2	0,2	4,8	0,2	
2003	2 422,0	+1,3	2 257,7	+2,6	-43,7	-1,8	-40,7	-1,8	
2004	2 453,4	+1,3	2 311,8	+2,4	-46,9	-1,9	-44,2	-1,9	
2005	2 484,6	+1,3	2 355,8	+1,9	-61,1	-2,5	-58,0	-2,5	
2006	2 517,0	+1,3	2 393,6	+1,6	-3,6	-0,1	-3,4	-0,1	
2007	2 548,2	+1,2	2 464,3	+3,0	47,4	1,9	45,8	1,9	
2008	2 575,5	+1,1	2 511,9	+1,9	47,3	1,8	46,1	1,8	
2009	2 594,1	+0,7	2 574,9	+2,5	-119,2	-4,6	-118,3	-4,6	
2010	2 615,0	+0,8	2 615,0	+1,6	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5	
2011	2 642,0	+1,0	2 672,1	+2,2	26,7	1,0	27,0	1,0	
2012	2 674,3	+1,2	2 745,3	+2,7	4,5	0,2	4,6	0,2	
2013	2 709,7	+1,3	2 838,9	+3,4	-28,1	-1,0	-29,4	-1,0	
2014	2 749,1	+1,5	2 929,9	+3,2	-24,5	-0,9	-26,1	-0,9	
2015	2 789,5	+1,5	3 032,5	+3,5	-15,6	-0,6	-16,9	-0,6	
2016	2 829,5	+1,4	3 123,1	+3,0	-7,1	-0,3	-7,8	-0,3	
2017	2 867,4	+1,3	3 223,7	+3,2	-7,7	-0,3	-8,6	-0,3	
2018	2 902,3	+1,2	3 323,5	+3,1	-4,7	-0,2	-5,4	-0,2	
2019	2 935,9	+1,2	3 424,4	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	0,0	0,5
2004	+1,3	0,7	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,2	0,4
2012	+1,2	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,5	0,5	0,4
2014	+1,5	0,5	0,6	0,4
2015	+1,5	0,6	0,5	0,4
2016	+1,4	0,6	0,4	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,4
2019	+1,2	0,8	0,0	0,4

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beiträge \ sind \ rundungsbedingt.$ 

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt <sup>1</sup>	nom	inal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8+
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 724,6	+1,6	2 903,8	+3,4
2015	2 773,9	+1,8	3 015,6	+3,8
2016	2 822,5	+1,8	3 115,3	+3,3
2017	2 859,8	+1,3	3 2 1 5, 1	+3,2
2018	2 897,6	+1,3	3 3 1 8, 1	+3,2
2019	2 935,9	+1,3	3 424,4	+3,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten	Erwerbstätige, Inland	
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
960	53 556			61,2	32 340	
961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4
962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3
963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2
964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
 1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,5	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,4	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,0	66,7	37 969	+0,0
1997	62 134	+0,1	67,3	67,1	37 947	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Trend Tatsächlich bzw. prognostiziert		Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39917	+2,3		
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3		
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4		
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1		
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3		
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0		
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8		
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7		
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3		
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1		
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3		
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3		
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1		
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6		
2014	61 906	-0,0	72,3	72,3	42 652	+0,9		
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 952	+0,7		
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	43 082	+0,3		
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 138	+0,1		
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 194	+0,1		
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 250	+0,1		
2020	60 989	-0,2	73,9	73,8				
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1				
2022	60 736	-0,3	74,4	74,4				

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamts;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	nd	Tatsächlich bez progno	stiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAWKO
960			2 167		25 152		1,4	
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,:
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,:
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,
1979	1 759	-0,9	1764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,:
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34052	-0,2	8,0	7,
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34115	-0,1	8,4	7,
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

## noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre			Tatsächlich beziehungsweise prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	10100110
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,3
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,3
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	7,0
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1
2012	1378	-0,4	1374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,6
2013	1374	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,2
2014	1 372	-0,1	1 371	+0,6	38 247	+1,1	4,7	4,8
2015	1 371	-0,0	1 373	+0,2	38 573	+0,9	4,5	4,3
2016	1 372	+0,0	1374	+0,1	38 681	+0,3	4,5	3,9
2017	1 372	+0,0	1374	-0,0	38 719	+0,1	4,3	3,7
2018	1 372	+0,0	1 373	-0,0	38 758	+0,1	4,0	3,7
2019	1 372	-0,0	1 373	-0,0	38 797	+0,1	3,7	3,7
2020	1372	-0,0	1 372	-0,0				
2021	1 372	-0,0	1 371	-0,0				
2022	1 3 7 1	-0,0	1 371	-0,0				

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamts;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,:
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,:
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,!
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,
1989	9 3 7 3,5	+2,5	391,1	+7,2	1,:
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,:
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,:
1993	10 531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,;
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,:
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,:
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,:
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,
2010	14528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,4
2011	14691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,
2012	14861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,!
2014	15 187,6	+1,1	545,3	+3,4	2,1
2015	15 360,7	+1,1	557,4	+2,2	2,1
2016	15 535,6	+1,1	574,6	+3,1	2,1
2017	15 720,9	+1,2	585,1	+1,8	2,1
2018	15 915,4	+1,2	595,9	+1,8	2,
2019	16 115,9	+1,3	606,9	+1,8	2,

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4269
1981	-7,4149	-7,4172
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3834
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3411
1988	-7,3329	-7,3244
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2883
1991	-7,2451	-7,2701
1992	-7,2332	-7,2533
1993	-7,2350	-7,2385
1994	-7,2187	-7,2253
1995	-7,2100	-7,2138
1996	-7,2037	-7,2033
1997	-7,1888	-7,1931
1998	-7,1826	-7,1831
1999	-7,1751	-7,1728
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1519
2002	-7,1396	-7,1425
2003	-7,1424	-7,1343
2004	-7,1367	-7,1269
2005	-7,1291	-7,1200
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1026
2009	-7,1349	-7,0987
2010	-7,1085	-7,0941
2011	-7,0873	-7,0895
2012	-7,0859	-7,0850
2013	-7,0869	-7,0802
2014	-7,0845	-7,0751
2015	-7,0761	-7,0693
2016	-7,0653	-7,0629
2017	-7,0568	-7,0560
2018	-7,0485	-7,0488
2019	-7,0403	-7,0412

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
1960	22,9		26,3		83,5		
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9	
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6	
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3	
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4	
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0	
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7	
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2	
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4	
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6	
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7	
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3	
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9	
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8	
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6	
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5	
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1	
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4	
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8	
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3	
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7	
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9	
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1	
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2	
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9	
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0	
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3	
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5	
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2	
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6	
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2	
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0	
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5	
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4	
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7	
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8	
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9	
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4	
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1	
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmere	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,7	+0,9	1 478,8	+3,7
2015	108,7	+2,0	106,3	+0,5	1 534,9	+3,8
2016	110,4	+1,5	107,7	+1,4	1 579,0	+2,9
2017	112,4	+1,9	109,7	+1,9	1 626,9	+3,0
2018	114,5	+1,9	111,8	+1,9	1 676,6	+3,1
2019	116,6	+1,9	113,9	+1,9	1 727,3	+3,0

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

					0 0	Druttoi	nlandsprodukt	(rool)		
					Erwerbslosen-	Brutton	nianosprodukt	` '	Investitions-	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	quote <sup>4</sup>	
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%	
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9	
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0	
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9	
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9	
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3	
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8	
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4	
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6	
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9	
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0	
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7	
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1	
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6	
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2	
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1	
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7	
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1	
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3	
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1	
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3	
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2	
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0	
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8	
2014	42,7	+0,9	54,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,1	20,0	
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6	
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	+1,1	+1,1	19,7	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$ 

 $<sup>^2 \,</sup> Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, [ILO]) \, in \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

 $<sup>^4\,\</sup>hbox{Anteil}\,\hbox{der}\,\hbox{Bruttoanlage} investitionen\,\hbox{am}\,\hbox{Bruttoinlandsprodukt}\,\hbox{(nominal)}.$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			V	eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,4	+1,7	+1,3	+1,3	+0,9	+0,9	+1,6
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,6	+1,5	-1,5	+1,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2014	+3,6	+1,7	189,2	221,7	45,7	39,1	6,5	7,6
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6
2014/09	+7,4	+7,0	149,9	180,3	43,7	38,2	5,5	6,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn unbereinigt <sup>1</sup>	quote bereinigt <sup>2</sup>	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	ì.		1%	Veränderu	ng in % p. a.
1991				70,0	70,0		
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2014	+3,5	+3,0	+3,7	68,2	69,0	+2,7	+1,4
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,8	+3,5	67,5	68,7	+2,7	+1,1

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \,\%\, des\, Volksein kommens.$ 

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

				läheliele	o Vorändorus	ron in %			
Land -	1005	2022	2025	-	e Veränderung		2011	2015	2012
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,5	1,5	2,0
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,4
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	1,9	2,3	2,9
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,5	-1,2	0,0	0,8	1,4
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,0	1,8
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	1,0	2,5	3,6
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,5	3,6
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,5	0,6	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	3,0	3,0	3,4
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,0	2,6	2,9
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,5	3,3	3,3	2,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,7	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,2	0,8	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-3,3	-1,4	1,0	1,6	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	2,5	3,2
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	1,8	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,3	2,5
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,7	-0,5	0,8	1,3	1,9
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,4	0,8	1,0
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	0,8	1,7	2,1
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,5	0,2	1,0
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,3	3,2	3,4
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	3,0	2,7	2,9
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	1,8	2,3	2,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,3	2,5	2,6
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,3	2,4	1,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,6	2,6	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,4	0,0	1,3	1,7	2,1
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,5	3,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,4	1,3	1,3

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Lond			jährlich	ne Veränderungei	n in %		
Land	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,5	+1,3
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2
Euroraum	+1,6	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6
EU	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4
USA	+2,4	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0
Japan	-	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9

 $\label{thm:condition} Quelle: \hbox{EU-Kommission}, Winterprognose, Februar\,2015, sowie\,\hbox{Eurostat}.$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,3	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,7	6,8	5,9
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,0	8,8
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,2
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,6	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,8
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,8	12,8	12,6
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	9,5	8,7	7,9
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,3	6,4	6,3
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,0	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,3	6,7	6,9	6,6	6,4
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,0	5,2	5,0
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,2	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,5	8,9
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,3	22,5	20,7
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
Euroraum	-	8,8	9,1	10,2	11,3	12,0	11,6	11,2	10,6
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,7	10,9	10,4
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,5	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,1	17,3	17,0	16,8	16,4
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,1	8,8	8,3
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	7,0	6,9	6,8
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,8	7,7	7,5
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	6,0	5,9
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,4	6,6
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,3	5,6	5,4
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,8	10,2	9,8	9,3
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	4,9
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,7	3,7	3,6

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandspro	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	sbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no ruttoinlan	ominalen dprodukts	3
	2013	2014	2015 <sup>1</sup>	2016 <sup>1</sup>	2013	2014	2015 <sup>1</sup>	2016 <sup>1</sup>	2013	2014	2015 <sup>1</sup>	2016 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,6	+0,3	+6,4	+8,1	+16,8	+9,4	0,6	2,2	2,5	3,7
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-1,1	+6,8	+7,8	+17,9	+9,8	1,6	3,1	5,4	6,3
Ukraine	+0,0	-6,8	-5,5	+2,0	-0,3	+12,1	+33,5	+10,6	-9,2	-4,0	-1,4	-1,3
Asien	+7,0	+6,8	+6,6	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,1	1,0	1,3	2,1	2,0
darunter												
China	+7,8	+7,4	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,2	+1,5	1,9	2,0	3,2	3,2
Indien	+6,9	+7,2	+7,5	+7,5	+10,0	+6,0	+6,1	+5,7	-1,7	-1,4	-1,3	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+5,2	+5,5	+6,4	+6,4	+6,8	+5,8	-3,2	-3,0	-3,0	-2,9
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,8	+4,9	+2,1	+3,1	+2,7	+3,0	4,0	4,6	2,1	1,4
Thailand	+2,9	+0,7	+3,7	+4,0	+2,2	+1,9	+0,3	+2,4	-0,6	3,8	4,4	2,4
Lateinamerika	+2,9	+1,3	+0,9	+2,0	+7,1	-			-2,8	-2,8	-3,2	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	-0,3	+0,1	+10,6		+18,6	+23,2	-0,8	-0,9	-1,7	-1,8
Brasilien	+2,7	+0,1	-1,0	+1,0	+6,2	+6,3	+7,8	+5,9	-3,4	-3,9	-3,7	-3,4
Chile	+4,3	+1,8	+2,7	+3,3	+1,9	+4,4	+3,0	+3,0	-3,7	-1,2	-1,2	-2,0
Mexiko	+1,4	+2,1	+3,0	+3,3	+3,8	+4,0	+3,2	+3,0	-2,4	-2,1	-2,2	-2,
Sonstige												
Türkei	+4,1	+2,9	+3,1	+3,6	+7,5	+8,9	+6,6	+6,5	-7,9	-5,7	-4,2	-4,
Südafrika	+2,2	+1,5	+2,0	+2,1	+5,8	+6,1	+4,5	+5,6	-5,8	-5,4	-4,6	-4,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2015.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15. Mai 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	18 273	17 823	2,52	15 373	18 289
Euro Stoxx 50	3 573	3146	13,58	2 875	3 829
Dax	11 447	9806	16,73	8 572	12 375
CAC 40	4 994	4 273	16,87	3 919	5 269
Nikkei	19 733	17 451	13,08	13 910	20188
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15. Mai 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	2,15	2,18		1,65	3,02
Deutschland	0,62	0,54	-1,53	0,08	1,96
Japan	0,40	0,33	-1,75	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,89	1,76	-0,26	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15. Mai 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,13	1,21	-6,38	1,06	1,40
Yen/US-Dollar	119,27	119,68	-0,34	100,97	121,44
Yen/Euro	135,78	145,23	-6,51	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,72	0,78	-7,55	0,70	0,84

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,5	+1,5	+2,0	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6	5,2	5,0	4,9	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,2	+1,5	+1,3	+1,5	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,5	+3,2	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0	7,4	6,2	5,4	4,9
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,4	+3,6	+3,3	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,4	+1,3	+1,3	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9	4,0	3,7	3,7	3,6
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,6	+0,1	+0,6	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,0	+1,8	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+0,9	+1,3	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,9	-0,5	+0,6	+1,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5	12,2	12,8	12,8	12,6
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,4	+0,4	+0,8	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,6	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	7,6	6,3	5,6	5,4
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+2,6	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,4	+2,3	+2,1	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,3	+1,9	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	12,0	11,6	11,2	10,6
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,5	+0,8	+1,2	+1,4	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,7	+2,1	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4	10,8	10,2	9,8	9,3
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	_	-	_	_

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,5	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,1
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,1	+0,9	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	+1,6	+2,1	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9	8,6	7,4	6,2	5,8
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+2,1	+2,5	+3,4	+3,2	+0,5	+0,4	+1,7	8,6	7,0	7,0	6,8
Finnland	,0	, .	. 2,3	. 5, .	. 5,2	. 0,0	. 0, .	,.	0,0	.,0	.,0	0,0
EU-KOM	-1,3	-0,1	+0,3	+1,0	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3	8,2	8,7	9,1	9,0
OECD	-1,2	-0,1	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,2	-0,2	+0,8	+1,4	+2,2	+1,2	+0,6	+1,6	8,1	8,6	8,7	8,5
Griechenland	-1,3	-0,1	T0,6	T1,4	72,2	Τ1,2	+0,0	T1,0	0,1	0,0	0,7	0,3
EU-KOM	3.0	10.0	10 5	120	-0,9	1.4	1 5	10.0	27,5	26 5	25.4	23,2
	-3,9	+0,8	+0,5	+2,9		-1,4	-1,5	+0,8		26,5	25,4	
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,8	+2,5	+3,7	-1,0	-1,4	-0,3	+0,3	27,5	26,5	24,8	22,1
Irland												
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,6	+3,5	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	13,1	11,3	9,6	9,2
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+0,2	+4,8	+3,9	+3,3	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,8	8,8
Lettland												
EU-KOM	+4,2	+2,4	+2,3	+3,2	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2	11,9	10,8	10,4	9,4
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,2	+2,4	+2,3	+3,3	+0,0	+0,7	+0,5	+1,7	11,9	10,8	10,4	10,2
Litauen												
EU-KOM	+3,3	+2,9	+2,8	+3,3	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7	11,8	10,7	9,9	9,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+2,9	+2,8	+3,2	+1,2	+0,2	-0,3	+2,0	11,8	10,7	10,6	10,5
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,1	+3,4	+3,5	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1	5,9	5,9	5,7	5,4
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+2,0	+2,9	+2,5	+2,3	+1,7	+0,7	+0,5	+1,6	6,9	7,1	6,9	6,7
Malta												
EU-KOM	+2,7	+3,5	+3,6	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9	6,4	5,9	5,9	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,7	+3,6	+3,2	+2,7	+1,0	+0,8	+1,1	+1,4	6,4	5,9	6,1	6,3
Niederlande												
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,6	+1,7	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3	7,3	7,4	7,1	6,9
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,7	+0,9	+1,6	+1,6	+2,6	+0,3	-0,1	+0,9	7,3	7,4	7,2	7,0
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,3	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9	5,4	5,6	5,8	5,7
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,2	+0,3	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,1	+1,5	4,9	5,0	5,1	5,0

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

## noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		-1,6 +0,9 +1,6 +1, -1,4 +0,8 +1,3 +1, -1,6 +0,9 +1,6 +1,  +1,4 +2,4 +3,0 +3, +1,4 +2,6 +2,8 +3, +1,4 +2,4 +2,9 +3,  -1,0 +2,6 +2,3 +2, -1,0 +2,1 +1,4 +2,0				Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-1,6	+0,9	+1,6	+1,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3	16,4	14,1	13,4	12,6
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	13,1	12,6
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+3,0	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4	14,2	13,2	12,1	10,8
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2
IWF	+1,4	+2,4	+2,9	+3,3	+1,5	-0,1	+0,0	+1,4	14,3	13,2	12,4	11,7
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,6	+2,3	+2,1	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7	10,1	9,7	9,4	9,2
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3
IWF	-1,0	+2,6	+2,1	+1,9	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,8	9,0	8,3
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1	26,1	24,5	22,4	20,5
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9
IWF	-1,2	+1,4	+2,5	+2,0	+1,5	-0,2	-0,7	+0,7	26,1	24,5	22,6	21,1
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,3	-0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9	15,9	16,1	16,2	15,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-2,3	+0,2	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,2	15,9	14,9

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex}.$ 

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,7	+1,0	+1,3	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,4	10,4	9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+1,7	+1,2	+1,5	+0,4	-1,6	-1,0	+0,6	13,0	11,5	10,9	10,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,8	+2,1	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7	7,0	6,6	6,2	5,9
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	-0,5	+1,0	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,8	+1,6	7,0	6,5	6,2	5,5
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,4	+0,3	+1,2	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3	17,3	17,3	17,0	16,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,4	+0,5	+1,0	+2,2	-0,2	-0,9	+0,9	17,0	17,1	17,3	16,9
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,4	+3,3	+3,4	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1	10,3	9,0	8,4	7,9
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,7	+3,3	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,2	10,3	9,0	8,0	7,7
Rumänien												
EU-KOM	+3,4	+2,8	+2,8	+3,3	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9	7,1	6,8	6,6	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,4	+2,9	+2,7	+2,9	+4,0	+1,1	+1,0	+2,4	7,3	6,8	6,7	6,7
Schweden												
EU-KOM	+1,3	+2,1	+2,5	+2,8	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6	8,0	7,9	7,7	7,6
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,3	+2,1	+2,7	+2,8	-0,0	-0,2	+0,2	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,0	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4	7,0	6,1	5,6	5,5
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,7	+2,0	+2,5	+2,7	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	7,0	6,1	6,1	5,7
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,6	+2,8	+2,2	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5	10,2	7,7	6,8	6,0
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,5	+3,6	+2,7	+2,3	+1,7	-0,3	+0,0	+2,3	10,2	7,8	7,6	7,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,7	0,6	0,5	77,1	74,7	71,5	68,2	6,9	7,6	7,9	7,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,1	0,6	0,3	0,4	76,9	73,1	69,5	66,6	6,7	7,5	8,4	7,9
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8	104,7	104,8	104,9	104,7	-2,5	-2,6	-2,2	-2,4
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-5,8	-5,3	-4,2	-3,9	103,4	104,8	105,1	104,9	-2,4	-2,4	-2,3	-2,4
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5	243,2	247,0	250,8	251,9	0,7	0,6	1,4	1,7
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,5	-7,7	-6,2	-5,0	242,6	246,4	246,1	247,0	0,7	0,5	1,9	2,0
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5	92,3	95,0	96,4	97,0	-2,0	-1,7	-0,9	-1,2
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,1	-4,2	-3,9	-3,5	92,4	95,1	97,0	98,1	-1,4	-1,1	-0,1	-0,3
Italien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0	128,5	132,1	133,1	130,6	0,9	2,0	2,2	2,2
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-2,9	-3,0	-2,6	-1,7	128,6	132,1	133,8	132,9	1,0	1,8	2,6	2,5
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1	87,3	89,4	89,9	90,1	-4,5	-5,5	-4,9	-4,1
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,7	-5,7	-4,8	-3,1	87,3	89,5	91,1	91,7	-4,5	-5,5	-4,8	-4,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-2,8	-1,8	-1,7	-1,3	87,7	86,5	87,0	85,0	-3,0	-2,2	-2,6	-2,3
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,2	94,2	94,0	92,5	2,5	3,0	3,5	3,4
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0	87,3	88,6	88,0	86,9	1,5	1,6	1,9	1,9
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, November\ 2014\ .$ 

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsscl	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,0	106,5	106,5	106,4	-1,5	0,4	2,1	2,2
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,9	-2,1	104,6	105,6	106,6	106,2	-0,2	1,6	2,3	2,4
Estland												
EU-KOM	-0,2	0,6	-0,2	-0,1	10,1	10,6	10,3	9,8	-0,4	0,1	-0,3	-0,5
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2
IWF	-0,5	0,4	-0,5	-0,1	10,1	9,7	10,1	10,0	-1,1	-0,1	-0,4	-0,7
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2	55,8	59,3	62,6	64,8	-1,9	-1,8	-0,7	-0,4
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8
IWF	-2,3	-2,7	-2,4	-1,8	55,7	59,6	61,7	62,8	-0,9	-0,6	-0,3	-0,3
Griechenland												
EU-KOM	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2	175,0	177,1	180,2	173,5	-2,3	-2,2	-1,6	-1,3
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8
IWF	-2,8	-2,7	-0,8	0,7	174,9	177,2	172,7	162,4	0,6	0,9	1,4	1,1
Irland												
EU-KOM	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9	123,2	109,7	107,1	103,8	4,4	6,2	5,7	5,3
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4
IWF	-5,7	-3,9	-2,4	-1,5	123,3	109,5	107,7	104,9	4,4	6,2	4,9	4,8
Lettland												
EU-KOM	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6	38,2	40,0	37,3	40,4	-2,0	-2,9	-2,3	-3,0
OECD	-	-	-	-		-		-	-	-	-	-
IWF	-1,2	-1,7	-1,4	-1,0	35,2	37,8	37,7	37,0	-2,3	-3,1	-2,2	-3,0
Litauen												
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9	38,8	40,9	41,7	37,3	1,5	0,6	-0,2	-1,0
OECD	-	-	-	-		-		-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-0,7	-1,4	-1,6	39,0	37,7	38,1	38,1	1,6	-0,4	0,2	-0,8
Luxemburg												
EU-KOM	0,9	0,6	0,0	0,3	24,0	23,6	24,9	25,3	4,9	5,3	4,6	4,6
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0
IWF	0,6	0,5	-0,5	0,2	23,6	24,6	26,3	27,2	4,9	5,2	4,7	4,6
Malta												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5	69,2	68,0	67,2	65,4	3,0	2,9	0,6	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-		-	-	-	-	-
IWF	-2,7	-2,2	-1,8	-1,6	69,2	68,1	67,5	65,7	3,2	2,7	3,1	3,1
Niederlande												
EU-KOM	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2	68,6	68,8	69,9	68,9	8,5	9,9	9,0	9,4
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3
IWF	-2,3	-2,3	-1,4	-0,5	68,6	68,3	67,5	65,6	10,2	10,3	10,4	10,1
Österreich												
EU-KOM	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0	80,9	84,5	87,0	85,8	2,3	2,3	2,4	2,4
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,5	-3,3	-1,7	-1,7	81,2	86,8	88,8	87,4	1,0	1,8	1,9	1,8

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	-4,8 -4,5 -3,1 -4,9 -2,9 -4,8 -4,5 -3,2 -3,2 -3,2 -3,2 -4,8 -4,5 -3,2 -3,2 -3,2 -3,0 -2,6 -3,0 -2,6 -3,0 -2,6 -3,0 -4,4 -2,9 -4,4 -2,9 -4,4 -2,9 -4,4 -2,9 -4,4 -2,9 -4,5 -4,4 -2,9 -4,5 -4,4 -2,9 -4,5 -4,4 -2,9 -4,5 -4,5 -4,5 -4,5 -4,5 -4,5 -4,5 -4,5				Staatssch	nuldenquot	te		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8	129,7	130,2	124,4	123,0	0,9	0,5	1,2	1,4
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9
IWF	-4,8	-4,5	-3,2	-2,8	129,7	130,2	126,3	124,3	1,4	0,6	1,4	1,0
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5	54,6	53,6	53,4	53,5	0,8	1,9	1,8	0,7
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5
IWF	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,0	53,9	54,0	1,5	0,2	0,4	0,4
Slowenien												
EU-KOM	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8	70,3	80,9	81,5	81,7	4,8	5,3	5,4	5,6
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5
IWF	-13,8	-5,8	-4,0	-3,4	70,0	82,9	79,8	82,1	5,6	5,8	7,1	6,5
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5	92,1	97,7	100,4	101,4	1,5	0,6	1,2	1,0
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9
IWF	-6,8	-5,8	-4,3	-2,9	92,1	97,7	99,4	100,1	1,4	0,1	0,3	0,4
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1	102,2	107,5	106,7	108,4	-2,0	-4,0	-3,9	-4,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,3	-0,1	-1,1	0,2	102,2	107,1	105,7	111,0	-1,7	-1,9	-1,9	-1,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014. IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo	Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9	18,3	27,6	29,8	31,2	1,6	0,9	1,3	1,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-3,7	-3,0	-2,5	17,6	26,9	28,9	30,7	2,3	0,0	0,2	-0,8
Dänemark												
EU-KOM	-1,1	1,2	-1,5	-2,6	45,0	45,2	39,5	39,2	7,2	6,2	6,1	6,2
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0
IWF	-1,1	1,8	-2,3	-2,1	45,1	42,6	43,9	44,3	7,2	6,3	6,1	5,5
Kroatien												
EU-KOM	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7	80,6	85,0	90,5	93,9	0,1	0,6	2,0	3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,2	-5,0	-4,8	-3,8	75,7	80,9	85,1	87,2	0,8	0,7	2,2	2,0
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6	55,7	50,1	50,9	50,8	-1,3	-1,4	-1,8	-2,2
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5
IWF	-4,0	-3,5	-2,9	-2,3	55,7	48,8	49,4	49,2	-1,3	-1,2	-1,8	-2,4
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5	38,0	39,8	40,1	42,4	-1,2	-0,5	-0,8	-1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-1,7	38,8	40,4	40,5	40,0	-0,8	-0,5	-1,1	-1,5
Schweden												
EU-KOM	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0	38,7	43,9	44,2	43,4	6,9	5,8	5,8	5,6
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1
IWF	-1,4	-2,1	-1,3	-0,6	38,6	41,5	41,1	39,6	7,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien												
EU-KOM	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5	45,0	42,6	41,5	41,6	-2,2	-0,9	0,4	0,7
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2
IWF	-1,4	-1,0	-1,4	-1,2	43,8	41,6	42,0	42,0	-0,5	0,6	1,6	0,9
Ungarn												
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2	77,3	76,9	75,0	73,5	4,2	4,4	5,5	6,2
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7
IWF	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,3	76,9	75,5	74,7	4,1	4,2	4,8	4,1

Quellen

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai\,2015, statistical annex}.$ 

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

## Impressum

#### Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

#### Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

#### Stand

Mai 2015

#### Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

#### Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

#### Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

#### Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf\_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.